

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 90 Pfg., bei Selbstabholung 80 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.40 Mk., für 1 Monat 80 Pfg. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13693.

Inserate kosten die 7gespaltene Pettzeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Teilaufgabe 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Tageskalender.

Heute wird im preussischen Dreiklassenhaus der fortschrittliche Wahlrechtsantrag beraten.

Die Ostmarkenzulagen für die Postbeamten sollen in unwesentlicher veränderter Gestalt wiederkehren.

Die Zweite schwedische Kammer nahm das Gesetz über das Frauenstimmrecht an, die Erste Kammer lehnte es jedoch ab, wodurch das Gesetz verfassungsgemäß verworfen ist.

Bei einem Eisenbahnunglück in Paris wurden 11 Personen getötet und 32 schwer verletzt.

Der Deckungsschwindel.

Leipzig, 20. Mai.

Nachdem die bürgerlichen Parteien im Handumdrehen die neue Militär- und Marinevorlage bewilligt haben, eine Vorlage, die innerhalb fünf Jahren eine Ausgabe von 379,7 Millionen Mark erfordert, sind sie daran, in der Frage der Deckung dieser Ausgabe einen neuen Volksbetrug großen Stils in Szene zu setzen. Wir haben die Vorlage des Herrn Kühn als eine ordinäre Schiebung charakterisiert, und nicht nur wir sind dieser Meinung, sondern auch ein Sachverständiger, der in den Augen bürgerlicher Politiker Anspruch auf Kompetenz erheben kann, der abgesetzte Herr Wermuth, hat seinem Nachfolger sehr deutlich die Wahrheit gezeugt. In seinem Aufsatz in der Deutschen Rundschau führt er aus, daß die Verwendung der sogenannten „Ueberflüsse“ des Jahres 1911 zur Deckung der neuen Mehrausgaben nichts anderes bedeute, als die Unterlassung der gesetzlich vorgeschriebenen Tilgung und die Anhäufung von neuen Schulden. Ebenso wendet er sich in nicht mißzuverstehender Weise gegen die Methode des Herrn Kühn, den Etat aufzulösen, um fiktive Einnahmen herauszurechnen. Er wußte indessen, als er seinen Aufsatz schrieb, noch gar nicht, daß Herr Kühn es unternimmt, nicht nur den für 1912 aufgestellten Entwurf zu „korrigieren“, sondern darüber hinaus auch die Einnahmen der nächsten Jahre in einer Art und Weise berechnet, die jeder Kritik spottet. Denn Kritik kann man schließlich nur an einem Werke üben, bei dem Vernunftgründe vorliegen, die Rechnerei des Herrn Kühn dagegen läßt die berühmte Milchmädchenrechnung als einen Ausbund scharfer Logik erscheinen, wenn man sie mit seinem Zahlenpiel vergleicht.

Der Reichstag hätte nun die Aufgabe gehabt, dieses Nachwerk zurückzuweisen und zu verlangen, daß die Regierung statt mit derartigen Schiebungen zu kommen, einen greifbaren Plan unterbreite, der eine ernsthafte Diskussion ermöglicht. Inzwischen — die Vertreter der bürgerlichen

Parteien wollen betrogen sein. Es ist ihnen über alle Massen bequem, wenn die „Deckungsfrage“ von der Tagesordnung verschwindet, wenn sie tun können, als sei alles in bester Ordnung. Deshalb erleben wir ein Schauspiel von geradezu ekelhafter Heuchelei bei der Behandlung dieser Frage.

Der erste Akt der Komödie spielte sich in der „Schnapskommission“ ab, der Kommission, die bestimmt war, die Vorlage der Regierung in bezug auf die „Aufhebung der Liebesgabe“ zu prüfen. Diese Prüfung mußte ergeben, daß auch hier eine Schiebung vorliegt, die an Kühnheit ihresgleichen sucht. Wie Genosse Wurm in seiner vorzüglichen Rede nachwies und wie zahlreiche Publikationen zeigen, besonders die Auslassungen von Sachverständigen, die in großer Zahl den Abgeordneten gestellt wurden, bedeutet die von der Regierung geplante Aenderung des Kontingents (von einer Aufhebung kann angesichts der vielen Ausnahmen nicht die Rede sein), gar keine wesentliche Aenderung, da die Bestimmungen über den „Durchschnittsbrand“ und den „Bergällungszwang“ nicht nur bestehen bleiben, sondern verschärft werden. Der Unterschied gegen den jetzigen Zustand wird sich nur darin ändern, daß die Spirituszentrale noch größere Macht bekommt, die Branntweintrinker noch stärker schröpfen wird und so die Extraprofite, die jetzt den privilegierten Brennern auf Grund des Kontingents zufliessen, auf andre Weise einbringen wird. Aber die Helden des Schnapsblocks brachten das Kunststück fertig, diese Regierungsvorlage zu einer Verdoppelung der Liebesgabe auszunutzen. Junker, Schlachtschitzen, Zentrum und Nationalliberale setzten es durch, daß aus den zu erwartenden Einnahmen des Reichs den Schnapsbrennern 16 Millionen auf den Tisch gezahlt werden, als Prämie für denaturierten Spiritus und — die Regierung stimmt zu! Der Effekt ist der: die Schnapsbrenner brauchen sich nun erst recht nicht zu genieren bei der Verteuerung des Trinkbranntweins, denn ein Rückgang des Konsums ist ihnen nicht besonders gefährlich, wenn der Verbrauch des denaturierten Spiritus, an dem sie jetzt besondere Extraprofite haben, steigt. Herr Wermuth hatte mit 35 Millionen Mehreinnahme gerechnet. Die Rechnung ist falsch, weil sie den Rückgang des Konsums von Trinkbranntwein nicht genügend berücksichtigt. Nachdem das Gesetz jetzt in der Kommission umgestaltet ist, muß erst recht mit einem Zusammenschürmpfen dieser Summe gerechnet werden. Da aber davon noch 16 Millionen den Schnapsbrennern zufließen sollen, wird recht wenig übrig bleiben. Die Mehreinnahme aus der Schnapssteuer war aber das einzige Reale, was in dem Kühnschen Plane enthalten war, und wenn jetzt statt der 35 Millionen mit etwa 20 bis 25 Millionen zu rechnen ist, wovon noch 16 Millionen abgehen, so erhält man als Resultat 4 bis 9 Millionen im Jahre, gleich 20 bis 45 Millionen in fünf Jahren, zur Deckung einer Ausgabe von rund 880 Millionen.

Nun hatten unsre Genossen den Liberalen das Konzept verdorben, indem sie die Erbschaftsteuer in Erinnerung

brachten. Die Formulierung war klar und deutlich: eine wirkliche Abschaffung der Liebesgabe durch Beseitigung von Kontingent und allem Drum und Dran bei gleichzeitiger Einführung des einheitlichen Steuerjahres von 105 Mk. pro Hektoliter, statt der bisherigen Sätze von 105 und 125 Mk., der Ausfall an Staatseinnahmen wird weit gemacht durch die Erbschaftsteuer. Ausdrücklich war gesagt: nicht zur Deckung der „Rüstungsvorlagen“ — denn hier bewilligen wir keinen Mann und keinen Groschen — ist die sozialdemokratische Fraktion bereit, die Erbschaftsteuer zu bewilligen, sondern nur um die indirekte Steuer, die die Kernten der Armen trifft, zu ermäßigen. — Damit steht die Erbschaftsteuer von neuem zur Diskussion.

Die Antwort war — verlegenes Schweigen im liberalen Lager. Erst in letzter Stunde entschlossen sich dann die Fortschrittler, einen Antrag auf Einführung der Erbschaftsteuer nach dem Entwurf der Regierung von 1909 einzubringen. Und nun kommt die Ueberraschung: der Antrag Erzberger-Bassermann! Das Zentrum hatte sich erdreistet, von neuem einen Vorschlag zu machen, der auf eine Belastung der Massen hinausläuft. Bekanntlich sollte die Zudersteuer bereits im Jahre 1910 von 14 auf 10 Mk. ermäßigt werden. Der Schnapsblock beschloß bei seiner famosen Steuerreform die Beibehaltung der Steuer in der bisherigen Höhe bis 1914. Herr Kühn rechnet damit und jetzt von 1914 ab die Einnahme geringer an. Das Zentrum aber stellt den Antrag, die Ermäßigung abermals, bis Oktober 1916, hinauszuschieben! Dieser Antrag wurde indessen am Sonnabend zurückgezogen zugunsten des folgenden Antrags, den Herr Bassermann von der Fraktion Drehscheibe, und Herr Erzberger, der Tausendsassa vom Zentrum, in der Budgetkommission stellten:

Die im Artikel 5 des Gesetzes betreffend die Aenderung im Finanzwesen vom 13. Juli 1909 (Finanzreform) vorgeordnete Ermäßigung der Zudersteuer tritt sechs Monate nach der Einführung eines Gesetzes, welches eine allgemeine, den verschiedenen Besitzformen gerechtwerdende Besitzsteuer vorschreibt, spätestens am 1. Oktober 1916 in Kraft. Der Gesetzentwurf ist dem Reichstag bis zum 30. April 1913 vorzulegen.

Das bedeutet zunächst eine niedliche politische Schiebung, den Anschluß der Bassermannschen Jammergestalten an die Schwarzblauen, denn selbstverständlich hat Herr Erzberger nur unter der Zustimmung der Junker mit Herrn Bassermann sich in derartige Geschäfte eingelassen. Ferner aber bedeutet es, daß die Konsumenten für weitere 2½ Jahre mit der hohen Zudersteuer belastet bleiben. Dagegen wird man gut tun, der Besitzsteuer der Kompanie Erzberger-Bassermann das größtmögliche Mißtrauen entgegenzubringen. Die Zentrumsleute haben es fertig gebracht, selbst Verkehrssteuern, wie den Wechselstempel und den Quittungstempel, die niemals den Profit treffen, sondern in letzter Linie auf die Warenpreise geschlagen werden, als Besitzsteuern zu bezeichnen. Man wird daher damit zu rechnen haben, daß auch jetzt das Resultat des holden Bun-

Feuilleton.

Safenstürme.

Roman von W. W. Jacobs.

12] [Nachdruck verboten.]
Räthe Schumann betrachtete ihn aufmerksam. Es schien ihr abgeschmackt, daß dieser junge Mann derartig Vorurteil aus einer Kinderbekanntschaft ziehen sollte, die elf Jahre zurücklag — und was für eine Bekanntschaft noch dazu! Ihre Blicke drückten ziemlich, von Hochmut nicht freie Ueber-taschung aus, aber Thieken war zu erfreut, sie überhaupt auf sich gerichtet zu wissen, als daß er sich über ihren Ausdruck Sorge gemacht hätte.

„Sie waren in jenen Tagen auch ein ziemlich Unhold,“ meinte Herr Wilkens und schüttelte den Kopf. „Wenn ich neunzig Jahre alt werden sollte, würde ich es nicht vergessen, wie ich damals Fräulein Käthe kopfheißer schießen sah. Die Art und Weise, wie sie —“

„Wie steht es mit Ihrer Erklärung?“ fragte Fräulein Schumann eilig.

„Besser, Fräulein, danke!“ erwiderte Herr Wilkens. „Fräulein Schumann hat all dieses seit langem vergessen und vergeben,“ sagte Herr Thieken.

„Vollständig,“ stimmte das junge Mädchen kühl zu, „man kann sich nicht an all die Kraben und Mädchen erinnern, die man als Kind gekannt hat.“

„Gewiß nicht,“ bekräftigte Herr Thieken, „ich finde auch, daß viele meinem Gedächtnis entfallen sind, aber an Sie habe ich eine höchst lebendige Erinnerung.“

Wieder sah ihn Fräulein Schumann an, und ein sonderbarer und unglaublicher Gedanke dämmerte leise in ihr auf.

Kindliche Eindrücke pflegen nachhaltig zu sein, und Ernst Thieken war in ihrer Erinnerung eine Art jugendlicher Verworfener geblieben. Er sah nun als unbefangener, energisch aussehender junger Herr vor ihr, dessen ehrliche Augen die Bewunderung, die er vor ihr empfand, nicht verbergen konnten. Enttäuschung und Ueberraschung kämpften in ihr um die Oberhand.

„Es ist eigentümlich,“ bemerkte Herr Wilkens, der manchmal ein glückliches Talent hatte, unangebrachte Dinge zu sagen, „es ist doch eigentümlich, daß Sie zufällig zur gleichen Zeit kommen mußten, wie Fräulein Käthe.“

„Ja, ich habe Glück,“ erwiderte Thieken mit einer leichten Verbeugung. Dann warf er einen boshaften Blick auf den unschuldigen Herrn Wilkens, wobei er sich im Stillen fragte, in welchem Alter ein Mann wohl die nutzlose Angewohnheit des Erröthens ablegte. Ihm gegenüber sah Fräulein Schumann, ruhig beobachtend und im Gesicht einen leichten Ausdruck von Geringschätzung. Von dem alten Lehnsstuhl mit seiner eigenartig hohen Rückenlehne umrahmt, der schon Herrn Wilkens Großvater gehört hatte, bot sie ein Bild, welches Ernst Thieken fortwährend mit respektvoller Bewunderung anschauen mußte. Dabei beherrschte ihn ein Gefühl hoffnungsloser Selbsterniedrigung, aber der Gedanke, daß gar Seemle nach so viel Güte und Schönheit strebte, machte ihn fast an seinem Geschlecht verzweifeln. Seine Träumerei wurde von der Stimme des Herrn Wilkens unterbrochen.

„Was, schon ein Viertel vor acht,“ meinte dieser Herr überrascht, „das kann ja wohl nicht sein!“

„Ich dachte, es sei schon später,“ gab Thieken zurück.

Herr Wilkens starrte ihn offenen Mundes an, dann schüttelte er leise seinen Kopf und gab die undankbare Aufgabe aus, einem jungen Manne Andeutungen zu machen, die zu verstehen derselbe zu dumm war. So verging erst noch einige Zeit, bevor Herr Thieken, sehr gegen seinen

Wunsch, sich mit einem herzlichen Handschütteln von seinem Wirt und einer ehrfurchtsvollen Verbeugung von Fräulein Schumann verabschiedete.

„Ein netter Mensch ist er geworden,“ sagte Herr Wilkens und wandte sich höflich an seinen zurückgebliebenen Besuch, „ich glaube, er hat sich auch sehr gebessert.“

Fräulein Schumann betrachtete ihn kritisch, ehe sie antwortete.

„Er scheint eine große Zuneigung zu Ihnen gefaßt zu haben,“ bemerkte sie.

Herr Wilkens hatte darauf nur ein zufriedenes Lächeln. „Er kam, um mich in geschäftlichen Dingen um Rat zu fragen,“ erzählte er sanften Tones. „Er hat wohl von zwei oder drei Leuten über mich reden hören, daß ich von diesem oder jenem Bescheid wisse, und da er jung ist und eben erst anfängt, kam er zu mir, um das mit mir zu besprechen. Ich sah niemals einen jungen Mann, der so wie er erfreut und bereit war, einen Rat anzunehmen.“

„Er wird wohl wiederkommen, um sich mehr Rat zu holen?“ fragte Fräulein Schumann leichthin.

Herr Wilkens bejahte. „Er hat mich auch gebeten, ihn in seinem Hause zu besuchen, um am Dienstag eine Weile mit ihm zu rauchen,“ fügte er in der beiläufigen Art und Weise hinzu, in der Leute auf ihre aristokratischen Beziehungen hinweisen. „Er fühlt sich ein bißchen einsam, immer so für sich allein.“

Fräulein Schumann meinte: „So!“ versiel dann in Stillschweigen und warf gelegentlich kleine Seitenblicke auf Herrn Wilkens, als suche sie an ihm verborgene Reize, die ihr seither entgangen sein mochten.

Zu gleicher Zeit grübelte Herr Ernst Thieken, während er langsam den Strand entlang heimging, über weitere Mittel und Wege nach, um sich die Zuneigung des ehemaligen Stewards zu erwerben.

des eine Steuermacherei sein wird, bei der die Geldsack-interessierten mit aller Schonung behandelt werden.

Aber selbst wenn wirklich eine Steuer eingeführt wird, die die Besitzenden mit einigen Millionen belastet — die Agrarier empfehlen sehr eifrig eine Dividendensteuer —, so kann man sicher sein, daß die Summe von 880 Millionen, die nach den bisherigen Berechnungen die Rüstungsvermehrungen in den nächsten fünf Jahren kosten sollen, also 176 Millionen jährlich, auf diese Weise nicht aufgebracht werden. Die Rüstungsphantastereien werden schon nach einem Jahre in ihrer ganzen Windigkeit dastehen, das Loch im Budget wird klaffen und — ein neuer Raubzug gegen das Volk wird die nächste Folge sein.

Der italienisch-türkische Krieg.

Konflikt zwischen Giolitti und San Giuliano.

Wien, 18. Mai. Die Wiener Allgemeine Zeitung erhält aus Rom von gut unterrichteter Seite folgende telegraphische Mitteilung: In hiesigen politischen Kreisen verlautet, daß zwischen dem Ministerpräsidenten Giolitti und dem Minister des Aeußern Marquis di San Giuliano seit einiger Zeit ein gespanntes Verhältnis herrscht. Der Ministerpräsident wagt nach außen hin die ganze Verantwortung für die italienische Politik auf den Minister des Aeußern, er soll Herrn Giuliano dabei aber keineswegs volle Aktionsfreiheit lassen und ihm schon wiederholt mit Rücksicht auf die parlamentarischen Verhältnisse in den Arm gefallen sein. Offenbar ist das Verhältnis zwischen den beiden Staatsmännern augenblicklich kein ganz zufriedenstellendes, und in der Umgebung des Ministers des Aeußern macht sich über das Verhalten des Ministerpräsidenten eine gewisse Bitterkeit bemerkbar.

Zu verwundern wäre es nicht, wenn es jetzt innerhalb Italiens zum Konflikt käme.

Die Niederlage der Türken auf Rhodus.

Konstantinopel, 19. Mai. Nach einer beim Kriegsministerium eingegangenen Depesche haben die Türken auf Rhodus nach einem heftigen, angeblich 48stündigen Kampf über 200 Tote verloren. Der Rest der Türken, 1200 Mann, wurde gefangen genommen.

Rom, 18. Mai. Messagero meldet aus Kanea: Die Zahl der in die Gefangenschaft des Generals Amaglio geratenen Türken beträgt 2300, darunter 38 Offiziere. Die Gefangenen jagen zwischen zwei in Reihen aufgestellten Bataillonen, die die Gewehre präsentieren, hindurch und wurden nach der Stadt Rhodus geführt, von wo sie sofort nach Italien gebracht werden. Die Kriegsbeute beträgt vierzehntausend Gewehre, zwei Gebirgsbatterien, zwei Maschinengewehrbatterien und große Mengen Munition.

Konstantinopel, 20. Mai. Die Durchfahrt der Schiffe durch die Dardanellen hat wieder begonnen. Die ersten Schiffe passierten ohne Unfall.

Ein deutscher Vermittlungsvorschlag.

Wien, 18. Mai. Aus Berliner diplomatischen Kreisen gelangte Kexher die Nachricht, daß man gegenwärtig bestrebt ist, einen Vorschlag des deutschen Gesandten in Athen, Freiherrn v. Wangenheim, zur Beilegung des türkisch-italienischen Kriegs zu realisieren. Dieser Vorschlag legt der Türkei nahe, Tripolitanien an den Scheik der Genussi abzutreten. Dadurch würde die Türkei desinteressiert. Dem Scheik der Genussi soll garantiert werden, daß durch die Einverleibung Tripolitanien die mohammedanische Religion in keiner Weise angetastet würde. Auf dieser Basis hoffe man zu einem Resultat gelangen zu können.

Aus der türkischen Deputiertenkammer.

Konstantinopel, 18. Mai. Die Deputiertenkammer hat den Abrechnungswurf mit redaktionellen Veränderungen angenommen. Die Stelle über den Krieg wurde in der vorgeschlagenen Fassung genehmigt, nur beschloß die Kammer auf Vorschlag der Deputierten, an Stelle der Worte italienische Regierung einfach Italien zu sagen, da Italien den Titel Regierung nicht verleihe. Der Antrag, der Adresse einen Passus hinzuzufügen, worin der Wunsch nach Wiederherstellung der Ordnung in Albanien ausgesprochen wird, wurde vom Hause verworfen, da die Kammer noch keine amtliche Kenntnis von den gegenwärtigen Vorgängen in Albanien habe.

Fünfter Verbandstag der Steinarbeiter.

Kr. München, 17. Mai.

Vierter Verhandlungstag.

Der Verbandstag schritt heute zur Statutenberatung. Für die Kommission berichtete Kofke-Müller. Sie empfiehlt, eine Beitragserhöhung nicht vorzunehmen und die Unterstützungs-einrichtungen grundsätzlich zu belassen, die beantragte Einführung der Arbeitslosenunterstützung also abzulehnen. Eine starke Minderheit der Kommission sei für die Arbeitslosenunterstützung — der Verband hat bisher nur Krankenunterstützung —, die Mehrheit halte aber ihre Einführung, die eine wesentliche Beitragserhöhung

Siebentes Kapitel.

Am folgenden Dienstag wurden die Hoffnungen des Herrn Wilkens mehr als erfüllt. Von dem Augenblicke, wo ihm ein hübsches Dienstmädchen in das Rauchzimmer führte, bis spät in der Nacht, als er sich ein gefeierter und geehrter Gast, mit einer von den besten Zigarren seines Wirts im Munde, verabschiedete, blieb nichts ungeschesehen, was zu seiner Befriedigung hätte beitragen können. In dem bequemsten aller bequemen Stühle saß er im Garten unter den reich belaubten Zweigen der Apfelbäume und reine, unverfälschte Weisheit und gute Ratsschlüsse flossen in einem Strom von seinen Lippen, während er seinen Gastgeber freudig anblickte.

Ihr Gespräch umfaßte hauptsächlich Wellhasen und seine Einwohner, und von diesen war es ein kleiner Schritt zu der Villa des Kapitäns Schumann. Ueber diesen Gegenstand würden die meisten Menschen den ehemaligen Steward etwas geschwätzig gefunden haben, aber Ernst Thieken hörte mit großer Befriedigung und brachte ihn sogar wieder auf diesen Gegenstand zurück, wenn es den Anschein hatte, als wolle er davon abspringen. Alles in allem verbrachte Herr Wilkens einen der angenehmsten Abende seines Lebens, und als er in einem leichten Zustande geistiger Erheitung heimkehrte, brachte er die Jungen in der Eisenallee in heftige Bewegung durch ein Benehmen, welches als unvereinbar mit seiner sozialen Stellung betrachtet wurde.

Am folgenden Freitag erwiderte Ernst Thieken seinen Besuch und hatte keine Ursache, über Mangel an Wärme bei seinem Empfang zu klagen. Der ehemalige Steward war entzückt, ihn zu sehen, und nachdem er ihm verschiedene Merk-würdigkeiten gezeigt hatte, die er auf seinen Reisen gesammelt, führte er ihn nach dem kleinen, an der Rückseite des Hauses gelegenen und mit roten Kletterbohnen verzierten Hof und bot ihm angelehnt aller Nachbarn einen Stuhl an.

„Ich bin heute wohl der einzige Besucher?“ fragte Thieken, nachdem er eine Stunde ruhig zugehört und gewartet hatte. Herr Wilkens nickte leicht. „Fräulein Käthe kam gestern abend,“ entgegnete er. „Eigentlich ist Freitag ihr Abend, aber statt dessen kam sie gestern.“

boten. Bei der Krankenunterstützung schlägt die Kommission die zur Folge habe, unter den gegebenen Verhältnissen nicht für ge-rückung der Kranzzeit zum Bezuge dieser Unterstützung von 7 auf 3 Tage vor. Die höchste Summe der zu beziehenden Umzugs-unterstützung soll von 50 auf 80 M. und die Reiseunterstützung von 75 M. auf 1 M. für den Tag erhöht werden. Zur Annahme empfiehlt die Kommission auch einen Antrag des Vorstandes, daß zur Fortsetzung eines Streiks bezw. einer Aussperrung bei der jeweiligen Abstimmung eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist. An solchen Abstimmungen sollen sich nur die noch im Streik stehenden Mitglieder beteiligen dürfen.

In den Bericht der Kommission schloß sich eine sehr ausgedehnte Debatte, in der die Delegierten die zahlreich vorliegenden Anträge begründeten. Der Antrag auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung findet warme Befürworter. Hauptsächlich treten für sie die großstädtischen Delegierten ein. Sie betonen, die Einführung sei ein Gebot der Notwendigkeit; über kurz oder lang müsse auch dieser Unterstützungszweig kommen. Die Beitragserhöhung dürfe nicht ausschlaggebend sein. Frankl-Berlin stellte den Eventualantrag, den Vorstand zu beauftragen, dem nächsten Verbandstag eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten. Er betonte, daß sämtliche Verbände, die in den letzten Jahren die Arbeitslosenunterstützung eingeführt, gewaltige Fortschritt gemacht hätten. So werde die Einführung auch für die Steinarbeiterorganisation nur zum Vorteil sein. Man könne nicht warten, bis der Staat eine Arbeitslosenversicherung einführt. Reaktor Staudinger-Leipzig vertrat den Standpunkt des Vorstandes zur Frage der Arbeitslosenunterstützung. Der Vorstand könne zurzeit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung nicht zustimmen, obwohl er sich der Tragweite dieses Antrags sehr wohl bewußt sei. Etwa 80 Prozent von den gesamten Mitgliedern der deutschen Gewerkschaften würden statutarisch von der Arbeitslosenunterstützung erfasst. Aber in der Steinindustrie liegen die beruflichen Verhältnisse sehr eigenartig, in der Sandsteinindustrie sei die Arbeitslosigkeit ungeheuer. Je mehr der Verband in den Hartsteinbezirken eindringe, desto tiefer werde das Risiko für die Einführung dieser Unterstützung. Der Steinarbeiterverband gebe jährlich 50 bis 60 Prozent der Gesamteinnahmen für Streiks aus, die Lohnverhältnisse der Kollegen seien eben zu mangelhaft. Andre Organisationen erreichten diesen Prozentsatz bei weitem nicht. Knoll-Berlin (Generalkommissionsvertreter) weist als Vorübergehender des Steinerverbands auf die Schwierigkeiten der Einführung der Arbeitslosenunterstützung bei den Bauern hin. Der Steinerverband habe diese Unterstützung der hohen Kosten wegen noch nicht eingeführt. Wenn sie sie einführen, dann würden sie 75 Prozent aller Mitglieder in Anspruch nehmen. Wesentlich seien die Verhältnisse auch im Bauarbeiterverband. Der Redner hält es für sehr fraglich, ob die vorgeschlagene Beitragserhöhung von 10 M. zur Bestreitung der Kosten der Arbeitslosenunterstützung genügen würden, da ja auch bei den Steinarbeitern die Arbeitslosigkeit eine große sei.

Bei der Abstimmung stimmen 20 Delegierte für und 40 gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Ein-stimmige Annahme fand aber der Antrag, der den Vorstand beauftragt, dem nächsten Verbandstag eine Vorlage für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung zu unterbreiten. Im übrigen stimmte der Verbandstag durchweg den Kommissionsvor-schlüssen, die wir oben wiedergegeben haben, zu. Sämtliche Anträge auf Erhöhung der Streik- und Krankenunterstützung wurden abgelehnt. Nur die Karenzzeit für die Krankenunterstützung wird von 7 auf 3 Tage ermäßigt.

Die Verhandlungen werden vertagt.

Gemeinsame Generalversammlung der Verbände der Tabakarbeiter und Zigarrensortierer.

Hamburg, 17. Mai.

Dritter Verhandlungstag.

Der Verbandsvorsitzende Deichmann hielt das Referat über: Unsere Lohnbewegungen. Die Tabakindustrie kann mit Rechtigkeit von einem Ort nach dem andern verlegt werden. Wird in Norddeutschland der Widerstand der Arbeiter gegen die schrankenlose Ausbeutung besonders stark, dann wird die Industrie dorthin überführt, wo sich der Widerstand der Arbeiterorganisation noch nicht so zeigt. Früher litt der Norden Deutschlands unter der Abwanderung nach dem östlichen Westfalen. Jetzt erlebt man es, daß die Industrie auch aus dem östlichen Westfalen wieder abwandert nach organisatorisch rückständigen Gegenden. Dazu wird die Tabakindustrie mehr und mehr aus einer Fabrikarbeit in eine Kleinarbeit umgewandelt, denn dort steht trotz aller Schutzgesetze die Kinder ausbeutung noch in hoher Blüte. Der Organisation ist es sehr schwer, da hineinzuwachen, darum herrschen in der Heimindustrie noch die traurigsten Verhältnisse.

Die verhängnisvoll die Abwanderungsbestrebungen der Industrie wirken, zeigt eine Gegenüberstellung der Löhne in den Gebieten Hamburg und Westfalen. In Hamburg wurden 1070 männliche Arbeiter vermittelt, davon hatte 1 Prozent einen durchschnittlichen Tagesverdienst von 2 M., 2 Prozent von 2,50,

8 Prozent von 3.—, 12 Prozent von 3,50, 23 Prozent von 4.—, 18 Prozent von 4,50, 18 Prozent von 5.— und 18 Prozent über 5.— M. Von 414 Arbeiterinnen hatten 62 Prozent unter 2.— M., 21 Prozent 2,50, 7 Prozent 3.—, 10 Prozent über 3.— M. Diese Löhne sind im Gegensatz zu den Löhnen einer Reihe anderer Branchen und ganz besonders für das Hamburger Gebiet immer noch sehr gering. Aber sie sind weit, weit besser als die Löhne in Westfalen, Schlesien, Süddeutschland und auch in Ostpreußen. In Westfalen wurden Lohnhebungen bei 8500 Arbeitern angestellt, davon waren die Hälfte Arbeiterinnen. Von dieser Gesamtzahl hatten 47 Prozent einen durchschnittlichen Tagesverdienst bis zu 2.— M., 20 Prozent von 2,50, 16 Prozent von 3.—, 5 Prozent von 3,50, 3 Prozent von 4.—, 1 Prozent von über 4.— M. Also ein ganz bedeutender Unterschied, wenn man die Löhne in diesen beiden Distrikten einander gegenüberstellt. Es sind aber zum Teil dieselben Unternehmer und zum Teil auch dieselben Arbeiter, die in Betracht kommen; damit ist die lohn-bridende Tendenz der Abwanderung ganz klar dargetan.

Das Durchschnittseinkommen aller Tabakarbeiter wurde im Jahre 1911 auf 930 M. festgestellt. Vor Jahren war es noch bedeutend geringer. Es betrug im Jahre 1901 528 M. Eine Steigerung also im letzten Jahrzehnt von 10 Prozent. Eine Erwerbslosigkeit, die nur auf das Konto der Tätigkeit der Tabakarbeiter selbst zu stellen ist. Gente aber, wo wir mit gut gestellten Unternehmerorganisationen zu tun haben, müssen wir noch pflanzenmäßig und umsichtiger als bisher unsere Lohnbewegungen einleiten.

Auch die Konsumenten der von uns hergestellten Waren müssen aufgefordert werden, uns in unsern Kämpfen zu unterstützen. Da können wir die Waffe des Boykotts sehr wirksam gebrauchen. Der Redner verbreitet sich dann über das Tarifvertragswesen; er vertritt die Meinung, daß der Verband seine bisherige Haltung, Tarife nur abzuschließen, wenn die Mindestforderungen darin enthalten seien, aufgeben müsse. In diesem Sinne müssen wir uns betätigen, unsern klaren Beschluß fallen lassen, unsere Front ändern. Einen Teil der Hilfe erblicken wir also in der Mithilfe der Konsumenten, die Hauptkraft aber suchen wir in der Organisation. (Beifall.)

In dieses Referat knüpfte sich eine sehr lebhafte Diskussion, in der sehr ernste Klagen über das über das Geschäftsgeladen mancher Konsumvereine geführt wurde. Es sei nur durch die Mithilfe der Konsumenten möglich, die Lage der elendgestellten Tabakarbeiter zu heben. Aber manche Konsumvereine bewirken ihre Einkäufe in einer Weise, die dem Genossenschaftsgeist zuwiderläuft. Man müsse von den Genossenschaften verlangen, daß sie jene Waren ablehnen, die unter schlechten Löhnen angefertigt sind. Von berufenen Kollegen mußten Artikel über die Lage und die Interessen der Tabakarbeiter in der Parteipresse erscheinen, damit das Augenmerk der Konsumenten wieder darauf hingeleitet wird. v. C. trat den Klagen gegen die Genossenschaften entgegen. Er meinte, man dürfe nicht verallgemeinern. Diejenigen Konsumvereine, die dem Zentralverband der Konsumgenossenschaften angehören, sind verpflichtet, ihre Waren von tarifstreuen Firmen zu beziehen. Weiter vertrat die Diskussionsredner eine Reihe Anregungen und Anträge, so z. B. an die Generalkommission heranzutreten, damit diese die Genossenschaftsartikel anweise, der Tarifbewegung der Tabakarbeiter mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit zu widmen. Ferner wünschte man Branchenkonferenzen, vor allem für die Arbeiter der Zigarrenindustrie. Die sämtlichen Anträge wurden durch die einstimmige Annahme folgender Resolution erledigt, die Deichmann dahin interpretierte, daß bei ihrer Durchführung die Anträge berücksichtigt werden sollten:

„Die Generalversammlung beauftragt den Vorstand, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Tarifvertragspolitik im Sinne des Referats zu fördern.“

Bei der Vorstandswahl wurde einstimmig Deichmann als Vorsitzender, Tiedemann als erster, Rohm als zweiter Kassierer, Tiedemann als Sekretär wiedergewählt. An Stelle des ausgeschiedenen Kollegen Oberle wurde H. J. J. Nordhausen gewählt. Außerdem tritt Arnhold (Sortierer) als Sekretär in den Vorstand ein. Bei der Wahl des Ausschuhvorsitzenden wurde E. L. A. Altona wiedergewählt. Damit waren die Arbeiten der Versammlungstagung erledigt. Deichmann würdigte in einem dank-schönen Wort die Bedeutung der Generalversammlung und schloß mit dem Wunsch, daß alle die Hoffnungen sich erfüllen mögen, die die Tabakarbeiter an die Versammlung geknüpft haben. Mit einem dreifachen Hoch auf die geeinigte Tabakarbeiterorganisation gingen die Delegierten auseinander.

Gewerkschaftsbewegung.

Aus dem Bund technisch-industrieller Beamter.

Dem Hamburger Echo wird unter der Spitzmarke: Gewerkschaft oder gelbe Organisation? geschrieben:

Der Bund der technisch-industriellen Beamten entsendet unter den Angestellten der Großindustrie eine Agitation, indem er sie angeblich für gewerkschaftliche Ideen auf politisch-neutraler Grundlage zu gewinnen sucht. Er ist der Generalkommission

„Nun, ich freue mich, dich gesehen zu haben,“ schloß sein Sohn. „Guten Abend.“

„Guten Abend,“ gab der Kapitän zur Antwort. Der Sohn nickte, wandte sich auf dem Absatz um und ging in der Richtung nach der Stadt wieder zurück. Trotz seiner reduzierten Erscheinung war sein Schritt elastisch, und er trug den Kopf hoch. Der Kapitän sah ihm nach, bis eine Biegung der Straße ihn seinen Blicken verbergte, dann wandte er seine Schritte wieder heimwärts und schämte sich vor sich selber, daß er so viel Bewegung gezeigt hatte.

„Jedenfalls hat er nicht gemurmelt,“ dachte er bei sich, „es steckt doch noch Stolz in ihm.“

Währenddem hatte der verlorene Sohn die Stadt wieder erreicht und ermog traurig seine Lage. Er sah die Straße entlang, und als ihm dabei der wohlbekanntes Laden des Herrn Löbel ins Auge fiel, ging er auf die andre Seite und betrachtete die Auslage des Fensters. Messer in Leder-scheiden, Gürtel, Tabakdosen und Uhren waren verführerisch hinter dem Glas ausgebreitet und vor der Sonne geschliffen durch eine Reihe billiger Kleidungsstücke, welche vor der Bruch des Ladens an kurzen Bügeln hingen. Alle Waren waren mit deutlichen, herabgesetzten Preisen ausgezeichnet, wobei Herr Löbel bei der ersten Auszeichnung seiner schwung-vollen Einbildungskraft freies Spiel ließ, bei der zweiten indessen mehr einen guten Geschäftsinstinkt bewies.

Auf diese Wertsaßen blickte nun Max Schumann einige Zeit mit der Absicht, eine Idee von den Preisen zu bekommen. Dann schritt er zwischen zwei Anzügen aus Leinwand hindurch, die als Schildwachen im Türgang standen, trat in den Laden und lächelte Fräulein Löbel, welche gerade die Auffahrt hatte, freundlich an. Bei seinem Eintritt legte sie eine Handarbeit hin, welche Herr Löbel „Soden“ nannte, und sah den Kunden nach einem beifälligen Blick auf seinen Anzug voreingenommen an.

„Schönes Wetter,“ sagte der Kunde. „Man fühlt sich ordentlich wieder jung!“

„Was wünschen Sie?“ fragte Fräulein Löbel. (Fortsetzung folgt.)

Herr Thieken antwortete darauf: „Oh so!“ und verfiel sofort in ein trübes Sinnen, aus dem ihm die geistvollsten Anstrengungen seines Wirts nur teilweise herausrissen.

Ohne gerade unberechtigtem Egoismus Raum zu geben, war es ziemlich klar, daß Fräulein Schumann seinerwegen ihr Programm geändert hatte, und die Aussicht auf eine lange Reihe angenehmer Freitag-Abende erblähte plötzlich. Er beschloß, auch seinerseits mit seinen Besuchstagen zu wechseln, und von einer Basis von zweimal pro Woche ausgehend, versuchte er die mathematischen Chancen zu ermitteln, wie er dieselben Tage wählen könne, wie Fräulein Schumann, welche durch eine weisshewige Erzählung des Herrn Wilkens von gewissen interessanten Liebchaften aus seinen jüngeren Jahren nicht gerade erleichtert wurden.

Bevor er indessen Käthe Schumann wieder sah, tauchte ein anderer alter Bekannter gesund und munter wieder in Wellhasen auf. Als Kapitän Schumann zur Stadt ging, war er der erste, der ihn sah: einen großen, gut gewachsenen jungen Mann in schickigem Anzug, der sich schon aus der Entfernung eigenmächtig familiär benahm. Als er näher kam, bestätigte sich des Kapitans Besorgnis; denn er erkannte in dem sonnenverbrannten Menschen in zerrissenem Anzug, der mit ausgestreckter Hand auf ihn zukam, widerstrebend seinen Sohn.

„Wozu bist du heimgekommen?“ fragte er ihn, indem er die Hand ignorierte und ihn von Kopf zu Fuß ansah.

„Zur Abwechslung!“ erwiderte Max Schumann lakonisch, während das Lächeln aus seinem Gesichte schwand.

Der Kapitän zuckte die Achseln und blieb schweigend stehen. Sein Sohn sah erst die Straße hinauf und dann hinunter.

„Alles wohl zu Hause?“ fragte er.

„Ja.“

Wieder blickte Max Schumann die Straße entlang.

„Hat sich nicht viel verändert in der Stadt,“ meinte er schüchtern.

„Nein,“ sagte der Vater.

der freien Gewerkschaften nicht angeschlossen und propagiert den Gedanken einer selbständigen Angestelltenbewegung abseits der freien Gewerkschaften. Die Zeitung des Bundes ist eifrig befreit, in der Arbeiterbewegung den Eindruck zu erwecken, als ob der Bund bei Streiks sich zwischen Unternehmern und Arbeitern neutral verhalte. Das trifft in der Praxis aber nicht zu. Schon bisher hat der Bund in seinen Reihen Mitglieder gebildet, die Arbeitswilligendienste leisteten. So z. B. im vorigen Jahre bei der Firma Mend u. Hambroek in Altona-Ottensen, als die Arbeiter wegen der Maisfeier ausgeperrt waren. Man hat diese Fälle bisher nachsichtig beurteilen können, weil man annehmen durfte, daß es sich hierbei um einzelne Vorkommnisse handelte, die sich künftig nicht wiederholen würden.

Ein neuer Vorfall hat aber gezeigt, daß die Zeitung des Bundes gar nicht ernstlich gewillt ist, es zu verhindern, daß die Mitglieder Streikförderdienste leisten. Bei der Vulkanwerft hatten bekanntlich 1000 Mann die Arbeit niedergelegt, weil der Vertrauensmann gemäßigter wurde. In diesem Kampfe, wo die Arbeiter in so großartiger Weise ihre Solidarität untereinander bekundeten, fallen ihnen die Mitglieder des Bundes der technisch-industriellen Beamten in den Rücken. Auf dieser Seite geht der größte Dampf der Welt, der Imperator, seiner Vollendung entgegen und soll am 24. Mai in Gegenwart des Kaisers vom Stapel gelassen werden. In Anbetracht des letzteren Umstandes bekam es die Direktion mit der Angst. Sie erinnerte sich aber schließlich daran, daß man vielleicht die Ingenieure und Techniker zu den Arbeiten verwenden könne, die die Arbeiter verweigern. Gesagt, gelang! Die Doktor-Ingenieure und die Diplom-Ingenieure, die zum Teil Referveoffiziere sind, boten sich freiwillig an, den Imperator fertig zu stellen und so die „nationale Ehre“ zu retten. Die übrigen technischen Angestellten waren von der Direktion bald für die Arbeiten gewonnen. Sie erhielten einen Zubehörlöh von 4 Mk. pro Tag extra.

Die technischen Angestellten der Vulkanwerft sind zu 90 Prozent Mitglieder des Bundes der technisch-industriellen Beamten. Die Bundesleitung versuchte einzuschreiten, aber ohne Erfolg; die Mitglieder wollten die Arbeitswilligendienste leisten.

Am Mittwoch, 8. Mai d. J., fand eine Mitgliederversammlung des Bundes, Ortsgruppe Hamburg, statt, in der zu dieser Angelegenheit Stellung genommen wurde unter der Tagesordnung: Wie verhalten sich die Angestellten bei wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, parteiisch oder neutral? Bevor der Referent zu Worte kam, ließ der Obmann der Ortsgruppe Hamburg, der ebenfalls Arbeitswilligendienste geleistet hatte, eine Erklärung vom Stapel, die bezeichnenderweise ohne Widerspruch von der Versammlung angehört wurde. Er führte aus, daß die Ingenieure und Techniker sich geradezu verpflichtet fühlen, dem Unternehmer beizustimmen, weil die Arbeiter den Streik grundlos vom Stapel gebracht hätten (die den Unternehmern abgelöschten ständige Nebenarbeiten), denn — mit erhobener Stimme schloß er pathetisch — Sozialdemokraten sind wir vorläufig noch nicht! Der Referent und einige Diskussionsredner verurteilten zwar die Streikförderdienste, vermochten aber nicht, einen großen Eindruck in der Versammlung zu erzielen. Man ersieht, daß die Direktion der Werft nach Erledigung der von ihr gewünschten Arbeitswilligendienste ein festes Vertrauen in die Arbeiter hat und dabei den Arbeitswilligen im Stechschritt ihren Dank dafür ausgesprochen hat, daß insolge des tatkräftigen Eingreifens der Ingenieure und Techniker das rechtzeitige Fertigstellen des Imperators und damit die „nationale Ehre“ gerettet worden sei.

Wäre der Bund der technisch-industriellen Beamten wirklich eine gewerkschaftliche Organisation und wolle er die Theorien, die er in der Öffentlichkeit vertritt, durchführen, so wäre es sehr seine Pflicht gewesen, fest zuzugreifen und mit denjenigen kurzen Worten zu machen, die in dem Arbeitskämpfe auf der Vulkanwerft ihren Stolz darin erblickten, den Arbeitern in den Rücken zu fallen.

Die indifferente Haltung, die noch nicht zum Bewußtsein ihrer Klassenlage gekommen sind, haben den Milderungsgrund für sich, daß sie sich nur als Unparteiische gegen ihre Klassengegner verhalten. Diesen Milderungsgründen können im vorliegenden Falle die Techniker, die nicht nur eine bessere allgemeine Bildung haben, sondern auch gewerkschaftlich radikal sein wollen, nicht für sich geltend machen, da sie mit voller Absicht den Interessen der Arbeiter gegenüber handeln. Was ist aber der Bund gegen diese Streikförderkolonne der Vulkanwerft? Ganz einfach, was er in solchen Fällen bisher immer getan hat: Er tat den Streikbrechern gar nichts und irritierte die Öffentlichkeit durch fulminante Zeitungsartikel über die gewerkschaftliche Solidarität, die nach außen hin einen guten Eindruck machen und den Stumpf im Innern verdecken.

Nach der papierernen Stellungnahme darf die Arbeiterchaft den Bund der technisch-industriellen Beamten nicht beurteilen, sondern nach seinem tatsächlichen Verhalten bei Arbeitskämpfen. Wenn der Bund nicht ganz energisch und entschlossen von den Streikbrechern abtritt, so wird er auf dem besten Wege sein, eine für die Arbeiter recht gefährliche Schutztruppe des Unternehmertums — eine gelbe Organisation — zu werden.

Soweit die Zuschrift im Hamburger Echo. Wir haben mit ihrem Abdruck (sie erschien im Echo am 14. Mai) gewartet, bis die neue Nummer der Industriebeamtenzeitung (Organ des Bundes technisch-industrieller Beamter) erschien, da wir annahmen, sie würde sich zu den Vorgängen in Hamburg äußern. Das ist aber nicht geschehen, und so müssen wir denn an die Zeitung des B. t. i. B. die Frage richten: Will sie die Hamburger Vorgänge mit Schweigen übergehen, sie also stillschweigend billigen? — Dann würde sie sich mit schuldig machen an den Vorgängen auf der Vulkanwerft. Dann würde sie aber auch dem B. t. i. B. den Stempel der Streikförderorganisation aufdrücken, was wir der Zeitung des B. t. i. B. denn doch nicht zutrauen. Eine Neuerung und Stellungnahme der Bundesleitung ist also unerlässlich, sollen nicht auf die Gesamtorganisation falsche Schlüsse aus den Hamburger Vorgängen gezogen werden.

Leipzig und Umgebung.

Zum Bäderstreik.

Von den freikundigen Bädern sind weiter durch Neubewilligungen der Bädermeister und durch Mehrreinstellungen in den geregelten Betrieben 27 in Arbeit gekommen und außerdem 14 junge Kollegen abgereist, so daß noch 177 Streikende vorhanden sind. Daß der Boykott gut wirkt und die Meister, die die Forderungen bewilligt haben, bedeutend mehr Kundchaft bekommen, geht aus den Mehrreinstellungen von Gesellen hervor, und wird ferner dadurch bewiesen, daß am Sonnabend noch 16 Kleinbädereien von der Streikleitung auf einen Tag Aushilfskräfte verlangten und beschäftigten.

Die Inhaber verschiedener boykottierten Bädereien sind bereit, ihre Badware halb zu verkaufen, um nur ihre Kundchaft zu erhalten. Von mehreren Genossen wurde der Streikleitung gemeldet, daß die Bädermeister, die nicht bewilligt haben und bei denen die Badware abbestellt wurde, ihnen die Badware trotzdem ins Haus schicken und erklären, daß sie diese nicht bezahlen verlangen. Selbstverständlich erklärten die Genossen, daß sie das boykottierte Brot liegen lassen und den Bädermeistern zur Verfügung stellen.

Der Bädermeister Walter Schröder, Bayrische Straße 44, hat in der Eisenstraße eine Filiale. Die Inhaberin dieser Filiale wollte ihre Badware bei dem Bädermeister abbestellen und in einer geregelten Bäderei bestellen. Darauf bot ihr Herr Schröder erst eine Erhöhung des Rabattsatzes von 25 auf 30 Prozent als das nicht zog, sogar auf 35 Prozent. Trotzdem blieb die Frau in ihrem Vorhaben fest, denn sie sagte sich, daß ihr sonst viele Arbeiterkunden weggehen würden. Da erschienen bei ihr zwei Bädermeister, die sich als von der Innung gesandt ausgaben, um ihr zu erklären, daß sie jeden Schaden, den sie durch den

Boykott habe, von der Innung ersetzt bekommen würde, wenn sie weiter ihrem boykottierten Bädermeister treu bleibe. Wenn nun die Frau das tut, wird sie wohl später mit einigen Mark von der Innung abgepfiffen werden, aber ihre verloren gegangene Kundchaft nicht wieder bekommen. Der Fall zeigt aber, daß die boykottierten Bädermeister in ihrer Not bereit sind, ihre Badware entweder halb, und wenn das nicht reicht, sogar ganz zu verkaufen, nur um ihre Kundchaft sich zu erhalten. Nach dem Kampfe wird man dann wieder in aller Stille eine Preiserhöhung einführen, um sich an der konsumierenden Bevölkerung für die Verluste an Profit während des Streiks schadlos zu halten.

Jährlich kommen die Genossen zur Streikleitung und erklären, ihr Bädermeister habe ihnen gesagt, daß er wohl bewilligen wolle, aber seine Gesellen wollten nicht außer Kost und Logis. Wo in solchen Fällen die Bädermeister sich nicht darauf verlegen, mit dieser Ausrede die Bevölkerung anzuschwindeln, ist sicher zu schließen, daß man in der letzten Zeit organisierte Stellen planmäßig vom Betriebe ferngehalten, und wenn solche wirklich mal eingestellt waren, diese bald wieder entlassen hat, um an ihrer Stelle gelbe Bundesbrüder und Bädermeistersöhnen einzustellen. Diese Elemente wollen natürlich im Hause des Meisters bleiben, weil sie sich sonst erst gründlich waschen und baden müßten, wenn sie ihre Arbeit vollenden haben und ihre Wohnung auffuchen müssen. Meistens versuchen sich aber die Bädermeister auf die folgende Art der Bevölkerung gegenüber herauszuschwindeln. Das beweist folgender Fall. Im vorigen Jahre erklärte ein Bädermeister, daß seine Gesellen nicht außer Kost und Logis wollten. Die Gesellen wurden gerufen und erklärten auf Befragen dem Verbandsvertreter das gleiche. Darauf betonte dann der Meister, daß er gern die Forderung bewillige, aber dann würden seine Gesellen kündigen, wenn sie außer Kost und Logis kämen. Einige Tage darauf aber schon kamen dieselben Gesellen in das Verbandsbureau, und nun erklärten alle, daß sie außer Kost und Logis wollten, daß aber der Meister ihnen anbefohlen habe, den Verbandsvertreter das Gegenteil zu sagen, und das hätten sie auch in Gegenwart des Meisters wider ihren Willen getan. Jeder von ihnen befristete die Mahnung, wenn er verlangte, außer Kost und Logis zu kommen. So werden die Gesellen von Meistern zum Lügen angehalten. Mit solchem Schwindel versuchen auch dieses Jahr wieder eine ganze Anzahl Meister sich aus der für sie mißlichen Lage herauszuwindeln, um ihre Kundchaft zu beschließen.

Die Arbeiterchaft wird jedenfalls aus diesem Schwindelmanöver die richtigen Folgerungen ziehen.

Die bürgerliche Presse traut in ihrem redaktionellem Teil die Annahme der Bäderinnung Lügen: ein köstliches Schauspiel. Am 16. Mai brachten die neuesten Nachrichten und andere Blätter die famose Erklärung der Bäderinnung als Annonce, daß in der Streikvermittlung der Gesellen nur circa 300 Gesellen anwesend gewesen wären und daß weiter von den zuerst bekanntgegebenen 300 geregelten Betrieben der große Teil keine Gesellen beschäftige. (Wir haben in der Volkszeitung diese Unwahrheiten gleich als solche gebrandmarkt). Am 18. Mai, also 2 Tage später, erklärten nun die neuesten Nachrichten unter der Aufschrift: Aus dem Leipziger Gewerkschaftsleben, daß 388 Gesellen in den Streik eingetreten sind und daß von den zuerst bekanntgegebenen Bewilligungen nur 43 Bädereien sind, die keine Gesellen beschäftigen. Viele Zahlen stimmen auch ungefähr mit den Feststellungen der Organisation überein, sind aber ab das Gegenteil von dem, was die Bäderinnung in ihrer Annonce bekannt gegeben hat.

Wären selbst dem bürgerlichen Blatt die „Wahrheiten“ der Innungs-Annonce so hanchehlich, daß man sich veranlaßt sah, diese im redaktionellen Teil zu berichtigen?

Gerade dieser Vorgang zeigt aber der Bevölkerung, mit welchen Waffen die Wahrschaffensarbeiten der Bäder-Innung kämpfen.

Verband der Bäder Deutschlands, Filiale Leipzig.

Scharfmachereien unter den Leipziger Buchdruckerbesitzern.

Zu den Bestrebungen der Scharfmacher aller Schattierungen, die freien Gewerkschaften in ihrem Wachstum aufzuhalten, oder sie, wenn möglich, zu gerillimmern, glauben anscheinend auch die Druckerbesitzer Leipzigs ihren Teil beitragen zu müssen; seit Monaten führen sie einen Kampf gegen den Verband der Druckerhilfsarbeiter und -arbeiterinnen. Mit diesem Vorgehen der Unternehmer beschäftigte sich eine am Mittwoch im Pantheon stattgefundene gut besuchte Protestversammlung. Der Referent Schulze bezichtigte den Ausspruch der Unternehmer, die Hilfsarbeiter seien nicht tariflos, als eine Verleumdung, hinter der sich das Bestreben verbirgt, die Organisation auszuwischen, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die in Frage kommenden Verfassungskörper einseitig festzusetzen. Die Vertreter der Leipziger Prinzipale waren auch die treibenden Kräfte beim Scheitern der ersten Tarifverhandlungen in Leipzig. Der Einladung zu den Tarifverhandlungen in Berlin leisteten sie keine Folge. Am 20. Dezember 1911 beschloßen die vier Leipziger Prinzipalvereinigungen, einen selbständigen Tarif unter Ausschluß des Hilfsarbeiterverbandes mit dem 1. Januar 1912 einzuführen. Die Hilfsarbeiterchaft sollte diesen „Tarif“ schriftlich anerkennen. In einer außerordentlichen Generalversammlung wurde der Mitgliedschaft zur Pflicht gemacht, die Unterchrift dieses jede Rechtsgültigkeit entbehrenden Kontrahats zu verweigern. Diesem Beschluß wurde allseitig Folge geleistet. Ein an die Unternehmer gerichtetes Schreiben vom 20. Dezember 1911, worin sich die Organisation zu neuen Tarifverhandlungen bereit erklärte, wurde am 9. Januar 1912 ablehnend beantwortet. Nun steht der Kampf gegen die verhasste Organisation ein. Der Kampf wird aber nicht in offener, ehrlicher Weise geführt, sondern mit „Geheimzirkularen“. Das erste erschien am 7. Februar. Am 18. Februar folgte das zweite mit der Ueberschrift: „Strengvertraulich, Hilfsarbeiterfrage.“ In diesem Schreiben wurden die Unternehmer aufgefordert, Lohnforderungen der Hilfsarbeiterchaft strikte abzulehnen. Weiter hieß es: Wir bitten Sie um baldige Mitteilung, welche Anzahl Ihrer Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen der Organisation angehört. Auch diese Auskunft ist für unsere weiteren Maßnahmen sehr wichtig, weshalb wir Sie bitten, sich der kleinen Mühe unterziehen zu wollen.“ Das dritte Geheimzirkular vom 19. B. beschäftigt sich mit dem Ausbau des Unternehmensvertrages, das heißt, die Organisation zu einem Mahregelungsinstitut. Jede Hilfsarbeiterin, die ab 1. April eine Stellung durch den Arbeitsnachweis antritt, und länger als zwei Wochen in ihr verbleibt, soll eine Mark Prämie erhalten. Verdächte hiergegen sollen mit zwei Mark gerochen werden. Die Hauptversammlung des Vereins Leipziger Buchdruckerbesitzer beschloß am 22. April für das Annehmen einer Anleiherin eine Prämie von 50 Mark zu zahlen. Zu diesem Zwecke wurden sofort 1000 Mark zur Verfügung gestellt. Diese Maßregel zeigt deutlich, daß den Unternehmern die Peranbildung einer Refervearmee sehr am Herzen liegt, um sie gegebenenfalls als Lohnrückerin zu verwenden. Weiterhin hat die bekannte Firma Dr. Trenzler & Co., V-Städter, ihrer Arbeitsordnung einen Passus beigefügt, der den Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen das gesetzlich gewährleistete Agitationsrecht verbietet. In früheren Zeiten trauete man den Druckerbesitzern etwas soziales Verständnis zu; die geschäftlichen Mahregeln zeigen aber, daß auch sie sich gleich mit Unternehmerrücksicht sind, und daß auch für sie die Hoch- und Heiligung des Profites die erste Christenpflicht bedeutet. Der Referent schloß seine Ausführungen mit der Aufforderung zum energischen Protest gegen diese auf Vermeidung der Arbeiterrechte hinsichtenden Mahregeln der Unternehmer. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die heute im Pantheon versammelten Druckerhilfsarbeiter und Arbeiterinnen Leipzigs nehmen mit Entrüstung Kenntnis von den skandalösen Verträgen der Leipziger Unternehmer, im Druckergewerbe, die Hilfsarbeiterorganisation zu verleumdern. Daraus ist die Vermählung von der Verbandsleitung, Mittel- und Wege zu finden, die geeignet sind, den jetzt bestehenden Zustand

beseitigen und in erster Reihe dahin zu streben, daß der Hilfsarbeiterorganisation das Recht zugestanden wird, über die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mitzubestimmen.

Ganz besonders aber protestieren die Versammelten gegen den Versuch, dem Hilfspersonal das Agitationsrecht zu unterbinden; sie fordern daher jeden Kollegen und jede Kollegin auf, die Unterschrift zu einer solchen Arbeitsordnung, die den Passus: „Nichtzugehörigkeit zur Gewerkschaft“ enthält, zu verweigern, da dies gegen § 153 der Gewerbeordnung verstößt, der jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin das Recht zugesichert, sich zu vereinigen.

Des weiteren erklären sich die Versammelten mit den Mahnahmen der Verbandsleitung, die zur Beseitigung dieser Mißstände beitragen, von vornherein einverstanden und verpflichten sich, allen bezüglichen Anordnungen derselben nachzukommen.

Verband der Buch- und Steinbrucker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Leipzig.

Streik in der Mühle Anauflerberg.

Schon öfter versuchten die Mühlenarbeiter der Mühle Anauflerberg, Inhaber Wilhelm Fester, durch Verhandlungen ihre sehr niedrigen Löhne aufzubessern. Auch zum Neuesten wurden sie getrieben: Zum Streik. Gleichwohl ist den Arbeitern von Herrn Fester nichts zugestanden worden. Seine Rede, daß im Westen bei ihm nichts zu erreichen sei, ist mehr als hinlänglich; immer und immer wieder haben die Arbeiter versucht, eine Einigung herbeizuführen, stets erhielten sie eine scharfe und kränkende Antwort. Auch jetzt versuchten die Arbeiter, Herrn Fester davon zu überzeugen, daß bei einem Wochenlohn von 10 Mk. keine Familie leben könne. Die Arbeiter erhielten zur Antwort, wenn es nicht genug sei, solle sich bei den Bäckern, wo jetzt Streik sei, Arbeit suchen! Bei schlechter Bezahlung müssen sich die Arbeiter auch noch veröhnen lassen. Die Arbeiter konnten sich auf die Dauer das nicht bieten lassen und so legten am 18. Mai sechs Mann, darunter vier organisierte Mühlenarbeiter nieder. Jeder organisierte und arbeitssuchende Mühlenarbeiter möge dies beachten und diesen Vertrieb so lange mitgehen, bis auch Herr Fester mit seinen Arbeitern verkehrt, besser und menschenfreundlicher umzugehen. Auskunft erteilt Verband der Brauereiarbeiter und Mühlenarbeiter, Bureau Leipzig, Goldhaus, Seiler Str. 32, III., Zimmer Nr. 28. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter, Jahrestelle Leipzig.

Achtung, Maurer und Hilfsarbeiter! Die Bauten des Unternehmers Otto Munkwitz, Wahren, Giesstraße, sind für Verbandskollegen gesperrt, weil die Kollegen keinen Lohn erhalten haben. Der Bau bleibt so lange gesperrt — auch wenn ihn ein anderer Unternehmer übernehmen sollte —, bis die Kollegen ihren Lohn erhalten haben.

Deutscher Bauarbeiterverband, Zweigverein Leipzig.

Deutsches Reich.

Die Militärsatelliten der Firma Herrmann-Erfurt und Manry-Offenbach a. M. haben die Arbeit eingestellt, weil die Unternehmer den Heimarbeiter niedrigeren Löhne zahlen wollen, als den in Werkstätten Beschäftigten. Die erste Firma verlangt die für die Militärbehörden bestimmten Lieferungen, gegen sonst in dieser Branche üblichen Gepflogenheiten, ohne den Firmenstempel aufzudrücken, an Heimarbeiter und Kleinmeister weiterzugeben. Um Stellarbeit zu vermeiden, haben die Satelliten allerorts die Pflicht, angestempelte Militäraufträge zu beanstanden und der Tarifkommission Mitteilung davon zu machen. — In Rühheim a. M. baut der Militärsatellit wegen Nichtanerkennung des Berliner Tarifvertrages fort. Ebendort sind die Arbeiter der Firma Richard Beder in den Ausstand getreten.

Die Arbeiter- und Preisführer der Unterwesertorte Beehe, Bremenhaven, Gesehmünde, Wilsdorf haben beschlossen, eine Lohnbewegung einzuleiten. Zugang ist zu vermeiden.

Letzte Nachrichten u. Depeschen.

(Privattelegramm der Leipziger Volkszeitung.)

Wahlrechtsdebatte im preussischen Dreiklassenhaus.

Berlin, 20. Mai. Das Abgeordnetenhaus begann unter starker Beteiligung des Hauses und der Tribünen die Beratung der Wahlrechtsanträge. Die Regierung zeigte ihre Abneigung gegen eine Wahlreform durch Nichterscheinen. Der Präsident, der offenbar Störungen befürchtete, hatte strenge Sperrmaßnahmen angeordnet. Nur wer eine Karte hatte, konnte ins Haus gelangen.

Abg. Wicmer begründete den fortschrittlichen Antrag auf Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen, eventuell auf Einführung der geheimen und direkten Wahl. Nach ihm sprach der Nationalliberale Dr. Pohnmann zur Begründung des Antrags seiner Partei. Vor Eröffnung der Debatte stellte Genosse Hirsch folgenden Geschäftsordnungsantrag:

Nach Artikel 60, 2 der Verfassung kann die Kammer bei jeder Verhandlung die Anwesenheit der zuständigen Minister verlangen; Namens meiner politischen Freunde beantrage ich, das Erscheinen des Ministerpräsidenten und des Ministers des Innern zu verlangen und bis dahin die Verhandlungen auszussetzen. Wir stellen diesen Antrag wegen der Wichtigkeit der Frage und weil wir an dem Fernbleiben der Regierung eine Beleidigung des Hauses erblicken.

Für diesen Antrag sprach nur der Redner der Fortschrittler; Zentrum und Nationalliberale erklärten sich dagegen. Ein Antrag der Sozialdemokraten auf namentliche Abstimmung konnte nicht gestellt werden, da sie dazu nicht die genügende Anzahl Unterschriften erhalten konnten. Sogar von den Fortschrittlerern konnte sie nur wenige Unterschriften erhalten.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen und Dänen wurde der Antrag der Sozialdemokraten sodann abgelehnt.

London, 20. Mai. Aus Venedig wird gemeldet: Der britische Kreuzer Verlust, die Schaluppe Alert und ein indischer Truppenkampfer Schiften im ganzen 400 Mann mit einigen Maschinengewehren aus, die die Stadt gegen einen Angriff verteidigen sollen. Die Times melden dazu aus Tcheran: Die britischen Matrosen, die am Freitag in Venedig abbas gelandet wurden, da man Unruhen befürchtete, sind wieder eingeschifft worden.

Berlin, 19. Mai. Die Nationalliberale Korrespondenz teilt mit, daß Generalsekretär Fuhmann unter Niederlegung seines Parteiamtes als geschäftsführendes Vorstandsmittelglied in die Leitung des soeben begründeten Nationalliberalen Reichsverbandes eingetreten ist.

Saarbrücken, 20. Mai. Die Nationalliberalen stellten für die Reichstagswahl im Wahlkreis Saarburg-Merzig-Saarbrücken als Kandidaten den Bergmann Otto Bild aus Saarbrücken auf.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Hermann Siebmann in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil:

Riedrich Piller in Worbis-Verlag.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.

In der Strafsache gegen den Handlungsgehilfen **Joachim Friedrich Wilhelm Zimmermann**

in Leipzig wegen Verleumdung der Staatsanwaltschaft beim königlichen Landgericht I zu Berlin ist von der 3. Strafkammer des königl. Landgerichts in Leipzig am 10. Dezember 1911 für Recht erkannt worden:

Der Angeklagte Joachim Friedrich Wilhelm Zimmermann wird wegen öffentlicher Verleumdung, begangen in der Volksversammlung vom 14. März 1911 im Schlosskeller zu Leipzig, zu

einem Monat Gefängnis

und in die Kosten des Verfahrens verurteilt. Der Staatsanwaltschaft beim Landgericht I zu Berlin, als der beleidigten Behörde, wird die Befugnis zugesprochen, binnen einmonatiger Frist von der Zustellung der Ausfertigung des rechtskräftigen Urteils an sie die Verurteilung des Angeklagten auf dessen Kosten durch einmaligen Abdruck der Urteilsformel in den Leipziger Neuesten Nachrichten, dem Leipziger Tageblatt, der Leipziger Volkszeitung und im Berliner Tageblatt öffentlich bekannt zu machen.

Nach eingetretener Rechtskraft des Urteils wird dies antragsgemäß öffentlich bekannt gemacht.

Leipzig, den 15. Mai 1912.

Königl. Staatsanwaltschaft.

Ortsverein

Plagwitz-Lindenau-Schleußig.

Die Einübung der **Kinderspiele** zu den Ferien-Ausflügen (für Knaben und Mädchen) an jedem Dienstag u. Freitag im Park von 5-7 Uhr nachm. Redeübung jeden Montag abends 8 Uhr, Vesperabend für Frauen jeden Donnerstag abends 7/8 Uhr in den zwei Linden, Karl-Deine-Strasse. Die Bibliothek ist bis zum 1. Juni geschlossen. Entlehnte Bücher sind sofort zurückzugeben. [11302] Der Vorstand.

Achtung! Zimmerer.

Mittwoch, den 22. Mai, abends 8 Uhr
Mitglieder-Versammlung
im Saale des **Volkshauses**, Zeiger Straße 32.

- Tagesordnung:**
1. Gewerkschaftliche Zeit- und Streitfragen.
Referent: Arbeitersekretär **Otto Mylau**.
2. Mitteilungen.
Nicht zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet.
Der Vorstand.
[11375] Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Deutscher Bauarbeiter-Verband

Zweigverein Leipzig.
Sektion d. Zementierer u. Zementhilfsarbeiter
Dienstag, den 21. Mai, abends 8 Uhr
Versammlung im Volkshaus

- Tagesordnung:**
1. Wie sichert sich der Arbeiter seine Ansprüche an die Invalidenversicherung? 2. Verschiedenes.

Gruppe der Stukkateure,

Dienstag, den 21. Mai, abends 8 Uhr
Versammlung im Volkshaus
Bericht von der Verhandlung mit den Unternehmern.
Der Vorstand.
[12002]

Metallarbeiter

Verband
Geschäftsstelle: **Volkshaus**, Zeiger Str. 32, Post. recht. 1. Bureauzeit: vorm. 8-9 mitt. 12-1, abends 3-8. Tel. 3381. Die Bibliothek steht allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung und können Bücher während der Bureauzeit entliehen werden.

Die hiesige Verwaltungsstelle sucht zum baldigen Antritt einen

Bürobeamten

der in Büroarbeiten bewandert und auch rednerisch befähigt sein muß. Die Bewerber müssen der Verwaltungsstelle Leipzig angehören, mindestens 5 Jahre organisiert sein und ihre mit der Aufschrift „Werbung“ versehenen Gesuche spätestens bis zum 1. Juni im Büro des Deutschen Metallarbeiterverbandes einreichen. Das Gehalt richtet sich nach den Beschlüssen der Münchner Generalversammlung. [11304]

Maurer!

Putzgeschirre Extra-Qualität besonders leicht, **Wasserwagen**
Grosse Ansetzer eig. Fabrikat und sonst alle Werkzeuge fertig. Auch alle Reparaturen.
Otto Eckardt, Leipz., Sidonienstr. 43.

Hermann Fontius
Möbel-Ausstattungs-Haus
Leipzig-Gohlis,
Äußere Halle'sche Str. 106
Fernsprecher 1814
Besichtigung ohne Kaufzwang

Sieg auf Sieg

wurde errungen bei allen Wettmärschen mit
Gummi-Absätzen Continental:

Dresdner Armee-Gepäckmarsch 12. Mai
Wettmarsch: Quer durch den Taunus . 12. Mai
Weltmeisterschaft Berlin 4. Mai
Grosses Internat. Marathonlaufen, Berlin 5. Mai
Prinz-Eitel-Friedrich-Marsch, Magdeburg 5. Mai
Armee-Gepäckmarsch, Schwerin 28. April
Erstes Berufsläufer-Rennen, Berlin . . 14. April

Diese Siege bewiesen schlagend die grossen Vorzüge der
Continental Gummi-Absätze:

1. Erhöhung der Geleistungsfähigkeit
2. Elastisch weicher Gang
3. Schonung von Körper und Nerven
4. Zweckmässiger als Leder

daher: Eine Notwendigkeit für jeden
Gummi-Absätze Continental!

Bekanntmachung!

Mein altes stadtbekanntes Monatsgarderobenhaus, Reichsstrasse 30/32 im Neubau zur goldenen Traube, ist am 22. und 23. Mai sowie jeden Sonnabend im Sommer geschlossen. Bitte daher meine verehrte Kundschaft, ihren Bedarf früher zu decken. **Früher ausgesuchte Sachen können auch an diesen Tagen abgeholt werden!**

Für 1000e Herren

Ständiger Verkauf
getragener Herren-Garderobe
besserer Stände.
Riesen-Auswahl in
eleganter neuer Garderobe.

Anzüge und Paletots von Mk. 10, 12, 16, 20 und höher
Hosen und Westen von Mk. 2,50, 3, 3,50 und höher
Gummimäntel, Loden-Joppen, Loden-Pelerinen, Lüster-Saccos, Gehröcke, Smokings, Fracks.

Bitte im eigenen Interesse auf den Namen **Blauner** zu achten.
Vom Brühl aus links erstes Geschäft.

Allen, die sich mit
Jugendbildungsfragen
beschäftigen, seien angelegentlichst folgende Broschüren empfohlen:

Staatliche Jugendpflege in Sachsen
50 ¢ Eine Materialsammlung 50 ¢
Herausgegeben von **Alfred Reimling**.

Die bürgerliche Jugendbewegung
von **Karl Korn**
broschiert 1.- M gebunden 1.50 M

Der gesetzliche Arbeiterschutz
für Jugendliche
40 ¢ von **Robert Schmidt** 40 ¢

Alle Broschüren sind zu haben durch die Filialen und durch die Austräger der Volkszeitung.
Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft
Abteilung Buchhandlung
Tauscher Straße 19/21 Tauscher Straße 19/21

Färberei Adler

besonders schön
reineigen wir
**Garderobe für
Damen-Herren
u. Kinder**

Müllers Monats-Garderobe

Jetzt nur 200
Halbstr. 27, 1/2 Tr.
empfiehlt zum Verkauf von
feinsten Herrschaften u. Stu-
denten wenig getragene
Anzüge u. Paletots
Makarbeit, d. neubis 100 M ge-
kost., für 8, 12, 16, 20 M u. höher.
Frack- u. Gehrock-Anzüge
staunend billig, auch leihweise.

Sie kaufen
nur von feinsten Kavalieren, Studenten wenig getragene, a. Teil auf Selbe gearbeitete englische Stoffe
Anzüge, Paletots
die neu bis 100 M gekostet haben
für 8, 12, 15, 18 M
Frack- und Gehrockanzüge auch leihweise.
Kanner, Querstr. 32, I.
Ede Schützenstraße.

Bettfedern u. Daunen, prachtvolle neue Betten
à Gebett 12 1/2, 15 1/2, 21 M
Ausstattung Betten à Gebett 30, 36, 45 u. 50 M
Bettfedern, Pfd. 0.85, 1, 1.25, 1.75, 2.25, 3 u. 4 M
Halbdannen, Pfd. 2.50, 3.25, 4.50, 5.50 b. a. d. feinst.
Daunen, Pfd. 3, 3.50, 4.50, 5.50, 7.50 b. a. d. feinst.
Gr. Ausw. in fertig genäht, federdicht, Inletten.
Fortige Federn, Betttücher, Strohsäcke.
Ad. Kirscheberg Nachf. C. Balsam, jetzt Reichsstr. 39
Nähe Brühl, NB. Dampf-Bettfed.-Reinigungs-Anstalt.

Preisrüttel

Schreibe ich nicht aus, dafür enthält jedes Paket des so beliebten Dr. Gentner's **Preissagenspulvers**
„Goldperle“
ein reizendes Geschenk.
Alleiniger Fabrikant auch des flüssigen Metallpulvers „Gentol“:
Carl Gentner, Fabrik chem.-techn. Prod. Göppingen.

Bevor Sie einkaufen
beachten Sie meine billigsten Preise in
Sommerfest- und
gesamten Vereinsartikeln
Komplett zusammengestellte Tombolen stehen jederzeit zur Ansicht.
Reichhaltige Kataloge gratis und franko.
Alfred Jahn, Versandgeschäft
L.-Schlossig, Oeserstr. 7a. Fernsprecher 17560.

Familien-Nachrichten

Frida Lösche
Hermann Böttcher
Verlobte.
Leipzig-Lindenau, den 20. Mai 1912.

Für die vielen Beweise inniger Anteilnahme beim Begräbnis unseres teuren Entschlafenen, des Gastwirt
Hermann Däbritz
sagen wir allen unsern aufrichtigsten Dank, im besonderen den Genossen des Bezirks Westen II für den schönen Blumenschmuck und das zahlreiche Beiseit zur letzten Ruhestätte.
Leipzig, Auenstr. 40, den 18. Mai 1912.
Augusto verw. Däbritz geb. Kiessler
nebst Hinterbliebenen. [11878]

Gestern mittag verschied nach längerem Leiden unser lieber Vater, der Zigarrenmacher
Heinrich Anton Uhlig
im 72. Lebensjahre. Dies zeigt tiefbetrübt an
L.-Thonberg, den 20. Mai 1912
[11309] **Die trauernden Kinder.**
Die Trauerfeier mit anschließender Einäscherung erfolgt Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, auf dem Südfriedhof.

Heute vormittag verschied nach schwerer Krankheit mein lieber treusorgender Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager und Sohn, Herr
Hermann Kirsche
im 80. Lebensjahre. Dies zeigt betrübt an
L.-Stötterth, Wasserturmstr. 35, 10. Mai 1912
Die trauernde Gattin nebst Kind
[11876] **und Hinterbliebenen.**
Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, auf dem Stötterthyer Friedhof statt.

Am Sonntag früh starb nach schwerem Leiden unser treuer Kollege und Mitarbeiter, der Fensterputzer
Hermann Kirsche.
Wir werden sein Andenken ehren.
Gebr. Maul, L.-Stötteritz.

Am Sonntag, den 10. Mai, verstarb unser langjähriger Sangesbruder
Hermann Kirsche.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Sängorch Thonberg-Stötteritz.
Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, auf dem Stötterthyer Friedhof statt.
Die Säger sowie die Mitglieder des Ortsvereins Stötterth treffen sich Punkt 4 Uhr im Deutschen Haus, Stötterth. [11387] D. V.

Unter trübsamen Schmerzen erlitt der Tod am Sonntag, den 18. Mai, nachmittags 1/2 Uhr, meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter, Schwester, Schwägerin, Tante, Groß- und Schwiegermutter, Frau
Wilhelmine Marie Röder geb. Jacob
im Alter von 52 Jahren von ihrem langen schweren Leiden. Dies allen Freunden und Verwandten zur Nachricht. In tiefer Trauer
L.-Anger, Spidherstr. 6, den 18. Mai 1912
[11882] **Gustav Röder und Kinder.**
Die Einäscherung findet Dienstag 1 Uhr i. Krematorium statt.

Politische Uebersicht.

Rechts schwenkt, marsch!

Groß war der Jubel im liberalen Lager nach der Wahl. In allen Tönen wurde uns versichert, daß der schwarzblaue Bloß zertrümmert, vernichtet sei, für alle Zeiten. Jubelfanfaren stießen die jungen Leute der Woffeschen Offizin aus und auch die Tante Bosh wackelte vergnüglich. Selbst in unsern Reihen gab es Illusionen. Nicht nur die leichtgläubigen „Revisionisten“, sondern selbst Genossen, von denen man gewohnt war, daß sie den Liberalismus nach Gebühr einzuschätzen wußten, machten sich an eine neue „Revision“ und theoretisierten über den neuen Mittelstand und den „neuen Liberalismus“.

In unserm heutigen Leitartikel weisen wir darauf hin, was der Antrag Bassermann-Erzberger auf dem Gebiete der Finanzen bedeutet. Aber dieser niedliche Antrag bedeutet vor allem eine Verschiebung im Verhältnis der bürgerlichen Parteien zueinander und diese Seite der Frage ist vielleicht noch interessanter und bedeutsamer. Daß der Vertreter der Kulturkampfpaarkei und der Vertreter der Pfaffenpartei Arm in Arm sich auf die Steuersuche begeben, ist schon an sich ein liebliches Bild. Aber man kann es erst würdigen, wenn man die Begleitumstände näher ins Auge faßt. Der Nachdruck ist darauf zu legen, daß die Bassermann mit einem hörbaren Ruck sich von den Fortschrittler abwenden. Diese hatten unter dem Zwang der sozialdemokratischen Erklärung zur Erbschaftsteuer ihrerseits sich zu einem schüchternen Versuch aufgerafft, die Erbschaftsteuer in Empfehlung zu bringen. Nun erinnert man sich wohl, daß die Nationalliberalen, seitdem sie 1909 durch einen Schritt der Junker verhindert wurden, „positive Arbeit“ bei der Steuerreform zu leisten, wie die Papageien das Wortlein Erbschaftsteuer wiederholten. Während der Wahlkampagne haben diese Madatoren mit diesem Wort den schädigsten Bauernfang getrieben. Überall, wo sie gegen die Konservativen oder das Zentrum standen, haben sie sich die Entrüstung der Volksmassen über die Brandstiftung bei der Steuerfrage zunutze gemacht und sich als die treuen Anhänger der Erbschaftsteuer aufgespielt. Durch diesen Trick gelang es ihnen, die Wähler zu täuschen, ihr unreaktionäres Programm zu verfechten und einen Gegensatz zu den Junkern und Pfaffen, der seit langem nicht vorhanden ist, vorzutäuschen. Selbst wenn man also die Ueberzeugungstreue dieser politischen Fallschpieler nach Gebühr einschätzt, mußte man annehmen, daß es den Bassermanniden ganz unmöglich sein werde, schon ein paar Monate nach der Wahl sich selbst Lügen zu strafen, daß sie also geschlossen für den Antrag der Fortschrittler eintreten würden. Indessen, es ist eben bei diesen Kujonen überhaupt nichts unmöglich. Sie haben es fertig gebracht, auch bei dieser Situation ihren Verbündeten ein Bein zu stellen und in das Lager des eben noch heiß bekämpften „schwarzblassen Blodes“ hinüberzumarschieren. Denn nichts anderes bedeutet der Antrag.

Bassermann und Erzberger haben ihn unterzeichnet, aber es ist klar, daß Monsieur Erzberger hier als Kommiss nicht nur des Zentrums, sondern der Doppelfirma handelt, daß die Konservativen mitmachen. Diese halten auf politischen Anstand in ihrem Sinne und geben sich nicht dazu her, schon jetzt öffentlich mit einem Bassermann gemeinsame Sache zu machen, dazu ist ihnen der Mascher des Zentrums gut genug. Aber diese Neugierlichkeiten ändern nichts daran, daß die konservativ-kerikal-nationalliberale Brüderschaft zur Laftache geworden ist.

Das Berliner Tageblatt meint, das eigentliche Ziel des Antrages sei „die Ausschaltung der Sozialdemokratie von der Mitarbeit an der Steuerreform.“ Es sei mit Feuereifer im Lager der Nationalliberalen daran gearbeitet worden, die Dinge so zu decheln, daß man nicht gezwungen wäre, mit der Sozialdemokratie und gegen die Junker für die Erbschaftsteuer zu stimmen. Daran mag Wahres sein. Aber man darf nicht vergessen, daß ja der Boden für diese Verständigung bereits vorbereitet war durch den Gaunerstreich bei der Schnapssteuer. Durch Bewilligung der 16 Millionen neuer Liebesgabe seitens der Herren Paasche und Sieg in der Brantweinkommission, wobei aber diese lauberen Politiker auch für die eigene Tasche sorgten (Herr Paasche ist Liebesgabenkluder und Lantienemeinstreicher bei der größten Schnapsfabrik Deutschlands, Herr Sieg ist Brennereibesitzer), wurde die Interessengemeinschaft dokumentiert und erst um diesen Preis waren die Junker bereit, sich von neuem mit der Partei der Bassermanniden einzulassen. Die weitere Bedingung war dann, daß die Nationalliberalen durch die Preisgabe der Erbschaftsteuer sich noch einmal auf offenem Markte mit einem Erzberger prostituieren, was sie prompt taten.

So feiert der Schnapsbloß vier Monate nach der Wahl seine Auferstehung und dadurch wird die politische Lage geklärt.

Deutsches Reich.

Parlamentsbrief. Aus dem Reichstag.

Berlin, 18. Mai. Den stürmischen und auch komischen Szenen vom Freitag ist heute eine geradezu einschläfernde Stimmung gefolgt, trotzdem der Etat zur Beratung stand, der sicherlich Anlaß zu temperamentvollen parlamentarischen Wortgefechten genug gibt: der Etat des Auswärtigen Amts. Man braucht sich bloß all der Irzgänge zu erinnern, die die deutsche Diplomatie nicht gerade grazids gegangen ist, um zu finden, daß Material genug vorhanden ist, um den Herren v. Bethmann und Kiderlen recht unangenehme Unterhaltungskunden zu bereiten. Von sozialdemokratischer Seite, durch die Genossen David und Ledebour, ist das heute auch geschehen, während die bürgerlichen Redner sich die allergrößte Beschränkung auferlegten und nur Kleinigkeit an Kleinigkeiten herummäkelten. St. Dertel von der Deutschen Tageszeitung animierte den Kanzler, Feuerweh-

mann zu spielen und kalte Wasserstrahlen ins Ausland zu schleudern, weiter begeisterte er sich für Rußland und für die alldeutsche Eisenerzerei. Herrn Bassermanns Sorge ist die Ausbildung der Diplomaten. In der ungünstigen politischen Situation in Europa ist nach Herrn Bassermanns Ansicht Deutschland so gut wie unschuldig; die bösen Nachbarn sind es, die alles Unheil anstiften. Herr Spahn hat es in der Kunst, mit vielen Worten absichtlich nichts zu sagen — wenigstens nichts, was der Regierung unangenehm sein könnte — bereits recht weit gebracht. Zentrumswünsche bringt man am besten bei Unterhaltungen an, die sich der öffentlichen Kontrolle entziehen. Der Fortschrittlermann Heschler war immer ein kleiner Hurratriot. Seit er aber nun ins Direktorium einer großen Dampfschiffahrtsgesellschaft berufen worden ist, schäumt sein Patriotismus über. In dem Herrn werden die Volksparteier noch ihr blaues Wunder erleben. Der Pole Dombek und der Lothringer Windel hatten Spezialbeschwerden vorzutragen; die auswärtige Politik ist ihnen offenbar gleichgültig. Darauf gingen des näheren die Genossen David und Ledebour ein, die besonders die Haltung Deutschlands zu England kritisierten. Genosse Ledebour, der einen besonders guten Tag hatte, nahm sich die Chauvinisten vor, wobei Herr Dertel dem allgemeinen Gelächter preisgegeben wurde. Herr v. Bethmann spielte eine Stunde lang Zuhörer und verschwand sodann; Herr v. Kiderlen versuchte durch Pomadigkeit Eindrud zu schinden. Abends um 7 Uhr hatte die Debatte ihr Ende erreicht. Am Montag wird die Schnapsvorlage beraten werden.

Die Genossen Scheidemann und Dr. Leusch haben, in Uebersetzung mit der Fraktion, von der Einbringung einer Beschlusse gegen die ihnen in der Reichstagsitzung vom 17. Mai erteilten Ordnungsrufe Abstand genommen. Die Ordnungsrufe waren nur möglich, weil der Präsident sich der Situation nicht gewachsen zeigte und ein Maß von Direktionslosigkeit bewies, die seinen Ordnungsrufen jede sachliche Bedeutung nahm.

Junker-Wüten.

Die Brandmarkung der preussischen Dreiklassenwahl durch den Genossen Scheidemann in der Freitagssitzung des Reichstags ist den preussischen Junkern arg auf die Nerven gefallen. Sie benutzten die Sonnabenditzung des preussischen Dreiklassenparlaments, um sich über diese Rede in wüsten Schimpfereien zu ergehen. Auf der Tagesordnung stand freilich die erste Lesung des Besitzbefestigungsgesetzes. Aber schon der erste Redner, Frhr. v. Zedlitz, konnte es sich nicht verlagern, das schwerste Geschütz gegen den Genossen Scheidemann aufzufahren und in heuchlerischer Weise das angeblich beleidigte preussische Volk in Schutz zu nehmen. — Zur Sache selbst äußerte sich von unserer Seite Genosse Borcharzki, der normalerweise die Polenpolitik der Regierung scharf kritisierte und daneben auch mit dem Abgeordneten Frhrn v. Zedlitz gründlich abrechnete. Ebenso wie die Sozialdemokraten verhielten sich auch die Polen und die Dänen dem Gesekentwurf gegenüber ablehnend, während der Justizminister ihn verteidigte und namentlich nachzuweisen suchte, daß die Vorlage nicht verfassungswidrig sei. Als dann über den grundlegenden § 1 namentlich abgestimmt werden sollte, stellte sich die Beschlußfähigkeit des Hauses heraus; die Herren, die nicht genug Worte zur Anpreisung ihrer nationalen Gesinnung finden können, haben es also nicht einmal der Mühe wert gehalten, die Reise nach Berlin zu machen, um an der Sitzung teilzunehmen.

Der Präsident beräumte eine zweite Sitzung an, auf deren Tagesordnung die Sekundärbahnvorlage stand. Die Debatte aber wurde auch wieder zu einer Auseinandersetzung über die Rede Scheidemanns und namentlich auch um das Vorgehen der Eisenbahnverwaltung gegen die Grafenstahener Maschinenfabrik. Konservative, Freikonservative und Nationalliberale zollten der Regierung ihre Anerkennung, während für die Sozialdemokraten Genosse Hirsch erklärte, daß hier ein schlimmer Akt von Terrorismus vorliege, der stark zu verurteilen sei. In scharfer Weise wiesen unsere Genossen die Verurteilung zurück, die Angriffe Scheidemanns auf die preussische Junkerwirtschaft in Angriffe auf das preussische Volk umzuwälzen, und brandmarkten zugleich die parteiische Geschäftsführung des Präsidenten, der Reichstagsabgeordnete von konservativen Rednern beschimpfen läßt, während er den Sozialdemokraten Angriffe auf Herrenhausmitglieder untersagt. — Montag stehen die Wahlrechtsanträge zur Verhandlung.

Berwidderung der politischen Sitten.

Bethmann-Hollweg hat es für notwendig gehalten, den parlamentarischen Streit, den er am Freitag im Reichstag durchgeführt hat, in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung verteidigen zu lassen. Er läßt dabei seine journalistischen Schildknappen den erbärmlichen Trick anwenden, die Angriffe Scheidemanns auf das offizielle, auf das Junker-Preußen, in Angriffe auf das preussische Volk umzuwindeln. Das interessiert weiter nicht. Amüsant aber ist, daß sich der Kanzler in derselben Nummer seines Leiborgans gegen die freikonservative Post verteidigen muß, die ihm rund und nett vorgeworfen hat, er habe seinen Kaiser im Stich gelassen. Das edle Organ verlangt offenbar, daß Herr Bethmann die Staatsstreichdrohung des Kaisers nicht verleugnen, nicht in die Drohung mit geschlicher Revision unredigierte, sondern daß er die Staatsstreichdrohung ohne weiteres zu der seinigen machen sollte. Erregt antwortet darauf Bethmann-Hollweg in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, das sei eine „Berwidderung der politischen Sitten“. Der Mann, der solches schreiben konnte, habe weder die Rede des Kanzlers gelesen, noch sich über die Vorgänge im Reichstag informiert. Die Post bemerkt dem entrüsteten Kanzler höhnisch:

Wenn überhaupt von einer Berwidderung der politischen Sitten gesprochen werden kann, so glauben wir, daß diese wohl in erster Linie darin zu erblicken ist, wenn heutigentags maßgebende Persönlichkeiten sich nicht scheuen, nationale Zeitungen und vor allem Vereine, die ihnen unbequem sind, auf Schleichwegen und mit Mitteln zu belästigen, die als politisch wohlstandig und gefittet schlechterdings nicht mehr bezeichnet werden können! Wir wollen uns deshalb mit dem halbamtlichen Blatt nicht weiter in einen Streit über den Begriff der politischen Sitten einlassen, da wir es

nicht für kompetent genug halten, in dieser Frage ein maßgebendes Urteil abzugeben, und wir begnügen uns damit, dem Blatte zu empfehlen, zunächst einmal gefälligst und gründlichst vor seiner eignen Türe zu kehren.

Wir wollen uns in diesen Familienstreit nicht weiter einmischen. Wir buchen ihn nur als einen weiteren Beleg für die aufgeregte Gemütsverfassung unserer Schwarzmacher, die bald den Kaiser, bald den Kanzler in wütendster Weise anfallen. Daß solche aufgeregte Leute Einfluß auf die äußere und innere Politik Deutschlands haben, bedeutet eine nicht zu unterschätzende Gefahr.

Eine holländische Auskunft.

Die Anfrage, die Genosse Frank im Reichstag an die Regierung richtete, um zu erfahren, wie sich Holland zu den geplanten Schiffahrtsabgaben stellt, veranlaßt einen Amsterdamer Mitarbeiter der Boffischen Zeitung, folgende Bemerkungen in dem genannten Blatte zu machen:

Was den ersten Teil der Frage betrifft, ob Holland seine Zustimmung zur Erhebung von Rheingölten gegeben habe, so weiß man, daß der Standpunkt der holländischen Regierung nach wie vor ein absolut ablehnender ist und daß Regierung, Volksvertretung und die öffentliche Meinung ausdrückende Presse ohne Unterschied des Parteistandpunkts in diesem Punkte so vollständig übereinstimmen, daß eine Regierung, welche zu Zugeständnissen bereit wäre, einen außerordentlich schwierigen Stand hätte. Hinsichtlich der weiteren Anfrage, ob zwischen Berlin und Haag Unterhandlungen stattgefunden hätten, wird man wohl nicht sehr gehen, wenn man der Meinung ist, daß ein Meinungsaustrausch zwischen den beiderseitigen Regierungen doch stattgefunden hat, denn es wäre doch zu absurd, im Ernst annehmen zu wollen, daß bei einer Frage, welche die wirtschaftlichen Interessen des einen Teils in so hervorragender Weise trifft, mit diesem noch keine Verhandlungen eingeleitet worden sind. Es verdient übrigens hervorgehoben zu werden, daß man hier der weiteren Entwicklung der Dinge mit fast unbegreiflicher Gleichgültigkeit gegenübersteht.

Die verkleideten Ostmarkenzulagen.

Bei der zweiten Lesung des Postetats ist bekanntlich die Ostmarkenzulage gestrichen worden. Die Postverwaltung verhandelte nun eifrig mit den bürgerlichen Parteien, und das Resultat ist ein Antrag, der aus der Mitte des Reichstags gestellt wird, in allen gemischtsprachigen Bezirken diese Zulage zu gewähren. Der Antrag ist aber so gefaßt, daß er weiter nichts bedeutet als lediglich die Wiedereröffnung der Ostmarkenzulagen. Der Antrag sieht nämlich vor, daß diese Zulagen nur in den Bezirken gezahlt werden, in denen mindestens 60 Proz. der Bevölkerung sich einer anderen als der deutschen Sprache bedienen. Praktisch läuft dies darauf hinaus, daß außer in den Ostmarken höchstens noch in zwei lothringischen Bezirken diese Zulagen gewährt werden. Die sozialdemokratische Fraktion wird dieses Gaukeispiel nicht mitmachen, sondern beantragen, diese Zulagen allen Postbeamten zu gewähren. Den bürgerlichen Parteien wird damit wieder einmal Gelegenheit geboten, ihre Beamtenfreundlichkeit zu beweisen.

Berlin, 20. Mai. Der erweiterte Vorstand der deutsch-konservativen Partei hielt gestern eine Versammlung im Abgeordnetenhaus ab. Auf Antrag des Oberbürgermeisters von Dresden, Geheimrat Beutler, wurde der Parteileitung und insbesondere Herrn v. Seydewitz, vollstes Vertrauen ausgesprochen.

Einer Nachrichtenstelle zufolge soll aus Anlaß der Annahme der Heeres- und Flottenvorlage der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg und auch Großadmiral v. Tirpitz in den Grafenstand erhoben werden. Der Kriegsminister v. Heeringen sowie andre hohe Offiziere und Beamte, die sich um das Zustandekommen der Heeresvorlage besonders verdient gemacht haben, sollen hohe Orden erhalten.

Keine politische Nachrichten. Die französischen Munizipalratswahlen haben in dem größten Teil der Gemeinden von Frankreich gestern stattgefunden und sind ohne Zwischenfall verlaufen. — Der argentinische Kriegsminister General Gohou ist gestorben. — Deschanel hat, nachdem er alle anderen ihm angebotenen Stellen abgelehnt hat, nunmehr beschlossen, als dritter Kandidat für die Präsidentschaft der französischen Kammer aufzutreten. — Der Finanzminister der Südafrikanischen Union, Duß, hat seine Entlassung eingereicht, da sich zwischen ihm und seinen Kabinettskollegen über die Frage der Eisenbahn-Neubauten Meinungsverschiedenheiten ergeben haben.

Frankreich.

Eine Wahlreform.

Paris, 19. Mai. Die Regierung hat beschlossen innerhalb 14 Tagen der Kammer einen neuen Gesetzesvorschlag für die Wahlreform zu unterbreiten. Dieser Gesetzesentwurf ist vom Ministerpräsidenten Poincare, dem Justizminister Briand und dem Unterrichtsminister Steeg ausgearbeitet worden und sieht besonders eine größere Ausdehnung der Wahlbezirke vor.

Das Budget.

Paris, 19. Mai. Die Budgetkommission beendete heute die Aufstellung des Budgets für 1913, nach welchem ein Einnahmeüberschuß von 880 000 Frank vorgesehen wird.

Italien.

Systematische Straflosigkeit für schießende Karabinieri. Mit einer Dreifachheit, die geradezu staunenverregend ist, mag die italienische Justiz es immer wieder, die Karabinieri und Polizisten freizusprechen, die bei Konflikten mit der Menge, ohne Not und ohne Berechtigung, ja, selbst ohne die vom Reglement vorgeschriebenen Warnungsschreie, von ihren Waffen Gebrauch machen. In der nunmehr langen Reihe dieser ruchlosen Freisprechungen verdient die Einstellung des Strafverfahrens gegen die Karabinieri hervorgehoben zu werden, die am 28. September 1911 in Langhirano bei Parma auf unbewaffnete Demonstranten geschossen haben. Der in der Voruntersuchung erfolgte Freispruch wird damit motiviert, daß sich die Karabinieri im Zustande der Notwehr befunden hätten. Diese Notwehr haben die Richter wirklich erfinden. Der Vorgang, dem vier Menschenleben zum Opfer fielen, hat sich in folgender Weise abgepielt. Am 27. September war in Langhirano gestreikt worden, entsprechend dem Aufruf der Konföderation der Arbeit, die einen Massenprotest gegen den Krieg organisiert hat. Dabei war auch der Verrieb auf der Dampfbahn zwischen Langhirano und Parma eingestellt worden. Als nun am Morgen des 28. aus Parma die Order kam, weiterzuziehen, begaben sich etwa 30 Personen auf die Station der Dampfbahn und stellten sich vor die Lokomotive, um die Abfahrt unmöglich zu machen. Die Station war von 7 Karabinieri bewacht, die sich ganz kopflos auf die Demonstranten stürzten und sie mit dem Gewehrlos bedrohten. Als die Leute ruhig stehen blieben, gaben sie Feuer ohne die vorgeschriebenen Signale, die die Menge zum Auseinandergehen auffordern sollten. Da aus nächster Nähe geschossen wurde, blieben drei Tote auf dem Plage, nämlich ein junger Land-

Arbeiter, die Sekretärin der Landarbeiterinnengewerkschaft, Genossin Mondelli und die Genossin Schlauf vom Exekutivkomitee der Arbeiterkammer. Diese war 21 Jahre alt und stand im 8. Monat der Schwangerschaft. Der Umstand allein, daß diese Frau mit ihrer Mutter in der ersten Reihe der Demonstranten stand, beweist die durchaus friedlichen Absichten. Von den Verwundeten sind einer, und ein zweiter ist auf Lebenszeit verkrüppelt. Bei keinem wurde eine Waffe gefunden. Bei Karabinieren nennt man das Rotweiss, bei gewöhnlichen Sterblichen ist es Nord.

Rußland.

Sozialdemokratische Interpellation wegen der Verfolgung der Arbeiterpresse in Rußland.

Die sozialdemokratische Fraktion brachte in der letzten Duma-Sitzung eine Interpellation anlässlich der unersetzten Verfolgungen der Arbeiterpresse ein. Es vergeht kaum ein Tag, wo nicht irgendein Arbeiterblatt konfisziert oder mit schweren Geldstrafen belegt wird. Von den in Petersburg erscheinenden Arbeiterblättern Emseda, Schiwoje Delo und Prawda bedeutet jede Nummer von vornherein eine Anklage oder Konfiskation oder beides zugleich. Neurding hat nun die Polizei zu folgenden Maßnahmen gezwungen: In der Nacht zum 11. Mai erschien sie in der Druckerei, wo die beiden letztgenannten Zeitungen gedruckt werden, nahm aber keine Verhaftung vor, sondern wartete, bis der Druck beendet war. Dann erklärte sie, in vollem Widerspruch mit dem Pressegesetz, daß sie die Abgabe der Zeitung an die Adressaten nicht gestatte und das Blatt mit Beschlagnahme belege. — Natürlich lehnte die Duma die Dringlichkeit der Interpellation ab und begrub sie in der Kommission. Es handelte sich doch „nur“ um ein Arbeiterblatt, das auf geschlichen Schutz keinen Anspruch erheben darf.

Schweden.

Der Kampf um das Frauenwahlrecht.

Stockholm, 18. Mai. Die Erste Kammer verwarf nach langer Debatte mit 88 gegen 58 Stimmen den Gesetzentwurf der Regierung über die Einführung des Frauenwahlrechts zum Parlament. Die Zweite Kammer nahm dagegen nach längerer Debatte den Gesetzentwurf mit 140 gegen 68 Stimmen an. Der Gesetzentwurf ist damit für diesmal verworfen.

Persien.

Salat ed Daulehs Bestrebungen.

Täbris, 20. Mai. Der regierungstreue Schuja ed Dauleh verschaffte einen aus Kurdistan eingeflossenen Geheimboten Salat ed Daulehs. Der Bote hatte 17 Briefe an die Hüuptlinge der Schahsewennen bei sich, die Salat ed Dauleh in den Briefen um Hilfe anruft und auffordert, gegen Teheran zu marschieren.

Mexiko.

Nordamerikanische Waffen für die Aufständischen.

New Orleans, 10. Mai. Amerikanische Beamte hielten den unter englischer Flagge segelnden Dampfer Santana an, der der Verletzung der Proklamationskass über die Verschiffung von Waffen und Munition nach Mexiko beschuldigt wird. Die Santana war unter Segel, als sie angehalten wurde, und es wurden auf ihr 110 000 Runden Patronen gefunden.

Ein Sieg der Bundesstruppen.

Mexiko City, 18. Mai. Die Bundesstruppen haben die Aufständischen besetzt und Taxco wieder eingenommen. 70 Rebellen sind getötet und viele verwundet worden.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus dem Landtage.

Dresden, 18. Mai.

Geschlagene 12 Stunden währte die Plenarsitzung der Zweiten Kammer am Freitag. Den größten Teil der Zeit nahm die Besprechung der Angelegenheit Dr. Roth in Anspruch. Da schon vorher bekannt geworden war, daß die Fortschrittler diese schon beim Kapitel Kreis- und Amtshauptmannschaften anschnitten und dann die Interpellation zurückziehen würden, wurde diese Angelegenheit auch von unserm Redner, der vor dem fortschrittlichen Redner zum Worte kam, mit behandelt. Die Folge war, daß sich bei dem Punkte Kreis- und Amtshauptmannschaften das Hauptinteresse auf die Angelegenheit Roth konzentrierte und die Besprechung des Kapitels zu kurz kam. So war es unserm Genossen Nigg, der erst gegen 10 Uhr zu Worte kam, nicht möglich, eine Reihe Vorgänge aus der Amtshauptmannschaft Leipzig zur Sprache bringen zu können. Er mußte sich darauf beschränken, einen Vorgang bei der letzten Reichstagswahl im 14. Wahlkreise zur Sprache zu bringen, wo der Amtshauptmann auf eine Beschwerde gegen die Anwesenheit von Studenten im Wahllokale geantwortet hatte, die Wahlhandlung sei öffentlich und deshalb dürften nicht nur Studenten während der Wahlhandlung im Wahllokale anwesend sein, sondern sogar Frauen und Kinder. Der Minister des Innern schweigte sich über die Sache vollständig aus, wie er das immer macht, wenn er nicht in der Lage ist, zu antworten.

Bei der Besprechung der Angelegenheit Dr. Roth kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der fortschrittlichen Volkspartei und dem Minister Blythum, nach dem natürlich der Kreishauptmann v. Craushaar — ein Mann, dessen Bewachungspraxis schon früher im Landtage gekennzeichnet worden ist — unter allen Umständen weggewaschen und Dr. Roth durchaus schwarz gemalt werden mußte. Natürlich fand die Regierung auch die Konservativen und namentlich den Reichsverhandler Dr. Böhme auf ihrer Seite. Weil der fortschrittliche Abg. Dr. Günther in höchst untaktischer Weise eine konervative Ehebruchsgeschichte, die gar nichts mit der Angelegenheit Roth zu tun hatte, in die Debatte hineingezogen hatte, hatte der Dr. Böhme, der so oft über Verschlechterung des Tones geklagt hatte, den Mut zu sagen, die Fortschrittler beschmützten die Konservativen, um ihren eignen Schmutz zu verdecken. Worauf ihm aus den Reihen der Fortschrittler ein „Schmutzbartel“ an den Kopf geworfen wurde. Als Abg. Dr. Roth sich am Schlusse der Debatte in einer persönlichen Bemerkung mit Recht gegen die Beleidigungen des Ministers des Innern in dessen Darstellung des Falles Roth wendete, wurde er zur Ordnung gerufen. Es war der erste Ordnungsruf in dieser Tagung überhaupt.

Am heutigen Tage gab Dr. Roth vor Eintritt in die Tagesordnung eine lange Erklärung gegen die Darstellung des Ministers des Innern ab, die den Minister veranlaßte, zu erklären, daß er bei seiner Darstellung stehen bleiben müsse. Und das, obgleich Dr. Roth Dinge zur Sprache gebracht hatte, die die Objektivität der Blythumschen Darstellung recht eigentümlich beleuchteten. So war z. B. Dr. Roth zum Vorwurfe gemacht worden, daß er mit einem Menschen Verkehr gepflogen habe, der Soldat zweiter Klasse gewesen sei. Dr. Roth antwortete, daß dies erst später bekannt geworden wäre, als der Betreffende mit den Gerichten

in Konflikt gekommen war; vorher habe der Mann in gutem Ansehen gestanden, was ja auch daraus hervorgehe, daß er zweiter Vorsitzender des Kriegervereins gewesen sei. Trotz derartigen Feststellungen bleibt der Minister bei dem, was ihm aufgeschrieben worden ist.

Nach Eintritt in die Tagesordnung erteilte der Präsident dem Abg. Dr. Roth wegen seines Zwischenrufs „Schmutzbartel!“ nachträglich einen Ordnungsruf, und als Abg. Roth zur Geschäftsordnung erklärte, daß er den Ruf auf die Äußerungen Dr. Böhmes hin gemacht habe, bekam auch dieser nachträglich einen Ordnungsruf, worüber nicht nur Dr. Böhme, sondern die ganze konservative Fraktion geradezu konsterniert war. Namentlich Herr Dr. Böhme machte ein komisch-dummes Gesicht, schaute verlegen in den Saal hinein. Gesagt muß allerdings auch werden, daß der Präsident bei der Besprechung der Angelegenheit Dr. Roth der Situation nicht gewachsen war.

Es ist in Sachsen zur parlamentarischen Tradition geworden, die Verhandlungen über den Eisenbahnetat bis an den Schluß der Session hinauszufchieben. Das hat den Vorteil, daß dieses Etatkapitel, aus dem der Staatskasse bedeutende Einnahmen zufließen — für 1912/13 ist der Ueber-schuss trotz bedeutender Aufwendungen im ordentlichen Etat, die sonst auf den außerordentlichen Etat verschrieben wurden, mit rund 43 Millionen berechnet —, als Ausgleichspunkt für im Laufe der Etatverhandlungen noch auftretende Mehrforderungen dienen kann. Auf der andern Seite steht dem freilich der sehr große Nachteil gegenüber, daß die Beratungen regelmäßig in den Trübel der Schlussverhandlungen fallen, wo das Plenum mit Arbeiten überlastet und eine freie, ungehinderte Debatte kaum noch möglich ist. Will es nun außerdem noch das Mißgeschick, daß, wie dies heute der Fall war, die Verhandlungen auf einen Sonnabend fallen, so können die mehr als 50 000 Eisenbahnarbeiter und Beamten von vornherein damit rechnen, daß das Interesse der Volksboten für ihre Lage auf den Nullpunkt herabsinkt. Die heutigen Debatten über den Eisenbahnetat wurden zum größten Teil vor beschlunfähiger Haufe geführt, was aber selbstverständlich unsere Genossen nicht abhielt, das zu sagen, was durch die Wichtigkeit des Gegenstands geboten war.

Als erster Redner nach dem Berichterstatter Bauer sprach Genosse Castan, der in reichlich einstündigen Ausführungen die Fragen der allgemeinen Verkehrspolitik, sowie der Finanz- und Arbeiterpolitik in großzügiger Weise sprach. Genosse Castan begründete dabei insbesondere auch den sozialdemokratischen Antrag auf Umwandlung der jetzt bestehenden acht in drei Arbeiterlohngruppen unter entsprechender Heraushebung der Einzellohne, und wies nach, daß die hierfür nötigen Mittel mit Leichtigkeit durch eine Erhöhung des Einnahmeveranschlags im Eisenbahnetat selbst aufgebracht werden könnten. Im weiteren Verlaufe der Debatte sprachen dann auch noch die Genossen Richter und Witz, die zu einer Reihe von Einzelfragen Stellung nahmen. Die bürgerlichen Redner, von denen eine ganze Reihe aufmarschierte, beschränkten sich fast samt und sonders auf die Besprechung allgemeiner Verkehrsfragen oder lokaler Eisenbahnwünsche; die Lage der unteren Eisenbahnangestellten blieb bei ihnen auf herzlich wenig Interesse. Nur die Freisinnigen erklärten sich für den sozialdemokratischen Antrag, der denn auch von der Mehrheit abgelehnt wurde, nachdem der Finanzminister mit großen Zahlen seine angebliche Undurchführbarkeit „bewiesen“ hatte. Daß an den 5 Millionen, die seine Ausführung angeblich kosten würde, mehr als 30 000 Arbeiter beteiligt sein würden, sagte der Herr allerdings nicht.

Vor dem Beginn der Eisenbahndebatte hatte es eine kurze Aussprache über den Etat der Landesbrandversicherungskasse, die ein undefinierbares Mittelglied zwischen Staatsanstalt und privater Versicherungsgesellschaft darstellt, sowie über das Kapitel Kunstsammlungen gegeben. Bei dem letzterwähnten Tagesordnungspunkt kritisierte Genosse Reimling einen zwischen dem königlichen Hausministerium und dem Finanzministerium abgeschlossenen Vertrag über die Ablösung der königlichen Nuhungsrechte an einigen dem Staate gehörenden Grundstücken. Zur Errichtung zweier neuer Galeriegebäude für die Unterbringung der wertvollen künstlerischen und wissenschaftlichen Sammlungen, für die die Zwingergebäude unzulänglich geworden sind, braucht der Staat ein größeres Areal, das möglichst in der Nähe der übrigen Sammlungsgebäude liegen möchte. Es ist nun beabsichtigt, das Grundstück Herzogin-Garten an der Ostallee hierzu zu nehmen, auf dem der Hof eine Gärtnerei unterhält. Für die Ablösung der Nuhungsrechte an diesem, sowie noch zwei andern Grundstücken, die der Krone bei Schaffung der sächsischen Verfassung überlassen wurden, sowie zur Deckung der Ueberstehungskosten für die Hofgärtnerei nach Pillnitz, sollen nun der Krone neben der Abtretung eines 7 Hektar großen Teils des Pillnitzer Rammerguts, 1 300 000 Mk. aus der Staatskasse gezahlt werden. Diese Summe bezahlte Genosse Reimling als viel zu hoch, zumal es sich hier nur um die Ablösung von Nuhungs-, nicht von Eigentumsrechten handelt, die bisher schon dem Staate zustanden. Gegenüber diesen Darlegungen erstanden der Krone in dem konservativen Führer Dopy und in dem Finanzminister lebhaftere Verteidiger, die behaupteten, nicht die Krone, sondern der Staat mache das Geschäft bei dem Vertragsabschluss. — Die Ausgaben des Kapitels wurden schließlich bewilligt.

Ueber die Gewährung einer außerordentlichen Aufwandsentschädigung an die Mitglieder der Ständekammer ist dem Landtag ein Dekret zugegangen, nach dem die Mitglieder beider Kammern, soweit sie nicht in Dresden wohnhaft sind, für die Zeit, während deren der gegenwärtige Landtag noch verammelt sein wird, eine außerordentliche Aufwandsentschädigung von 500 Mk., die am Tage des Wiederzusammentritts des Landtags mit 250 Mk. und am Tage der Schließung des Landtags gleichfalls mit 250 Mk. zahlbar ist. Die in Dresden wohnhaften Mitglieder der Ständekammer erhalten die Hälfte dieser Entschädigung und die Direktorialmitglieder beziehen das ihnen zuzehende Tagegeld auch aus Anlaß der bevorstehenden Tagung des Landtags. Ebenso beziehen die Mitglieder der während der Vertagung des Landtags zusammentretenden Deputationen Tagegeld nach den Bestimmungen in § 8 des Gesetzes vom 10. Februar 1900.

Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hatte einen Antrag eingebracht, die Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtag noch in dieser Tagung einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den gemäß § 227 der Reichsversicherungsordnung bestimmt wird, daß im Königreich Sachsen neben allgemeinen Ortskrankenkassen Landkrankenkassen nicht errichtet werden. Die Reichsstaatsdeputation,

die sich mit der Sache eingehend beschäftigt hat, stellt nun folgenden Antrag: Die Staatsregierung zu ersuchen a) dem jetzigen Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen, worauf in den Etappen mit revidierter Städteordnung Landkrankenkassen nicht errichtet werden; b) im übrigen dahin wirken zu wollen, daß nur da Landkrankenkassen errichtet werden, wo in Landbezirken die Mitgliederzahl in den schon bestehenden Gemeindefrankenkassen die Zahl der Mitglieder der allgemeinen Ortskrankenkasse übersteigt. Dieser Beschluß wurde gegen die Stimmen der konservativen Mitglieder gefaßt.

Die Reichsstaatsdeputation der Zweiten Kammer beantragt, den Antrag Castan und Genossen (Soz.) auf Aufhebung der Gesundheitsordnung abzulehnen. Die Mehrheit der Deputation, bestehend aus den sozialdemokratischen Mitgliedern, beantragt jedoch, zu beschließen, daß die Gesundheitsordnung aufgehoben ist, und stellt, unterstützt von den freisinnigen Mitgliedern, den Eventualantrag, die Kammer wolle beschließen, die Gesundheitsordnung einer Revision zu unterziehen.

Wasserpolliz.

Zu der Frage der Wasserversorgung aus Staatswaldungen äußert sich das Finanzministerium in einer Erklärung zu dem Kapitel des Staatshaushalts über die Forsten in sehr bemerkenswerter Weise. Bei der Etatberatung war die Forstverwaltung ersucht worden, dafür besorgt zu sein, unserm Walde möglichst viel Wasser zu erhalten und nicht durch eine falsche Drainierpolitik das Festhalten des Wassers ungünstig zu beeinflussen. Dazu äußert sich nun die Regierung folgendermaßen:

„Ein Drainieren, wie es bei der Landwirtschaft auf nassen Feldern und Wiesen üblich ist, findet in den Staatswaldungen nicht statt. Die Forstverwaltung sorgt nur dafür, daß größere Vernassungen und Versumpfungen im Walde soweit beseitigt werden, als sie dem Wiederaufbau der Schlagflächen wesentlich hinderlich sind; sie leitet in solchen Fällen das Wasser auf dem kürzesten Wege nach den natürlichen Wasserläufen und legt, wenn nötig, Entwässerungskäben — nicht Drainagen — nur bis zu solcher Tiefe an, daß die anzubauenden Holzarten mit ihren Wurzeln aus dem Bereiche der stagnierenden Feuchtigkeit kommen.“

Nicht minder vorichtig verfährt man bei der Behandlung der Hochmoore, deren Bedeutung in bezug auf Wasserhaltung der Quellen und Bachläufe allgemein überschätzt wird. Die Moore geben nach den gemachten Erfahrungen gerade in trockenen Zeiten kein Wasser ab, während sie in nassen Zeiten, wenn sie mit Wasser gesättigt sind, daselbst nicht mehr zurückhalten vermögen. Tritt anhaltende Trockenheit ein, so trocknen auch die oberen Schichten des Hochmoors mehr oder weniger aus, laugen wie ein Schwamm jeden Niederschlag ab und halten ihn fest, geben ihn also nicht an die in der Nähe des Hochmoors entspringenden Wasserläufe ab. Dies tritt erst nach anhaltender nasser Nitterung ein, wenn das Moor mit Wasser voll gesättigt ist. Es schlägt demnach, da dann jeder über den Sättigungsgrad hinaus fallende Niederschlag abfließt, auch nicht gegen Hochwassergefahr. Die Hochmoore sind sonach für die Wasserregulierung der Quellen und Bachläufe nur von untergeordneter Bedeutung. Für diesen Zweck werden Talperrren weit bessere Dienste leisten.“

Das vorstehend Erwähnte wird auch durch die bei der Trockenheit des Jahres 1911 gemachten Beobachtungen bestätigt, denn fast alle von Hochmooren im Erzgebirge gespeisten Wasserläufe waren versiegt, obgleich die Staatsforstverwaltung schon seit vielen Jahrzehnten Hochmoore nur ganz ausnahmsweise und in vorläufiger Weise entwässert und die meisten Moore überhaupt von einer regelrechten Bewirtschaftung ausschließt.

Es darf also behauptet werden, daß sich die Forstverwaltung ihrer Aufgabe, dem Walde das zum Gebelhen der Holzgewächse unbedingt notwendige Wasser zu erhalten, und den Abfluß desselben zum Nutzen des Umlandes und insbesondere auch der Industrie, soweit es in ihrer Macht liegt, zu regeln voll bewußt ist. Sie wird aber in diesen Bestrebungen häufig durch die oft übertriebenen Anforderungen gehindert, die zahlreichere Stadt- und Landgemeinden in bezug auf Ableitung von Quell- und Grundwasser aus den Wäldern stellen. Hierdurch sind allerdings große Waldgebiete bereits so gründlich entwässert, man kann sagen „drainiert“ worden, daß erhebliche Beeinträchtigungen des Holzwachstums stattgefunden haben und für die Zukunft noch stattfinden werden. Hierin liegt für die Staatswaldungen eine große Gefahr, die dadurch noch erhöhte Bedeutung gewinnt, daß die Standort- und Marktwirtschaften Sachsens auf die Nachhut der Forste hinweisen, die besonders hohe Ansprüche an die Bodenfruchtbarkeit stellen, infolge ihrer raschen Vermehrung und Wasser aus den unteren Bodenschichten nicht ausnehmen vermag. Wenn sich daher die Forstverwaltung nach Möglichkeit gegen die Ableitung von Quell- und Grundwasser aus den Waldungen durch Stadt- und Landgemeinden wehrt, so möchte sie wünschen, dabei gerade aus den Kreisen besondere Unterstützung zu finden, die ihr die Handhabung einer guten Wasserpolliz empfehlen.“

Die Staatsregierung wird trotzdem nicht zögern, Gemeinden, die sich auf andere Weise nicht mit Wasser zu versorgen vermögen, solches aus den Staatswaldungen und selbst zum Schaden derselben, abzugeben; Anträgen auf Ableitung von Wasser jedoch dann nicht stattzugeben, wenn eine andere Möglichkeit zu dessen Beschaffung vorhanden ist. Insbesondere wird darauf gehalten werden müssen, daß das kostbare Quell- und Grundwasser der Wälder nicht zum Besprengen von Straßen und zum Spülen von Klosettanlagen verwendet wird, sondern daß für solche Zwecke frei abfließende Wasser in besonderen Leitungen, nach Befinden unter Anlage von Talperrren, zugeführt werden.“

Die Einführung der 4. Wagenklasse auf den Schmalpurbahnen.

In der Finanzdeputation A hat die Regierung zum Eisenbahnetat diese Erklärung abgegeben:

„Die regierungseitig in der Zweiten Ständekammer am 24. November 1911 zugelegten Erörterungen über den Antrag Brodau und Genossen auf Einführung der vierten Wagenklasse auf allen Schmalpurbahnen der Staatsbahnen oder Herabsetzung der Fahrpreise der dritten Klasse auf die vierte Klasse haben ergeben, daß die Einrichtung der vierten Wagenklasse auf den Schmalpurbahnen bei angemessener Verteilung der Sitz- und Stehplätze durchführbar erscheint. Die Regierung will sich hiernach bereit erklären, die vierte Wagenklasse auf den Schmalpurbahnen nach und nach einzuführen. Wegen der Einzelheiten, insbesondere wegen der Frage, ob die vierte Wagenklasse in sämtlichen Personenzügen auf diesen Bahnen geführt werden soll, fernher inwieweit es mit Rücksicht auf die Betriebsverhältnisse möglich sein wird, die zweite Wagenklasse in Wegfall zu stellen, bleibt der Entscheidung vorbehalten. Auch läßt sich noch nicht überblicken, bis zu welchem Zeitpunkt die geplante Maßnahme vollständig durchgeführt sein wird.“

Dresden. Genosse Edmund Fischer, der dem Gemeinderate von Briesnitz angehört, teilte dem Gemeinderate in öffentlicher Sitzung mit, daß er wegen seines Reichstagsmandates genötigt sei, sein Amt als Gemeinderatsmitglied niederzulegen, da er als Abgeordneter fast während des ganzen Jahres nicht im Orte sei. Nachdem der Vorsitzende die Mitarbeit des Abgeordneten im Gemeinderat gewürdigt, beschloß der Gemeinderat, die Amtsübertragung der Herrn Fischer unter Anerkennung der vorgeschriebenen Gründe zu genehmigen. Genosse Fischer wurde bekanntlich kürzlich wegen Beleidigung des selben Gemeindevorstandes, der hier seine Mitarbeit lobend hervorgehoben hatte, zu Gefängnis verurteilt. Die Beleidigung sollte in einer Kritik im Gemeinderate gefallen sein. Das Verschweigen der Veranlassung der Amtshauptmannschaft gegen den Willen des Gemeinderats und des Gemeindevorstandes anhängig gemacht worden.

Chemnitz. Das Stadtverordnetenkollegium bewilligte den Erweiterungsbau des alten Chemnitzer Rathauses. Der Bau kostet 385 000 Mk., die innere Einrichtung kostet 60 000 Mk.

Döbeln. In der Stadtverwaltung war es bekanntlich wegen einer Erbschaftsangelegenheit zu Differenzen zwischen den beiden städtischen Kollegien einerseits und den Testamentvollstreckern, Bürgermeister Müller und Stadtverordnetenvorsteher Prof. Dr. Kranz, andererseits gekommen, in deren Verlauf Prof. Kranz sein Amt als Stadtverordnetenvorsteher und als Stadtverordneter niederlegte. Die städtischen Kollegien waren mit der von den Testamentvollstreckern innegehaltenen Entschädigung für die Nachlassregulierung, die vom Erblasser im Testament unbestimmt bezeichnet worden war, nicht einverstanden und hatten Klage auf Herausgabe von zwei Dritteln der zurückgehaltenen Entschädigung angestrengt. Es sollen insgesamt 30000 Mk. in Frage kommen. Wie jetzt bekannt wird, hat die Angelegenheit eine plötzliche Wendung erfahren, als Bürgermeister Müller nachträglich auf jede Entschädigung, die ihm als Testamentvollstrecker zusteht, Verzicht geleistet hat und den Betrag, der ihm von den städtischen Kollegien zugewiesen worden ist, gemeinnützigen Anstalten der Stadt Döbeln überweisen ließ. Nach dem jetzigen Stande der Dinge wird sich nunmehr die Klage der städtischen Kollegien auf Herausgabe von 20000 Mk. nur noch gegen Prof. Dr. Kranz richten.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In Dresden lief vor einigen Tagen am Taschenberge ein dreijähriger Knabe in eine Droschke hinein, wurde von dieser zu Boden geschleudert und ungefähr einen Meter weit geschleift. Ein Gendarm brachte den am Kopfe verletzten Knaben nach der nächsten Verbandstation, wo ihm die erste Hilfe zuteil wurde. Tags darauf ist der Kleine in der Kinderheilanstalt, in die er von seinen Eltern übergeführt worden war, infolge der bei dem Unfälle erlittenen inneren Verletzungen verstorben. — Infolge Zusammenstoßes von Erdmassen und eines Folgeralles beim Bau der Elbzentrale in Pirna wurden zwei Arbeiter verunglückt. Sofort wurden die Rettungsarbeiten für die beiden Verunglückten aufgenommen: Doch ist nur wenig Hoffnung vorhanden, die beiden Unglücklichen lebend zu finden, da die herabgestürzten Massen riesig sind. — In der Nähe der Geschäftsstelle des Konsumvereins Schedewitz wurde durch ein Automobil am Freitagabend der siebenjährige Sohn des Bergarbeiters Golbig überfahren. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Aus den Nachbargebieten.

Bera. Der Gemeinderat beschloß die Abänderung des Nachtrags zum Statut über die Verteilung der Einquartierungslasten während des Friedenszustandes dahin, daß in Lokalen, über die das Militärverbot verhängt ist, Militär nicht einquartiert wird, und daß die Verteilung der Einquartierung nicht von 1200 Mk., sondern erst mit einem Jahreseinkommen von 1500 Mk. an beginnt.

Gerichtsjaal.

Reichsgericht.

Befähigtes Todesurteil. Das Schwurgericht Benthien hat am 28. März d. J. die Grubenhauer Matthäus Pfäz und Merta wegen Mordes bezw. Beihilfe dazu verurteilt, und zwar ersteren zum Tode, letzteren zu 14 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrenrechtsverlust. Nach dem Wahrsprüche der Geschworenen ist Pfäz für schuldig befunden worden, in der Nacht zum 18. April v. J. in Rönigshütte die ledige Maria Rodla mit einem Revolver erschossen und die Tat vorsätzlich und mit Ueberlegung ausgeführt zu haben; und zu dieser Tat soll ihm der Mitangeklagte M. wesentlich Hilfe geleistet haben. — Gegen ihre Verurteilung hatten beide Angeklagte Revision eingeleitet, in der sie u. a. besonders rügten, daß die an die Geschworenen gerichteten Fragen inkorrekt gewesen seien. Das Reichsgericht sah jedoch in dem Urteil keinerlei Mängel und verwarf deshalb am Dienstag die Revisionen der beiden Angeklagten als unbegründet.

Schwurgericht.

Schwere Strafe wegen Meineids traf den 36 Jahre alten Hilfskassierer Johannes Paul Konietzko aus Polnisch-Neuborf. Die Verhandlung wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. Sie endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu 3 Jahren Zuchthaus und 10jährigem Ehrenverlust. Erschwerend war in Betracht gezogen worden, daß K. den Meineid aus tragem Egoismus geleistet haben soll.

Preispruch von der Anklage des Meineids. Ebenfalls hinter verschlossenen Türen wurde gegen die 20 Jahre alte Fabrikarbeiterin Marta Johanna Möbius aus Meuditz wegen Meineids verhandelt. Die Angeklagte, die beschuldigt war, in einem Zivilprozeß falsch geschworen zu haben, wurde freigesprochen.

Landgericht.

Vergehen eines Schulvorstandsmitgliedes. Gegen den Gutsbesitzer Georg Emil Trostlich in Röhrbach bei Weigerzhain war Anklage wegen Unterschlagung im Amte erhoben worden, weil T. als Mitglied des Schulvorstandes 300 Mk. unterschlagen hatte. T., ein in hohem Alter stehender Mann, ist bisher noch unbestraft. Er befand sich in Geldverlegenheit und benutzte das ihm in seiner Eigenschaft als Schulvorstandsmitglied anvertraute Geld, um Hypothekenzinsen und Wechselschulden zu bezahlen. Indessen hat das Gericht den Angeklagten nicht als Beamten im Sinne des Gesetzes angesehen; es kam daher nur einfache Unterschlagung in Frage, die mit 150 Mk. Geldstrafe geahndet wurde. Es wurde berücksichtigt, daß der Angeklagte keine Schädigung bewirkt habe, da er überzeugt gewesen sei, daß er den für sich verwendeten Geldbetrag wieder herbeischaffen konnte. Er hat dann auch tatsächlich Erfas geleistet.

Schöffengericht.

Der Betrieb der Buchdruckerei von Liebes u. Teichner in Leipzig wurde wieder einmal vor dem Schöffengericht erörtert. Die Herren Liebes u. Teichner waren angeklagt, sie hätten entgegen den Bestimmungen der Gewerbeordnung in einer Sonntagsnacht im Paktum bei mit Pappe verstellten Fenstern arbeiten lassen und es dem kontrollierenden Wohlfahrtschugmann nicht ermöglicht, den Arbeitsraum zu betreten, was ebenfalls gegen die Gewerbeordnung verstößt. Der Wohlfahrtschugmann, der nachts 1/1 Uhr die Kontrolle vornahm, erklärte vor Gericht, er habe nicht in den Paktum gelangen können, weil der Schlüssel nach Angabe des Paktummanns im Kontor hänge. Zum Kontor sei aber nicht zu gelangen gewesen, weil zu diesem Räume wieder der Schlüssel gefehlt habe. Der Geschäftsführer Adam sagte aus, daß die Schlüssel sich in seiner Wohnung befänden, die vier Minuten von dem Betriebe entfernt liege. Der vernommene Paktummann behauptet dagegen, er habe dem Beamten gezeigt, die Schlüssel bewahre Herr Adam auf. Die Aussagen des Paktummanns und des Wohlfahrtschugmanns standen sich also gegenüber. Der Amtsanwalt war der Meinung, daß dem Geschäftsführer die Schlüssel nicht mehr gelassen werden dürften, weil sonst eine Kontrolle des Betriebes von Liebes u. Teichner nicht mehr möglich sei. Das Schöffengericht sprach die Herren Liebes u. Teichner frei, weil es nicht als erwiesen angesehen wurde, daß sie die Kontrolle des Betriebes absichtlich nicht gestattet und weil sie wahrscheinlich keine Kenntnis von der Nacharbeit gehabt hätten. Es sei ihm auch keine Fahrlässigkeit nachgewiesen. Es scheint aber dringend nötig zu sein, den Betrieb in Zukunft noch aufmerksamer zu beobachten, als dies bisher geschah.

Gewerbegericht Leipzig-Land.

Die Wach- und Schließgesellschaft. Von Zeit zu Zeit kann man in den hiesigen Tageszeitungen Inserate der Wach- und Schließgesellschaft finden, in denen Wächter bei etwa 90 Mk. monatlichem Anfangslohn gesucht werden. Bei diesem Lohn werden von der Gesellschaft die größten Anforderungen an Unbefoltheit und Zuverlässigkeit der Leute gestellt. Nach dem Arbeitsvertrag müssen sich die Wächter verpflichten, mindestens ein Jahr bei der

Gesellschaft auszuhalten; wer mit oder ohne Genehmigung seine Stellung aufgibt, hat seine Kautionsverpflichtung. So ging es auch dem Kläger M., der auf 15 Mk. Kautions und 2 Mk. Prämie klagte, die ihm vorenthalten wurden, trotzdem der Oberinspektor N. mit der Auflösung des Arbeitsverhältnisses einverstanden war. M. hatte zu dem Oberinspektor gesagt, er möchte ihm seine Papiere geben, da er eine bessere Stelle in Aussicht habe. Der Oberinspektor hatte darauf geantwortet: Schön, lassen Sie sich Ihre Papiere geben. M. bestritt, daß er mit diesen Worten seine Einwilligung zur Lösung des Arbeitsverhältnisses gegeben habe. Zur Verkräftigung fügte N. noch hinzu, er sei bei solchen Dingen sehr vorsichtig, denn alle 14 Tage kämen solche Streitigkeiten mit den Angestellten der Gesellschaft drei- oder viermal vor, auch habe er (N.) Erfahrung darin, weil er schon öfter vor dem Gewerbegericht gewesen sei. Von Unternehmerbeisitzern wurde dem Oberinspektor aber bedeutet, er hätte sich auf den Arbeitsvertrag berufen müssen, wenn er nicht damit einverstanden war, daß M. die Arbeit einstellte. Die Gesellschaft wurde verurteilt, dem Kläger die geforderte Summe zu zahlen. In der Begründung wurde gesagt, der Oberinspektor hätte sich auf den Arbeitsvertrag berufen müssen, als M. seine Papiere verlangte. Durch die Anweisung, die Papiere herauszugeben, habe er sein Einverständnis mit der Lösung des Arbeitsverhältnisses erklärt.

Ein liebebedürftiger Chef. Die Näherin M. war erst wenige Wochen in der Filiale des Schirmgeschäftes von Clara Ludwig in der Windmühlentrasse beschäftigt, als ihr vom Ehemann der Geschäftsinhaberin unbillige Anträge gestellt wurden. Da sich aber die Näherin nach Leidestritten wehrte, mußte L. von ihr ablassen. Seitdem hatte sich seine tiefe Zuneigung zu der hübschen Näherin in das Gegenteil verwandelt, sie konnte ihm nichts mehr recht machen. Einige Zeit darauf kam es im Geschäft zwischen den beiden zu einer Auseinandersetzung, in der der Ehemann die Näherin hure nannte und ihr vorwarf, sie werde ausgehalten. Darauf verließ das Mädchen die Stellung und klagte auf Zahlung des Lohnes bis zum Ablauf der Kündigungsfrist. In mehreren Terminen bestritt der Ehemann, sich dem Mädchen unbillig genähert zu haben. Die Prozeßlage gestaltete sich für die Klägerin noch dadurch ungünstig, weil der Ehemann der Geschäftsinhaberin seiner Frau ist und in diesem Prozeß als Zeuge aufzutreten konnte. Die Vorgänge hatten sich natürlich ohne Zeugen abgespielt, aber gleich nach der groben Beleidigung hatte die Näherin in Gegenwart einer Zeugin dem Ehemann Vorhalt gemacht, ohne daß dieser bestritten hätte. Unter diesen Umständen schob das Gericht der Klägerin den Eid darüber zu, daß sie von L. so beschimpft und attackiert wurde, den wollte sie auch leisten. Die Beklagte L. ließ es bei dieser Sachlage nicht zu einem Urteile kommen, sondern bezahlte auf Anraten des Gerichts die geforderten 52 Mk. an die M.

Zum Monats- u. Quartalschluß

werden die verehrlichen Postabonnenten um die rechtzeitige Erneuerung ihrer Bestellung beim Briefträger oder bei dem Postamt ihres Wohnortes gebeten. Um Verzögerungen in der Zustellung zu vermeiden, empfiehlt sich die Erneuerung oder Neubestellung schon einige Tage vorher!

Die beste Bekämpfung der Schundliteratur

ist das Werben neuer Abonnenten für die Volkszeitung!

Putz und Konfektion.

Verkauf **nur schönster** Waren zu **sehr billigen** Preisen.

Etwaige Aenderungen sofort sachgemäss und kostenlos.

Kostüme in braun und grau, englisch. Geschmack, größtenteils auf Seide 44.00 37.00 29.00 16.00

Kostüme blau Kammgarn mit weissem Revers und modernen Knöpfen 39.00 27.00 22.00

Leinen-Kostüme weiss u. bastfarbig, reich mit Einsätzen oder Stickerei 29.00 24.00 19.00 14.00

Popeline-Mäntel hell 27.00 19.00

Seiden-Mäntel schwarz u. changeant 49.00 39.00 32.00

Paletots englisch. Geschmack, bedeutend unter Preis! 12.75 9.75 7.75

Leinen-Paletots reich mit Einsätzen od. Stickerei 19.00 14.50 12.50 9.50

Kostüm-Röcke engl. Geschmack u. blau Kammgarn Popeline-Röcke m. Knöpfen, 12.75 10.75 8.50 4.95 2.95

Leinen-Kostüm-Röcke weiss u. bastfarbig, mit Stickerei oder Einsätzen 9.75 7.75 5.50 4.95

Riesen-Auswahl

Damen-, Backfisch- u. Kinderhüte

Neue Gassenbub-Hüte zweifarbig, garniert, mit Flügel oder Schleife 7.50 6.75 6.25

Helle grosse garnierte Hüte mit Blumen oder Band, sehr dastig 8.50 7.50 6.75

Bunte Toque-Hüte aus Changeant-Borte 8.75 7.50 6.95 6.25

Frauen-Toques Rosshaar mit Strohborte mit Blumen und Federn 7.50 6.75 5.95

Garnierte Backfisch-Hüte mit Schals oder Seide, in Leinen und Stroh 7.50 5.90 4.95 2.95

Grosse breite Matelot-Hüte flacher Kopf 7.50 6.90 5.50 2.95

Sport-Hüte 2.50 1.65 1.45 1.35

Mädchen-Hüte Glocken-Fasson 2.75 2.25 1.85 1.50

Knaben-Hüte Matrosen oder Südwesten 3.50 1.10 95 85 78

Seppel-Hüte hell und dunkel 55 78 60 48

Combinations!

Fertige Unter-Kleider (Untertallis u. Rock) im ganzen 11.75 9.75 6.25

Mehrere Hundert Batist-, Stickerei- und Voile-Blusen ausgeschnitten und hochgeschlossen in allen Weiten vorrätig von 12.50 bis 1.25

Weisse Matrosen-Blusen 8.75 2.45

Schoss-Blusen ganz Stickerei 12.00 bis 4.95

Musseline-Blusen 2.95 2.25 1.50

Elegante reinwollene Musseline-Blusen 7.50 6.90 5.90 4.75

Schwarze Satin- und Tüll-Blusen 18.50 bis 2.50 1.95 1.25

Seiden- und Tüll-Blusen weiss und farbig 19.00 12.00 10.75 8.75 7.50

Unterröcke gestreift Zephir mit Volant 8.50 2.75 1.65 1.25 1.10

Weisse Klöppel-u. Stickerei-Unterröcke mit ganz hohen Volants 5.90 4.95 3.95 2.95 2.40 1.75

Fertige Batist-Stickerei u. Voile-Kleider in modernsten Ausführungen in weiss, hellblau und rosa, reich garniert 29.50 25.00 19.50 17.50 12.50 10.75 9.75

Für Mädchen Kleider in Batist, Musseline und Matrosenfassons, Jacketts, Paletots, Capes, Sweaters, Falten-Röckchen.

Für Knaben: Wasch-Blusen und Anzüge, Hosen, mit und ohne Leibchen, weiss u. blau. Joppen und Anzüge

Schusters Warenhaus Leipzig - Neustadt Eisenbahnstrasse 39/43.

Achtung!

Bäckerstreik!

Achtung!

Der Kampf der Bäckergefelln von Leipzig um die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges beim Arbeitgeber und um 24 Mk. Mindestlohn für 82 Stunden wöchentlicher Arbeitszeit — also um einen Stundenlohn von 29 Pfennigen — ist neu entbrannt, weil alle Versuche der Lohnkommission, mit der Bäcker-Innung über die Forderungen zu verhandeln und mit ihr zum Abschluß eines Tarifvertrags zu kommen, an der Ablehnung der Innungsleitung gescheitert sind.

Die Gefellenversammlung am 14. Mai beschloß mit 419 gegen 8 Stimmen, in den Bäckereien in den **Streik** einzutreten, welche die Forderungen nicht bewilligt haben.

Mitbürger, Arbeiter und besonders Ihr Frauen und Mädchen! Unterstützt die um ein wenig wirtschaftliche Freiheit, um gesunde Wohnungs- und Schlafräume und ihr Selbstbestimmungsrecht in der Beköstigungsfrage kämpfenden Bäckereiarbeiter in ihrem Streik!

Kauft nur Brot und Bröckchen aus folgenden Bäckereien, welche die bescheidenen Forderungen der streikenden Gefellen bewilligt haben:

- | | | | | |
|--|---|---|---|--|
| <p>Zentrum
Bochmann, Sidonienstraße 30
Busch, Hugo, Emilienstraße 24
*Böttner, Anton, Kochstraße 15
Dreihaupt, W., Brandvorwerkstr. 15
Garinmann, Oswald, Burgstr. 14
Kündt, Otto, Windmühlenstraße 42
Müller, Albert, Brandvorwerkstr. 13
Müller, F., Köhlerstr. 24
Reiter, Robert, Körnerstraße 2
Rochliger, Albrechtstraße 9
Schleifer, Heinrich, Kramerstraße 6
(Weißer Tisch)
Schwendler, Artur, Körnerstr. 13
Schwendler, R., Seeburgstraße 60
Tschö, Hermann, Nürnberger Str. 34
Ulbricht, Hugo, Bayerische Str. 83
Zanker, A. R., Zelter Straße 13</p> <p>Mendnig
Mehrig, Emil, Wittichstraße 8
Gosler, Adolf, Riebeckstraße 28
Beder, Berta, Untere Münzerstr. 20
Blüthner, Gustav, Luthersstraße 7
Böhme, Max, Läubchenweg 88
Busch, Emil, Oststraße 100
Deister, Rob., Bergstraße 2
Geithner, Paul, Gemeindefstr. 11
Hammer, Max, Kreuzstraße 35
*Heller, Max, Margaretenstraße 2
Kurtz, Max, Comeniusstraße
*Kaddat, Ernst, Oswaldstraße 3
Kühnig, Max, Gemeindefstraße 3
Schönberg, Alwin, Senefelderstr. 11
Stoned, Oskar, Heinrichstraße 20
Zschmieser, G., Kohlgartenstr. 36
*Wagner, Oswald, Cäcilienstr. 23
Wuttke, Paul, Mühlstraße 32</p> <p>Anger-Crottendorf
Bergner, Wilhelm, Weihenburger Str. 24
Gleves, Artur, Zweinaundorfer Str.
Doffin, Schirmerstraße 3
Gurlitt, Hermann, Müllauer Str. 38
Jakob, Schirmerstraße 20
Kremer, Heinrich, Köpckestraße 5
Krucznitz, August, Bernhardtstr. 20
Lange, Otto, Lingerstraße 18
Lassat, Joh., Anger, Müllauer Str. 3
Nopendier, Wih., Weihenburger Str. 5
Nensch, Hermann, Schirmerstr. 11
Nisch, Richard, Brühlstraße 3
Rudolf, Walter, Zweinaundorf-Str. 9
Stahr, Artur, Müllauer Straße
Thomas, Emil, Brühlstraße
Werhan, L., Frankelstraße 12
Wiedemann, J., Köpckestraße 4
Zängler, Ernst, Breite Straße 10
Zische, Otto, Zweinaundorfer Str.
Zischer, Ador, Selterhäuser Str. 1
*Zorn, A., Christophstraße 10</p> <p>Gutrigsch
*Buhre, Georg, Schönefelder Str. 45
Busse, Rich., Schiebeckstraße 28
Deißler, Otto, Theresienstraße 57
Feld, Ernst, Salzmannstraße 13
Kupfer, Oskar, Görliger Straße 15
Kreiser, Richard, Hamburger Str. 37
Niedel, Emil, Delitzscher Straße 48
Salomon, Richard, Schiebeckstraße 19</p> <p>Broßthelda
Deutloff, Albert, Schulstraße 10
Knohl, Emil, Hauptstraße 3</p> | <p>Döfen
Kauendorf, Gustav, Johannastr. 4</p> <p>Engelsdorf
*Frank, Wili, Bahnhofstraße 34
Piehsch, Otto, Bahnhofstraße
Schäffler, G., Leipziger Str. 4</p> <p>Volkmarzdorf
Anders, Otto, Hildegardstraße 29
Berndt, Bruno, Natalienstraße 15
*Deppardt, Rob., Marktstraße 16
*Eger, Artur, Zollhoferstraße 16
*Fide, Edwin, Juliusstraße
*Haase, Franz, Eisenbahnstraße 91
Heller, Bruno, Mariannenstr. 74
Hermann, Karl, Kirchstraße 12
*Kloos, Richard, Ellsabethstr. 11
Knohl, Ludw., Ludwigsstraße 101
*Kreuzberger, Jul., Hildegardstr. 8
Schneider, Reinhold, Hildegardstr. 42
*Sud, Otto, Hildegardstraße 12
*Wetter, Hermann, Hildegardstr. 27
*Zörner, Paul, Kirchstraße 28</p> <p>Sellerhausen
Eidner, Emil, Wurzner Straße 89
*Ednig, Paul, Baumgasse 9
*Korn, Gustav, Wurzner Str. 156
Kaumann, W., Wurzner Str. 145
Kasser, Otto, Bennigsstraße 28
Kremer, Artur, Greifstraße 9
*Kohn, Fritz, Wurzner Straße 199
*Jesse, Fritz, Wurzner Straße 28</p> <p>Lhonberg
Böhme, Friedr., Reichenhainer Str.
*Grafen, Frau, Reichenhainer Str. 42
*Horn, Oskar, Siedlerstr. 17
*Wiedmann, Ema, Reichenh. Str. 49</p> <p>Stötterig
Fritze, Paul, Holzgäuser Str. 9
*Härtel, Robert, Holzgäuser Str. 25
*Hennig, Edw., Ferd.-Post-Str. 32
*Hennig, Hermann, Müllauer Str. 38
*Knaab, Ernst, Klafegstraße 1
*Kornagel, Paul, Arnoldstr. 30
*Pöyler, Max, Lichtstraße 18
*Riegert, Fritz, Lichtstraße 25
*Salomon, Aug., Ferd.-Post-Str. 3
*Schade, Louis, Kreuzstraße 7
*Zach, Emil, Hofstraße 4</p> <p>Stütz
Müller, Julius, Leipziger Straße 4
Knohl, Grenzstraße 1
Niedig, Schulstraße 18
*Niederall, A., Schulstraße 1a
*Zelbig, Ernst, Karl-Gärtling-Str. 22</p> <p>Neu-Schönefeld
*Gimpel, Oskar, Konradstraße 29</p> <p>Sommerfeld
Schirmer.</p> <p>Kenstadt
*Gummel, Friedrich, Ludwigstr. 35
*Kreger, Paul, Mariannenstraße 46
*Krothe, Wilhelm, Wehner Str. 40
*Kupprecht, Eisenbahnstraße 57
*Thurm, Bartholomäus, Kirchstr. 33</p> | <p>Dölitz
Zische, Hermann, Giebnerstr. 3
Wiesenhütter, Carl, Bornaische Str. 168</p> <p>Connewitz
Beyer, Alfred, Bornaische Str. 87
Bühner, Hermann, Pegauer Str. 17
*Gartung, Gustav, Bornaische Str. 42
*Gute, Friedrich, Bornaische Str. 33
*Hahnmann, Reinhold, Wiedemann-
straße 33 und Filiale Simlidenstr. 26
*Köhner, Max, Erneststraße 14
*Kreiser, Gustav, Bornaische Str. 79
*Kühne, Paul, Brandstraße 19
*Rehmann, Joh., Waisenhausstr. 4
*Rasche, Artur, Neudorfer Str. 54
*Niedel, Otto, Zwenauer Str. 36
*Scholz, Paul, Pfeiffingerstraße 28
*Söh, Walter, Klemmstr. 12</p> <p>Schleußig
*Kraiger, Franz, Körnerstraße 88
*Schäfer, Fritz, Wilmmerstraße 12
*Zischer, Hugo, Stieglitzstraße</p> <p>Lindenau
Ulbricht, Emil, Henriettenstraße
*Auerwald, Rich., Merseb. Str. 45
*Beder, Hermann, Berlinerstr. 51, I.
*Bergmann, Hermann, Merseburger
Straße 78
*Bieber, G., Leuschner Straße 53
*Bräuning, Hugo, Merseburg. Str. 37
*Duhof, Ador, Calviusstraße 11
*Fechter, Paul, Geraer Straße 18
*Friedrich, Artur, Gumborfer Str. 64
*Gäster, Carl, Albertinerstraße 92
*Garnisch, Hugo, Karl-Heine-Str. 58
*Gierse, W., Lügner Straße 8
*Gonal, Franz, Poltestraße
*Knoth, Alfred, Calviusstraße 28
*König, G., Karl-Heine-Straße 62
*Lange, Bruno, Merseburger Str. 73
*Rehmann, W., GutsMuthsstraße 38
*Röh, Friedrich, Gumborfer Str. 58
*Rasche, Erwin, Albertinerstr. 64
*Reinhard, Wih., Lügner Straße 58
*Schaumburg, Paul, Albertinerstr. 112
*Schellberg, Otto, Hähnelstraße 24
*Schulz, Emil, Karl-Heine-Straße 42
*Seidel, Heinrich, Josephstraße 15
*Seifert, Otto, Kaiserstraße 10
*Sela, Wih., Kurelienstraße 36
*Stadmann, G., Clemmingsstraße 4
*Tsch, Richard, Merseburger Str. 118
*Tzsch, Hermann, Lügner Str. 192
*Thume, Paul, Markt 1
*Wolffmann, Ernst, Gumborfer Str. 39
*Walter, Alwin, Spittastraße 36
*Walther, Otto, Duedstraße 19
*Wesol, Carl, Hahnemannstraße 18
*Zorn Th., Kurelienstraße 44</p> <p>Baunsdorf
*Auerwald, Otto, Paulinenstr. 7
*Berndt, Gustav, Albertstraße 15
*Götschel, Alwin
*Gimpel, Otto, Johannesstraße
*Reichmann, Hermann, Wilhelmstraße 9
*Springhetti, Paul, Dredbner Str. 45</p> <p>Wahren
*Erner, Oskar, Halleische Straße 29
*Krabbes, Franz, Halleische Str. 50
*Seyfarth, Arno, Bahnhofstraße 1</p> | <p>Plagwitz
*Apel, Paul, Salzstraße 21
*Berthold, J., Klingenbergstr. 11
*Beyer, Hermann, Jocherische Str. 84
*Fügner, L., Lauchstädter Str. 15
*Graul, Otto, Jügelstraße 28
*Hellebergel, Raumburger Straße
*Kosmann, Albin, Jahnstraße 42
*Müller, Gustav, Jocherische Str. 32
*Nichter, Paul, Merseburger Str. 14
*Schweigel, Hermann, Raumburger
Straße 55
*Sperling, G., Kolbestraße 1.
*Stahr, Richard, Weihenfelder Str. 56
*Zaubner, Ernst, Merseburger Str. 11</p> <p>Kleinziechwer
*Berthold, Richard, Klingenbergstr. 11
*Coccejus, Otto, Wiganstraße 7
*Dänfel, August, Eysraer Straße
*Hartmann, G., Ludow. Straße 66
*Kausen, Alfred, Clarastraße 19
*Keriel, Otto, Dieckaustraße 101
*Knaab, Paul, Siemensstraße 26
*Krich, Carl, Altmarktstraße 19
*Kummer, Reinhold, Dieckaustr. 38
*Kreier, Max, Gießerstr. 33
*Kreiser, Emil, Siemensstraße 41
*Kühne, Bruno, Wiganstraße 46
*Ulbricht, G., Kreuzigerstraße 3
*Wolffmann, Paul, Antonienstr. 28
*Wagner, Franz, Wiganstr. 34
*Weiner, Franz, Antonienstraße 55
*Walther, Bernhard, Baumgasse 11
*Wurl, Otto, Gießerstraße 84
*Zöner, Robert, Schönauer Weg 9</p> <p>Großziechwer
*Freiberger, Alwin, Kirchstraße 16
*Kühne, Bruno
*Müller, Otto, Bahnhofstraße
*Neumann, Artur, Mittelstraße 31
*Schneider, Bruno, Hauptstraße 44
*Weidenmüller, Emil, Hauptstr. 78</p> <p>Leutzsch
*Aghelm, Otto, Weinbergstraße 8
*Bieber, G., Hauptstr. 41 (Filiale)
*Dänfel, Oswald, Bärneder Str. 31
*Heiland, Alfred, Waisenhausstr. 8
*Kühne, Richard, Weststraße 35
*Löffing, Arthur, Grenzstraße 6
*Piehsch, Carl, Lindenauer Str. 37
*Pöhl, G., Hauptstraße 85
*Schwendler, Anton, Bärneder Str. 18
*v. d. Weh, Richard, Bärneder Str. 19
*Zimmermann, Gustav, Lindenauer
Straße 54</p> <p>Gaußsch
*Brige, Paul, Dehsher Straße 18
*Dide, Emil, Roberger Straße 24
*Dobig, G., Oststraße 33
*Ehne, Otto, Spinnerelstraße 3</p> <p>Dehsch
*Aster, Hauptstraße 3
*Blen, Alwin, Gaußscher Straße
*Emsieding, Raimund, Städtelner
Straße 7
*Schreier, Fritz, Oststraße 3
*Spiegler, Max, Gaußscher Str. 1</p> <p>Thelia
*Radshun, Ernst, Lindenstraße 19d</p> | <p>Plüschena
*Gartisch, Wilhelm
*Kurtz, A., Hallische Straße 40</p> <p>Müden
*Gardmann, G., Neuherr Hallische
Straße 267
*Kühler, A., Kirchbergstraße 27
*Kreiser, Albert, Gult.-Alth.-Str. 4
*Kroniger, R., Neuh. Hallische Str. 236
*Pitz, Max, Neuherr Hallische Str. 236
*Schmoos, Wih., Ernst, Neuherr
Hallische Straße 208</p> <p>Gohlis
*Knohl, Enno, St.-Privat-Str. 16
*Müller, Artur, Breitenfelder Str.
*Krohbach, Erwin, Brielstr. 35
*Kraus verw. Sprenger, Mendelstr. 45
*Kreier, Anna, Cöthener Straße 18
*Kreier, P., Gravelottstraße 12
*Kreiser, Robert, Friedr.-Karl-Str. 31
*Wille, Andreas, Neuh. Hallische Str. 100</p> <p>Marcksberg
*Grunt, Max, Bornaische Straße 96
*Martin, Albin, Bornaische Str. 47</p> <p>Mockau
*Koch, Ernst, Volbedingstraße 31
*Krich, Alfred, Wilhelmstr. 9
*Schreiber, Franz, Wilhelmstr. 25
*Wendisch, Max, Feldstr. 6</p> <p>Schönefeld
*Bischoff, Leipzig Straße 40
*Goldschmidt, Dimpfelstraße 63
*Häsel, Carl, Stannebeinplatz 5
*Müller, J. C., Dimpfelstraße 41
*Namsch, C., Kreuzstraße 3
*Pröschner, Emil, Leipzig Str. 112
*Rehner, Adolf, Dimpfelstraße 34
*Rehner, Robert, Lazarusstr. 28</p> <p>Böhlitz-Chrenberg
*Radisch, Wih., Südstraße 34
*Pitz, Gustav, Leipziger Straße
*Wiedmann, W. R., Rostkestr. 10</p> <p>Zudelhansen
*Garnisch, R., Zweinaundorfer Str.
*Koch, Otto, Wilhelmshöhe</p> <p>Holzhausen
*Kühmann, Reinhold, Körnerstr. 16</p> <p>Stahmelu
*Gödel, Ernst</p> <p>Seebenisch, 28
*Planert, Georg</p> <p>Göhrenz bei Markranstädt
*Körsch, Otto</p> <p>Wiederitzsch
*Müller, Adolf
*Reidhardt, Max, Stenkerstraße</p> <p>Hänichen
*Kreiser, Albert, Hallische Straße</p> <p>Großwitz
*Krothe, Richard</p> <p>Quasnik
*Kreiser, B.</p> |
|--|---|---|---|--|

NB. Die mit einem Stern (*) bezeichneten Bäckereimeister beschäftigen zurzeit keine Gefellen, haben sich aber verpflichtet, wenn sie solche gebrauchen, diese nach den geforderten Bedingungen einzustellen.

Nur die hier angeführten Bäckereien haben die Forderungen bewilligt, während auf die Erzählung anderer, daß sie sich mit ihren Gefellen geeinigt hätten, nichts zu geben ist!

Der Konsumverein Leipzig-Plagwitz mit seinen drei Bäckereien in Plagwitz, Connewitz und Mockau hat mit dem Bäckerverbande einen Tarifvertrag abgeschlossen, der bedeutend bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen festsetzt, als von den Kleinmeistern gefordert worden sind.

Die Brostoffabrik Gebr. Joachim, Pätz & Co. gewährt ihren Arbeitern Kost und Logis außer dem Kaufe und bessere Löhne, als von den Kleinmeistern gefordert werden.

Wirte, die ihr Gebäck aus bewilligten, in der Volkszeitung veröffentlichten Bäckereien entnehmen, wollen ihren Lieferanten ersuchen, von der Streikleitung ein Plakat für ihre Wirtschaft zu besorgen!

Die Vertretung der organisierten Arbeiterschaft von Leipzig, Gewerkschaftskartell und Parteileitung, haben die Ursachen geprüft, die zum Streik führen mußten, und sind zu dem Beschluß gekommen, daß der Kampf der Bäckereiarbeiter vollauf berechtigt ist. Sie fordern mit uns die Bevölkerung dringend auf, nur Brot und andere Backwaren aus den Bäckereien zu beziehen, welche in der Volkszeitung als geregelt Betriebe bekanntgegeben werden.

Die Lohnkommission der Bäckergefelln von Leipzig und Umgegend.

Ernst Enge
Katharinenstrasse 10, nahe am Markt.
Neuheiten: Damen-Handtaschen, Portemonnaies, Zigarren-Etuis, Reisetaschen, Ruksäcke, Hosenträger, Spazierstöcke, Nippes, Tafel-Aufsätze, Spiel-, Glas-, Porzellan- u. Wirtschaftswaren, Papierlaternen, Abschlussvögel, Feuerwerk, Tombolagewinne, Sport-, Kegel-, Schless- u. Kinder-Prämien
Jubiläums- u. Hochzeit-Geschenke, Ansicht- Artikel.

Badewannen
Mit u. ohne Gesehzung, eventuell auch für Spiritushelzung. Solid gearbeitet. Preis von Mk. 12.— an. Tausendfach bewährt. Geeignet für Halb-, Voll- und Sitzbäder sowie Dampfbadheizbäder. Günstige Zeugnisse. Garant. i. Zurücknahme. Franko Lieferung. Prop. frei.
Bernhard Hähner
Chemnitz Nr. 58. [3580]

Bernhard Richter
Pegauer Strasse 19
empfehl. sein reichhalt. Vager in Schmucksachen
Herrenuhren v. 3 Mk an
Damenuhren v. 5 Mk an
Fingerringe v. 17 Mk an
Ringe in 1000 verschied. Mustern von 1 Mk an.
Herren- u. Damen-Uhrketten in jeder Preislage. [1000]
gold. Trauringe, P. v. 8 Mk an.

L. O. Kaspar Nachf. L. - Plagwitz
Bes.: Otto Seifert
empfehl. sein großes Lager von [1925]
Farben und Pinselwaren
in anerkannt guten Qualitäten und reichhaltiger Auswahl **10 Proz. Rabatt!**
Extraktrolche und wohlbekömmliche Likör-Essenzen
Für mindest 12 Liter ausreichend.
1 Dutzend Flaschen sortiert Mk. 2.75 franko überallhin.
Chemische Werke E. Walther, Halle a. S., Mühlweg 20.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 20. Mai.

Geschichtskalender. 20. Mai 1708: Der Stenograph Wilhelm Stölze in Berlin geboren († 1867). 1805: Der Geschichtsschreiber Georg Gottfried Gervinus in Darmstadt geboren († 1871). 1806: Der Philosoph John Stuart Mill in London geboren († 1873). 1885: Der Maler Alphonse de Neuville in Paris gestorben (* 1830). 1893: Der Physiolog Jakob Moleschott in Rom gestorben (* 1822).

Sonnenaufgang: 3,59, Sonnenuntergang: 7,54. Mondaufgang: 6,21 vorm., Monduntergang: —

Wetter-Prognose für Dienstag, den 21. Mai.

Südwestwind, Bewölkungszunahme, etwas wärmer, kein erheblicher Niederschlag, Gewitterneigung.

Nach dem Rummel.

"Didel-Dudel!" Fahrmarktsstimmung im kleinen auf dem Augustusplatz, so beginnt der Schmod des Tagesblatts seine Beschreibung über das sogenannte Margaretenvolksfest. Wir wollen die Kennzeichnung der widerwärtigen Riesenbettelei durch den bürgerlichen Schmod annehmen. Wenn wir nun von den berufenen Federn der bürgerlichen Schmods auch noch eine Beschreibung des Kagenjammers bekommen, worin sich die "Wohltätigkeits"gesellschaft jetzt befindet, so wäre das Bild vom Jahrmarkt vollständig. Ärzte und Apotheker machen seit Sonntag gute Geschäfte; denn die vielen überladenen Wohltätigkeitsmagen wollen wieder in Ordnung gebracht sein. Sollten etwa einige Ärzte und Apotheker wegen dieser gewinnreichen Ausfahrten so eifrige Verfechter des Jahrmarkttrummels gewesen sein? — Die Mägen mögen mit einiger Mühe wieder in Ordnung zu bringen sein; anders steht es dagegen mit den Gehirnen. Hier hat der Wohltätigkeitsport Verheerungen angerichtet, denen selbst flehentlich ohnmächtig gegenübersteht. Nicht einmal mehr ordentlich schimpfen können die armen Schmods der bürgerlichen Presse; denn als einer derselben — selbstverständlich in den Nachrichten — einen Anlauf dazu nahm, die Arbeiter als kümmernde Gestalten zu schimpfen, merkte der Bedauernswerte zu spät, daß er nur sich selbst geschädert hat, und zwar mit den Worten:

Das ist die ängere Ernte von dem Festtrubel auf Augustusplatz, Königplatz und Pleissherplatz. Von der inneren ganz zu schweigen. Das heißt: mein Magen und mein Kopf erzählen mir zu deutlich gerade von ihr. Ihr naht euch wieder, schwankende Gestalten... Nun wohl, so mögt ihr wachen!

Und in der Tat, sie haben gewalket. Nur wer über einen ganz gesunden Magen verfügt, kann das elende Gezeir über den Jahrmarkt zu Ende lesen, das die kümmernden Schmods ihren armen Lesern bieten. Der Nachrichtenmod hat schon früh, ehe der Bettel losging, Margareten in allen Knopflochern gesehen, und dann ist ihm der Gedanke aufgedämmert, der erste, den er seit langen Jahren hat, daß diese am Ende vom vorigen Jahre sein könnten. Und in der Tat, so ist es. Man hat uns Proben von "Wohltätigkeit" erzählt, wo und wie man die vorjährigen Margareten heuer nützlich verwendete. Nachdem er aber den einen Gedanken produziert hatte, wars schon um ihn gesehen, er sah und schildert nun, "wie sich ein Jahrmarkt aufzut", wie "ein entzückend möbliertes Biedermeier-Garten unbezwingliche Gelüste in jedem männlichen Gemüte aufsteigen läßt". "Denn: sieh, das Meublement besteht aus einer Schar verführerisch hübscher Biedermeierinnen in duftigen lichten Kleidern..." Dann gabs, "die festeste (!) Biermusik gratis". Nun wurden Schmods Sinne immer benebelter, denn "das Hübscheste", das er gesehen, "ist doch das Bild des quirlenden Pläzes als Ganzes". Von dort ist ihm "ein loetter allerliebster Tanzboden in schmunzelnder Erinnerung". Nachdem ihm "seine Vorderfront, Tasche und Magen" gefaßt: "Du hast deine Pflicht getan, wie ein waderer Bürger!" geküßte ihn nach den "vielerleienden Stunden in gefahrdrohenden Zigeunerlager... und bei der Fahrt durch die Anzahl der anschließenden Kabarets, liebliche Margarete!" Hier bricht der Nachrichtenmod seinen "Nimmungsvollen" Bericht ab, offenbar ist er in den Armen seiner Margarete eingeschummert.

In der gleichen Stimmung wie der Nachrichtenmod war der vom Tagesblatt, doch scheinen ihm die vielen Genüsse in den Bier- und Ritzkellern die Phantasie veräußert zu haben; denn er bringt's nicht ganz so schön niederwertenden Sägen und tollen Bildern, wie sein Kollege vom Peterssteinweg. Zwar hat er gesehen, was noch keines Sterblichen Auge sah: "Einen ermunternden Blick aus holdem Munde!" Aber dann sinkt die Phantasie und die Genüsse des Margaretenvolksfestes machen sich bei ihm stark geltend; er träumt: "Und wie am blauen Himmel die goldenen Sterne alle erblühten bald, von zarten Händen holder Engel dargereicht." Die Feder entfiel seiner Hand, und immer stärker werdendes Schnarchen lockte den Redaktionsboten herbei, der ihn in die diesseitige Welt zurückbrachte, finkemalen ja der "Artikel" noch ins Blatt sollte. Er hatte aber zu viel genossen, um seinen Gehirnkraften noch einmal in Tätigkeit setzen zu können; den einzigen Eindruck, der ihm geblieben, drückte er dann in den Worten aus: "Lustiges Jahrmarktstreiben, und selbst Pferd und Gsel, Hund und Kage trugen ihr Blümchen im Stirnband." "Trotz festigen Windes drehte sich zwischen all den flatternden Bahnen auch nicht ein Flügel." An der holländischen Windmühle nämlich.

Ganz im Gegensatz dazu hat der Abendzeitungschmod gesehen, wie drüben "die holländische Windmühle winkte, deren Flügel sich jetzt zu drehen begannen". Auch sonst ist es dem Abendzeitungschmod noch schlechter ergangen, als seinen Kollegen. Schon vormittags 10 Uhr 3 Minuten hat er Geistesfieber gesehen. "Scheu zur Seite gewendet, will ich die Erscheinung aus der Geisterwelt mit meinen irdischen Augen messen." Es war aber eine Margaretenbilde, und da fühlte sich der journalistische Geistesfieber verpflichtet, "eine größere Quantität jener runden Metallbinger in der grünen Wäsche auf dem Altar der Liebe zu opfern". In der grünen Wäsche auf dem Altar der Liebe zu opfern! Hui! Muß das aber eine merkwürdige Margaretenbilde gewesen sein, die der Redaktion der Abendzeitung auf den Hals geschickt

wurde. Als sich der Schmod in den Jahrmarkttrubel mischte, verfolgten ihn die grünen Wäsche unaufrichtig, und er stöhnt:

Dann nahm ich Hut und Stock, steckte mir hastig die große rote Mütze, die mir der Arbeitsauskunft zugewiesen hatte, ins Knopfloch und trat hinaus...

Die große, rote Mütze... sie tat wirklich Wunder. Draußen blühten zwei, drei der Verkäuferinnen auf mich los, in mir ein willkommenes Opfer ihrer gefäßigen grünen Wäsche sehend. Aber ich war gefast. Meine Damen — Und in eleganter Handbewegung zeigte ich auf die mich und mein Portemonnaie schützende Knopflochzier.

Was sich in den Nachtveranstaltungen alles zugetragen hat, wird vorläufig noch verschwiegen. Daß das Ganze ein ungeheurer Humbug war, wird ja jetzt selbst zugegeben, daß es aber auch ein grimmiger Hohn auf die Wohltätigkeit selbst ist, bezogen uns nicht bloß die denkende Arbeiterklasse, die sich voll Ekel von diesem Treiben abwandte, sondern auch die Schimpferei auf unser Blatt und auf das Flugblatt. Gleichen diese "Wohltätigkeits"-Schaustellungen nicht denen, die im niedergehenden Rom aufgeführt wurden? Was faul und morsch in der Gesellschaft ist, findet sich bei solchen Gelegenheiten zusammen.

Auch einiger Vorkommnisse müssen wir gedenken, die den Schimpf noch vergrößern, den die satte Bourgeoisie der Arbeiterklasse mit dieser Bettelei antut. Nicht nur, daß sie von den Schmods kümmernde Gestalten geschimpft werden — was sagen die Arbeiter dazu, die noch Leset des Nachrichtenblatts sind? —, sondern es werden den Arbeitern wieder unkontrollierbare Beschimpfungen angehängt, sie hätten Molesteien begangen gegen Blumenverkäuferinnen. Von wem Molesteien verübt wurden und gegen wen, werden die Leser gleich sehen. Zu einem Flugblattverteiler, der am Albertpark stand, kam der Kaufmann Karl Freitag, Brüderstraße 3 wohnhaft, als er schon an ihm vorüber war, zurück, verlangte von ihm ein Flugblatt, und als er eins erhielt, schlug er es dem Verteiler ins Gesicht. Selbstverständlich wird diese "Selbstent" ein gerichtliches Nachspiel haben. Hier sehen die Leser, wo die Rippen und Fingel sind. Unsere Flugblattverteiler sind von vielen Bourgeois, und was sich dazu rechnet, beschimpft und belästigt worden. Ein Feldwebel des 106. Regiments hat sich besonders im Schimpfen hervorgetan; natürlich aus patriotischer Empörung, daß es Leute gibt, die über den Rummel anders denken und ihrer Meinung Ausdruck geben. Aber auch Schulkleute und Ratsdiener glaubten als Schützer des Bettelpatriotismus tätig sein zu müssen. Ein Flugblattverteiler wurde von einem Ratsdiener sogar auf die Wache mitgenommen, mußte aber selbstverständlich wieder laufen gelassen werden. Auch Kriminalshulkleute glaubten ihren Teil zur Vertreibung der Flugblattverteiler beitragen zu müssen, freilich erfolglos. Ueber das Vorgehen der Herren wird selbstverständlich noch zu reden sein.

Wie weit aber die Bettelei getrieben wurde, soll zum Schluß noch an folgendem Beispiel gezeigt werden:

An diesem Tage hatte ich im Danabad im Schwimmbassin gebadet und kam nachmittags gegen 3 Uhr die eiserne Treppe herunter; da war ich nicht wenig erstaunt, als ich zwei solcher jungen Damen mit Margaretenblumen vor mir stehen sah, in Gegenwart des Bademeisters, aber umgeben von mehreren nackten Junglingen. Ich fragte sie, ob sie nicht wüßten, daß jetzt Verboten sei, aber sie antworteten led: "Ach das ist ja egal, jetzt ist bei mir Danabad, bitte, kaufen Sie mir eine Margarete ab." Darauf machte ich ihr energisch Vorhaltungen, ob sie nicht mehr Schamgefühl besäße, und sie sollten nur den Bettel nicht übertreiben. Erst als ich diese Damen energisch aufforderte, randzugehen, stimmte auch der Bademeister mit ein, und sie zogen sich langsam zurück.

Der "Schnellverkehr" zwischen Leipzig und Berlin.

Daß ein preussisch-sächsischer Eisenbahnkrieg besteht, ist kaum abzuleiten. Das beweisen die schlechten Verbindungen zwischen Leipzig und Berlin, zumal wenn man den Verkehr auf dieser Strecke mit dem auf der ungefähr gleichlangen Strecke Berlin-Halle vergleicht. Wir wollen hier nur auf einige Kuriosa hinweisen, die bei aller Pöcherlichkeit die Jämmerlichkeit der Verkehrsverhältnisse zwischen Leipzig und Berlin ins rechte Licht setzen.

Die Schnellzüge von Berlin nach Leipzig fahren bis zur letzten preussischen Station vor der Grenze, in der Regel also bis Bitterfeld mit einer Geschwindigkeit von 70 bis 80 Kilometer in der Stunde, von Bitterfeld ab jedoch nur mit einer Stundengeschwindigkeit von 50 bis 60 Kilometer in der Stunde. Die Eiszüge werden natürlich noch stiefmütterlicher behandelt. So verkehrt ab Berlin 12,50 ein Elzug nach Leipzig. Dieser Zug dient gleichzeitig dem Verkehr nach Thüringen, er fährt einen direkten Wagen Berlin-Eisenach. Bis Bitterfeld nun, wo die Strecke nach Halle-Thüringen abzweigt, fährt der Zug mit einer Stundengeschwindigkeit von 70 Kilometer, von Bitterfeld an aber wird das anders. Die Reisenden nach dem gemittlichten Sachsen haben Zeit, so scheint die preussische Eisenbahnverwaltung zu denken, also fährt der Zug nur noch mit 58 Kilometer in der Stunde.

Noch deutlicher sieht man das bei einer anderen Gelegenheit. Zwischen Berlin und Leipzig (Bayrischer Bahnhof) verkehrt 3,35 ab Berlin ein Elzug, der nur in Lindenwalde und Wittenberg hält. Bis Wittenberg beträgt die Fahrgeschwindigkeit 87 Kilometer in der Stunde, er kommt dort also 5,20 an. Nach 2 Minuten geht's weiter, ohne Aufenthalt bis Leipzig. Allerdings fährt der Zug in Bitterfeld langsam, am Post abzugeben. Mein damit er ja nicht zu zeitig nach Leipzig kommt, wird ab Wittenberg die Fahrgeschwindigkeit bis auf 54 Kilometer in der Stunde herabgedrückt, so daß der Zug glücklich 4,49 auf dem Bayrischen Bahnhof in Leipzig anlangt. Nur zu häufig kommt es bei dieser außerordentlich "hohen Fahrgeschwindigkeit" vor, daß der Zug zu zeitig anlangt. Da haben dann die Reisenden das Vergnügen, vor dem Bahnhof auf freier Strecke zu warten, bis die richtige Zeit gekommen ist. Daß dies der preussischen Bahnverwaltung zahlreiche Schmelzschreden einbringt, braucht nicht erst gesagt zu werden. Würde die preussische Bahnverwaltung den Zug mit derselben Geschwindigkeit von Bitterfeld ab verkehren lassen, mit der sie die Schnellzüge Berlin-Halle verkehren läßt, so würde der Zug 30 Minuten früher auf dem Bayrischen Bahnhof ein treffen.

Ein fahrplanmäßiger Reisender wird bald merken, was für ein Kuriosum hier vorliegt. 3,35 fährt nämlich von Berlin ein Schnellzug nach Halle, der dort schon 5,35 eintrifft. 5,47 verläßt ein Schnellzug nach Leipzig Halle, und kommt 6,23 auf dem Berliner Bahnhof in Leipzig an. Der vorhin erwähnte Elzug verläßt Berlin 3,55, also 20 Minuten später, und kam in Leipzig Bayrischer Bahnhof 6,49 an, also 20 Minuten später. Er hatte unterwegs 3 Minuten Aufenthalt, fuhr also netto 2 Stunden 51 Minuten. Benutzt man die Schnellzugsverbindung Berlin-Halle, Halle-Leipzig, so hat man 12 Minuten Aufenthalt, fährt also netto 2 Stunden 36 Minuten. Dabei ist aber die Strecke Berlin-Halle, Halle-Leipzig, Berliner Bahnhof, 37 Kilometer länger als die Strecke Berlin-Leipzig, Bayrischer Bahnhof!

Das wir hier an besonders drastischen Beispielen gezeigt haben, kommt in dem ganzen Berlin-Leipziger Verkehr zur Geltung. Würde die preussische Bahnverwaltung die direkte Strecke Berlin-Leipzig ebenso behandeln wie die Strecke Berlin-Halle, so würde man im Durchschnitt mit den Schnellzügen bis Berliner Bahnhof in 1 Stunde 50 Minuten bis 2 Stunden gelangen, während man jetzt mit dem schnellsten Zug dazu 2 Stunden 8 Minuten, und im Durchschnitt 2 Stunden 28 Minuten braucht; und auf der Strecke Berlin-Leipzig, Bayrischer Bahnhof, würde die Fahrzeit 1 Stunde 50 Minuten bis 2 Stunden 8 Minuten betragen, während sie jetzt beim schnellsten Zug 2 Stunden 24 Minuten, und im Durchschnitt 2 Stunden 27 Minuten beträgt.

Bei den Zügen, die von Leipzig nach Berlin verkehren, steht es nicht besser. Auch hier einige Beispiele: Fröh 8,30 fährt ein Elzug ab Bayrischer Bahnhof, dieser braucht 52 Minuten, um die 41 Kilometer lange Strecke bis Bitterfeld zurückzulegen, fährt also mit 47 Kilometer Geschwindigkeit in der Stunde. Noch schlimmer steht es bei dem D-Zug, der den Bayrischen Bahnhof um 12 Uhr mittags verläßt. Dieser "Schnellzug" bleibt auf dem Berliner Bahnhof 11 Minuten liegen, und ist schon 1,02 in Bitterfeld. Also 1 Stunde 2 Minuten, um 41 Kilometer zurückzulegen. Aber auch die übrigen "Schnellzüge" fahren nicht besser. 2,49 D-Zug ab Bayrischer Bahnhof braucht 40 Minuten bis Bitterfeld; der D-Zug ab 6,09 Bayrischer Bahnhof fährt ebenfalls 40 Minuten, und der Abend Schnellzug 8,05 Bayrischer Bahnhof braucht 50 Minuten. Es ist genau dieselbe Misere wie bei der Fahrt nach Leipzig. Die Durchschnittsgeschwindigkeit der Schnellzüge beträgt ca. 50 Kilometer. Und das im Zeitalter des Verkehrs!

Der Zweck der Praktiken der preussischen Eisenbahnverwaltung ist ganz klar. Man will den Verkehr nach Sachsen erschweren und außerdem den Verkehr nach München und darüber hinaus von Sachsen ablenken. Daher auch die Einführung von sehr schnellen Zügen auf der Strecke Berlin-Halle-München. Dadurch will man eine PreSSION auf die sächsische Regierung ausüben, um ihre Zustimmung zu einer Eisenbahngemeinschaft mit Preußen zu erzwingen. Die sächsische Regierung hat sich bisher diesem Projekt gegenüber ablehnend verhalten. Es wäre aber dringend nötig, daß sie Schritte unternimmt, um den geschädigten Verkehrsverhältnissen ein Ende zu machen.

Am 21. September und 1. Oktober soll der gesamte preussische Verkehr in den neuen Hauptbahnhof übergeführt werden. Was hilft uns aber der schöne Bahnhof, der so gewaltige Summen kostet, wenn Preußen systematisch darauf hinarbeitet, Leipzigs Bedeutung im Eisenbahnverkehr herabzudrücken und es so wirtschaftlich zu schädigen?

Hier muß eine Aenderung eintreten. In der sächsischen Regierung ist es, dafür zu sorgen, daß nach der Eröffnung der preussischen Seite des Hauptbahnhofs die Verkehrsverhältnisse zwischen Berlin und Leipzig eine ganz erhebliche Verbesserung erfahren.

Der Festtrummel im Jahre 1913 gibt dem Rat der Stadt Leipzig schon jetzt Veranlassung, beim Stadtverordnetenkollegium zu beantragen, einen gemischten Ausschuss einzusetzen, der über "Art und Umfang der einzelnen Festlichkeiten Bestimmungen treffen soll". An die Stadtverordneten wird das Ansuchen gestellt, für alle Festlichkeiten von vornherein ein Berechnungsgeld festzusetzen zur Bestreitung der Kosten. Der Rat meint, es würden für die Stadt "verschiedene Begrüßungen, Bemertungen, Schmückungen der Stadt und sonstige Veranstaltungen nötig sein", und deshalb — Steuerzahler, den Beutel auf.

Die nächste Stadtverordnetenversammlung wird sich mit der Gehaltsordnung für sämtliche Beamte mit abgeschlossener Hochschulbildung zu beschäftigen haben. Daneben stehen auf der Tagesordnung die Erleichterung der Eingabe zur Gewährung einer Beihilfe zu dem Internationalen Wettschwimmen, die Bewilligung der Gasrohrlegung und Einrichtung der Beleuchtung in den Anlagen am Sienkloßhof und der Bericht über Bestellung eines Erbbaurechts für den Allgemeinen Turnverein.

Von der Regulierung der Frankfurter Wiesen werden auch einige dem Johannisbospital gehörige Flurstücke betroffen. Um Abrechnungen aller Art, die zwischen der Stadtgemeinde und dem Johannisbospital bei der Hochwasserregulierung entstehen könnten, zu vermeiden, will der Rat die Flurstücke in städtisches Eigentum überleiten. Er fordert zu diesem Zwecke von den Stadtverordneten die Bewilligung von 175 000 Mk.

Eine Flugwoche veranstaltet der Flugtechnische Verein Leipzig in der Zeit vom 20. Juni bis 7. Juli. Bei dieser Gelegenheit sollen insgesamt 50 000 Mk. an Preisen zur Verteilung kommen, ungeachtet die Ehrenpreise. Der Arbeitsausschuss richtet einen Vorverkauf für Dauerkarten ein, die in der Zeit vom 20. Mai bis zum 5. Juni ausgegeben werden. Nach dieser Zeit sollen Dauerkarten nur zu erhöhten Preisen abgegeben werden.

Leipziger Kristallpatz-Aktiengesellschaft. Zu der am Freitag stattgefundenen Aufsichtsratsitzung gelangte der Abschluß für das am 31. März 1912 zu Ende gegangene Geschäftsjahr 1911/12 zur Erledigung. Trotz des für das Unternehmen nicht sehr günstigen Sommers ist es der Direktion gelungen, die Umsätze in fast allen Abteilungen bedeutend zu erhöhen. Nach Abzug von 20 014,55 Mk. für Renovation verbleibt ausschließlich des Vortrags ein Bruttogewinn von 181 805,33 Mk. (gegen 131 299,50 Mk. im Vorjahre). Hiervon werden zu regulären Abschreibungen verwendet: 2 Proz. auf Gebäudkonto 23 541,90 Mk. (23 800,35), 10 Proz. auf Mobilien- und Inventarkonto 14 128,20 Mk. (11 501,20), 10 Proz. auf Maschinen-, Heizungs- und Beleuchtungsanlagenkonto 18 742,50 Mk. (20 932,10) sowie zu Extraabschreibungen auf Mobilien- und Inventarkonto 15 000.— Mk. und auf Maschinen-, Heizungs- und Beleuchtungsanlagenkonto 10 000 Mk. Es wurde beschlossen, der am 14. Juni abgehaltenen Generalversammlung die Verteilung des Reingewinns, der einschließlich Vortrag 138 501,18 Mk. (120 447,50) beträgt, in folgender Weise vorzuschlagen: 8 Proz. Dividende (81 000.— Mk.) wie in den letzten sechs Jahren, Zantleme 11 038,48 Mk. und den Rest von 44 902,70 Mk. (38 008,55) auf neue Rechnung vorzutragen.

Selbstmordversuch. Um sich das Leben zu nehmen, trank die 30 Jahre alte Ehefrau eines in der Dresdner Straße wohnenden Zimmermanns eine Menge Lysol. Die Frau wurde noch lebend in das Krankenhaus gebracht. Sie gibt an, ihr Mann habe sie fortgesetzt mißhandelt.

Sittlichkeitsverbrecher. Ein 35 Jahre alter Bergolder von hier lockte ein 14-jähriges Mädchen vom Augustusplatz mit in eine Wirtshaus und dann in ein Kino, wo er sich an dem Mädchen unzüchtig verging. Der Besitzer des Kinos bemerkte dies und ließ den Mann festnehmen.

Zur Rosental betrug sich ein Mann gegenüber einem jungen Mädchen in der schamlosesten Weise. Leider war die Festnahme dieses Menschen nicht möglich. Beschrieben wird er: etwa 30 Jahre alt, mit dunklem Jackett, brauner Hose und schwarzem, steifem Hut bekleidet.

Selbstmorde. Selbstmord durch Erhängen beging gestern in der Magdalenastraße in L.-Gutrich ein 29 Jahre alter Bleisäfer. Der Beweggrund ist noch nicht bekannt.

Vorgestern Abend hat sich auf Müdenischer Flur am Jagen. Bimmeloch ein 45 Jahre alter Maler aus der Gundorfer Straße

von einem Zug der Thüringer Bahn tosfahren lassen. Was den Unglücklichen in den Tod getrieben hat, ist nicht aufgeklärt.

In der Nacht zum Sonntag ist in der Nähe des Mephlages ein Mädchen in die Alte Elster gesprungen und ertrunken. Der Leichnam ist gestern geborgen worden. Die Tote ist eine 15jährige Verkäuferin aus L.-Neustadt. Wahrscheinlich hat Liebeskummer die Unglückliche in den Tod getrieben.

Sachbeschädigung. In den Morgenstunden fuhr in der Universitätsstraße drei junge Leute einen daselbstehenden Handwagen über die Straße gegen das Schaufenster eines Zigarrengeköffs, so daß die Scheibe in Trümmer ging. Die Täter haben die Flucht ergriffen. Sachdienliche Mitteilungen nimmt die Kriminalpolizei entgegen.

Tot aufgefunden wurde gestern vor seinem Bett ein in der Brüderstraße wohnender 29 Jahre alter Bauarbeiter aus Zembüsch. Der Mann war die Nacht zuvor nach Hause gekommen und den Weisheiten durch starkes Erbrechen aufgefallen. Da die Todesursache nicht sicher festzustellen war, wurde der Verstorbene in das Institut für gerichtliche Medizin übergeführt.

Unfälle auf der Straße. Auf der Pindenthaler Straße lief ein 11jähriger Knabe gegen einen Kraftwagen. Der Knabe wurde ungerissen und erlitt Verletzungen an den Beinen, so daß er in das Krankenhaus gefahren werden mußte.

In der Frankfurter Straße wurde ein Radfahrer, als er ein Schwere überholen wollte, von der Straßenbahn erfasst und umgeworfen. Der Radfahrer hat sich bei dem Sturz die Knie aufgeschlagen.

Auf dem Rantstädter Steinwege wurde ein sechsjähriger Knabe von einem Radfahrer überfahren und an der Stirn verletzt.

Rom Margaretenag. Am Sonnabend abend wurde in dem Reischengewühl auf dem Augustusplatz einem jungen Mädchen, einer Lageristin aus der Westvorstadt, das Kleid zerhackt. Sie merkte dies und ließ den Täter, einen 38 Jahre alten Arbeiter von hier, festnehmen. Dem übrigens wegen Sittlichkeitsverbrechens vorbestraften Menschen konnte noch ein ähnlicher Fall von Sachbeschädigung nachgewiesen werden. Er will aus Rache gehandelt haben, weil ihn die Frauenwelt wegen seines entstellten Gesichtes verachte und verhöhne.

Verschiedene Taschendiebstähle sind am Sonnabend in den belebtesten Straßen der Stadt verübt worden. Unter anderem haben die Diebe mehrere Handtaschen von den Gassen abgehauen.

Diebstahl. Gestohlen wurde in der Senefelderstraße ein Leiterhandwagen ohne Anstrich.

In der inneren Stadt ist einem Manne ein schwarzes Lederes Portemonnaie mit einem größeren Geldbetrag gestohlen worden; wahrscheinlich von einer 22 bis 25 Jahre alten Frauensperson von unterster Gestalt mit blondem Haar.

Aus der Umgebung.

Gaußscher Gemeindepolitik.

Unter den mächtig vorwärts strebenden Vorortsgemeinden Leipzigs steht Gaußsch mit an erster Stelle. Die ungünstigen Wohnungsverhältnisse der Großstadt sind Veranlassung, daß sich immer größere Schichten der minderbemittelten Bevölkerung gezwungen sehen, in weiterer Entfernung von ihrer Arbeitsstätte zu wohnen. So treffen wir denn außer den Industriearbeitern, auch den Beamten, den Gewerbetreibenden, kurz alle diejenigen, die von der großstädtischen Wohnungsmisere vertrieben werden, als Bewohner der Vororte an. Innerhalb weniger Jahre hat sich die Umwandlung von der bäuerlichen Gemeinde zur vorstädtischen Wohnsiedelung vollzogen. Damit sind Verhältnisse geschaffen worden, die ihren schärfsten Ausdruck im Gemeinderate gefunden haben. Für den Ort kommt noch in Betracht, daß sich neben den „besitzlosen Proletariern“ eine ganze Anzahl „erstklassiger“ Willensbesitzer niedergelassen haben, die mit allen Mitteln daran arbeiten, die weitere Entwicklung des Ortes so zu gestalten, wie es ihren speziellen Wünschen entspricht. Dadurch spielt sich innerhalb des Gemeinderates ein ständig scharfer werdender Kampf ab, der immer mehr an Heftigkeit zunimmt, und ein Ringen um die zukünftige Herrschaft in der Gemeinde bedeutet. Schon öfter unternahmen die Herren den Versuch, durch Aenderung des angeblich „überlebten“ Wahlrechtes ihre Position zu festigen, um dann allein die Verhältnisse in ihrem Interesse zu gestalten. Liebevoll meint man dabei, daß die Interessen der Unansässigen ebenso von den Vertretern der Ansässigen wahrgenommen würden.

Ein Stück dieses Kampfes zeigt der Bericht über die am 3. Mai stattgefundenen Gemeinderatsitzung, in dem zu lesen ist, daß der Gemeinderat die Wahl eines dritten Gemeindevorstandes, sowie die Aenderung des § 6 d des Ortsstatuts dahingehend angenommen hat, daß die Steuergrenze der 5. Klasse bis 30 Mk. ausgedehnt wird. Dadurch werden schon jetzt 52 Wähler aus der 4. Klasse in die 5. versetzt, und die Wählerzahl dieser Klasse wird enorm vergrößert.

Antragsteller ist der Verein „Volkswohl“, der schon vor zirka 4½ Jahren durch seinen Antrag das Schulklassenwahlrecht einzuführen, sich zum „Wohle des Volkes von

Gaußsch“ betätigte. Dieser Verein wurde 1903 gegründet unter dem Eindruck der roten Wahlen. Er sollte einen Schutzwall bilden gegen den Ansturm der Sozialdemokratie. Man wollte die Sozialdemokratie in Gaußsch und Dörsch „geistig bekämpfen“. Es wurden öffentliche Versammlungen arrangiert, in denen große und kleine „Politiker“, ihr Licht leuchten ließen. Eine Bibliothek sollte den Zweck unterstützen, doch stellt hier die Schuljugend die größte Leserschaft, und die Gartenlaube und das Buch für Alle sind die gelesenen Bücher. Die Interessen seiner Mitglieder wollte der Verein in jeder Hinsicht wahrnehmen. Und das tut er, denn nichts als nachste Interessepolitik ist es, was die Herren mit ihrem Antrag beim Gemeinderat bezwecken. Der Ausgang der letzten Gemeinderatswahl, bei der von uns die 4. Klasse erobert wurde und in der 3. Klasse nur das Los ungünstig für uns entschied, ist den Herren sehr auf die Nerven gefallen.

Als die Arbeiterchaft vor kurzem in öffentlicher Versammlung Protest gegen die Wahl des Gemeindevorstandes auf Lebenszeit erhob und für eine Verschmelzung von Gaußsch und Dörsch eintrat, wobei sie die Sympathie fast der gesamten Einwohnerschaft von Gaußsch errang, hielten die Drahtzieher die Zeit für gekommen, das Wahlrecht abzurufen. Man sagte es unseren Vertretern im Gemeinderat ins Gesicht, daß der Zweck der Aenderung des Wahlrechtes sei, ein weiteres Vordringen der Sozialdemokraten im Gemeinderat zu verhindern.

Wie ernst es den Herren übrigens mit der Verschmelzungstrage ist, kann man schon aus diesem Vorgehen schließen. Aber in nächster Zeit werden sie öffentlich Farbe bekennen müssen. Der Antrag des Vereins dahingehend, zu dessen Gunsten unser Antrag seiner Zeit leider zurückgestellt wurde, um beide Anträge gemeinschaftlich zu behandeln, liegt nun endlich vor und kommt hoffentlich bald zur Beratung. Unsere Vertreter werden ihr möglichstes tun, und gegebenenfalls wird die Einwohnerschaft erneut Stellung zu dieser Sache nehmen.

In anderen Artikeln werden wir das dankbare Thema egoistischer bürgerlicher Gemeinderatspolitik weiter behandeln.

Beucha. Aus dem Gemeinderat. Die Schulanlagen der Gemeinden Beucha, Wolfshain und Kleinsteubitz, die eine Schulgemeinde bilden, sind von der Bezirksschulinspektion Grimma neu geregelt worden. Nach dieser Festlegung haben die Gemeinden Wolfshain 40.15 Mk. und Kleinsteubitz 128.40 Mk. jährlich weniger beizubringen, während Beucha 108.54 Mk. mehr aufbringen muß. Aufzubringen haben demnach im Jahre 1912: Beucha 7800.34 Mk., Wolfshain 2568.52 Mk. und Kleinsteubitz 1982.54 Mk. — Die Amtshauptmannschaft teilt mit, daß am 25. Mai d. J. ein Gemeindevorstand in Grimma stattfindet. — Die Einführung von Meldebüchern durch die Gemeinde zu An- und Abmeldungen wurde befohlen. — Als Wassermeister ist R. Hartmann gewählt worden. — Der Bau der Pumpsation ist dem Bauunternehmer R. Michael übertragen worden. — Die Gemeinde Kleinsteubitz teilt mit, daß sie mit der Amortisation und Verzinsung des Kapitals für die rote Straße der Rohrbildung nach Kleinsteubitz einverstanden sei, jedoch nur so lange und so weit, als diese Straße von der Gemeinde Beucha mit Wohnhäusern nicht bebaut ist.

Voritz. In der letzten Gemeinderatsitzung stimmte der Gemeinderat der Aenderung der Flurstücke vom Gute des Herrn Nagel, Ortsteil Nr. 5, an Gutbesitzer Rabitzsch in Hohenfeld zu. Gegen das Gelde des Gastwirts Lamm, um die Erlaubnis zum Betrieb der Schaufelwirtschaft einschließlich des Brauereibetriebes wurden keine Bedenken erhoben. Mit dem Ausräumung der Statuten für die Pensionierung des Schulmanns erklärte man sich einverstanden. Die vom Hochbauamt der Stadt Leipzig für Instandsetzung der Schutzmannswohnung bewilligten 20 Mk. wurden angenommen.

Bühlitz-Ghrenberg. In der letzten Gemeinderatsitzung nahm man davon Kenntnis, daß die Kassenschlüsse im April bei der Gemeinde 14 978.07 Mk. und bei der Sparkasse 6081.54 Mk. betragen. — Von einer Verfügung des Ministeriums, die eine einheitliche Uniformierung der Schulkinder vorschreibt, wurde Kenntnis genommen und beschlossen, es bis zur Einführung (1913) beim alten zu belassen. — Die Regulative über Platanwäsen und Aufbewahrung von Leichen wurden von der Amtshauptmannschaft genehmigt. — Der Vorkursbibliothek wurden als Beihilfe 75 Mk. bewilligt. — Eine Eingabe Dr. Lütts wegen seiner Mitgliedschaft beim Ausschuss für Schlachttierversicherung, in dem er als gleichberechtigtes Mitglied anerkannt zu werden wünscht, fand seine Erledigung dadurch, daß man beschloß, es bei dem früher gefassten Beschluß belassen zu lassen. — Die Anschaffung eines Fahrrads für die Dienstbeamten wurde genehmigt. — Die Gesuche um Gehaltsverhöhung des Baumeisters Kent und der Herren Brand und Schirmer wurden genehmigt. — Das Reinigungsgeld für die Gemeinderäume wurde auf 200 Mk. pro Jahr festgesetzt. Eine Eingabe der hiesigen Gastwirte, die in einem längeren Schreiben darüber klagen, daß der Gemeinderat fast jede Schankkonzession befristet, ließ man auf sich beruhen. — Von einem Schreiben der Gemeinde Wahren, die einen Beitrag zu den Herstellungskosten einer massiven Brücke über das Dübrowasser (auf 40 000 Mk. veranschlagt) verlangte, wurde Kenntnis genommen und beschlossen, erst die Stellungnahme anderer Gemeinden abzuwarten. — Der Haushaltsplan für 1912 wurde nach Befürwortung durch den Finanzausschuss einstimmig genehmigt. Der Gesamtbetrag beziffert sich auf 157 940 Mk. An Deckungsmitteln sind 40 400 Mk. vor-

handen. Davon ist der Mehrbetrag an Deckungsmitteln bei der Feuerkasse in Höhe von 200 Mk. abzusetzen, der lediglich bei dieser Kasse zu verwenden ist, so daß 40 200 Mk. als Gesamtsumme der Deckungsmittel und 117 740 Mk. als ungedeckter Bedarf verbleiben. Der Gehaltssatz ist aufzubringen: 1. durch die Gemeindefeuerkasse mit einem Zuschlag von 25 Prozent zum Normalfeuerzins, 2. durch eine Gemeindefeuersteuer, und zwar nach 1½ vom Tausend des Grundstückswertes.

Schulvorstandssitzung. Als neues Mitglied wurde Herr Leib eingeführt. — Von einer Verordnung der Bezirksschulinspektion über die Klassenstärken wurde Kenntnis genommen. Die Verordnung kommt für die hiesige Schule nicht in Betracht, da die Klassenstärken normal sind. — Ueber die Gewährung einer Staatsbeihilfe für den Schulbau (1908) wurde mitgeteilt, daß 7000 Mk. bewilligt worden sind. — Das Wohnungsgeld für ledige Lehrer bei ihrer Verheiratung soll von Fall zu Fall festgesetzt werden. — Das Kind des Einwohners B. soll in eine Heilanstalt für Epileptiker untergebracht und die entstehenden Kosten bezahlt werden. — Zur Bewilligung der Schulkassenrechnung wurden die Herren Meyer, Woll und Trube gewählt. — Der Bewilligung eines Beitrags für Ferienkolonien in Höhe von 100 Mk. wurde zugestimmt. — Das Schulaufnahmegeld von 2. in Gundorf wurde auf Widerruf genehmigt. — In der Gewährung von Schulmitteln an arme Kinder soll dem Direktor freie Hand gelassen werden; in Zweifelsfällen sollen aber erst Erkundigungen eingeholt werden.

Schleudig. Kartellisierung. Der Abrechnungsbericht von der Maiselei weist eine Einnahme von 248.22 Mk., eine Ausgabe von 181.57 Mk., mithin einen Ueberschuß von 66.65 Mk. auf. Diese Summe wurde antragsgemäß dem Bildungsausschuß überwiesen. Die Mitglieder der Kommission fungieren in den einzelnen Gewerkschaften als Berichterstatter. Der Kassierer rügte die flüchtige Abnahme der Marknoten zu 20 Pf. für den Umsatz der 50-Pf.-Marken muß in den Gewerkschaften mehr Tätigkeit entfaltet werden. In die Gewerkschaftskommission wurden die Genossen Fiedler, Grehner, Bachau, Mittag und Köstler gewählt. Die Diäten der Delegierten wurden endgültig festgelegt. Der Brauereiarbeiterverband teilt mit, daß Genosse Stefan als Delegierter für das Kartell bestätigt ist. Die Transportarbeiter monieren in längeren Ausführungen das Verhalten der Kohlenhändler R. Ohme und Bunge ihren Arbeitern und der Rundschau gegenüber. Das Kartell wird sich mit diesen Angelegenheiten zu befassen haben. Enischuldigt sind: Schwarz, Kirchner, Woll, Zimmerer; unentschuldigt: Reuz, Zimmerer, Freudenthal, Pelzer.

Eröbern. Aus dem Schulvorstande. In der am 13. Mai in Eröbern stattgefundenen Sitzung der Schulgemeinden Crostewitz und Eröbern lagen die revidierten Rechnungen zur Nachprüfung vor und wurden für richtig befunden. Die Einnahmen betragen 11 902.25 Mk., die Ausgaben dagegen 9425.19 Mk. Vom Ministerium sind der Gemeinde 3000 Mk. zu einem Schulneubau in Aussicht gestellt. Erinnert wurde der Vorsitzende an das Gesicht der freiwilligen Gemeinde, die ein Klassenzimmer zur Verfügung gestellt haben möchte, wo die Kinder von hier und aus den umliegenden Dörfern Religionsunterricht erhalten sollen. Pastor Loffe wies das Gesicht mit der Begründung zurück, daß man im Gasthof zu Eröbern ein Zimmer nehmen solle. Der Kantor Franke erklärte, es mache ihm Unannehmlichkeiten im Hause. Nach heftiger Debatte ergab die Abstimmung, daß vier Stimmen unserer Genossen im allgemeinen dafür waren und zwei Bürgerliche ihre Zustimmung nur für Eröbernsche und Crostewitzer Kinder gaben.

Als neue Besamme ist Frau Malz für die vier Gemeinden Markleeberg, Bachau, Crostewitz und Eröbern mit dem Sitz in Crostewitz gewählt worden.

Zur gefälligen Beachtung!

Unsere verehrten Leser wollen bei Bezahlung der Leipziger Volkszeitung darauf achten, daß auf der Quittung sowohl der Name oder Stempel des Austrägers, als auch der Name des Abonnenten vermerkt ist. — Bei eventueller Beschwerde über unpünktliche Zustellung, die wir direkt an die Expedition erbiten, wolle man den Namen des Austrägers mit angeben. Die Expedition.

*„Zehn Tona Speckne fahra uf
minimem Bloume immonemiffen
Droffwinnes Wolzloffan
soor und er foh bimou Unantfiah
gammelh.“*

Leit Ojfall moul' 6!

Alexander Schaedel
Reichsstrasse 14
Gegr. 1852. Filiale
Grimmaische Strasse 27
Bruchbänder · Leibbinden
Artikel zur
Wochen- und Krankenpflege.

Berichtigung. Im Sonnabend-Insertat des Konzert- und Balletabstemments Drei Eilien, L.-Neuditz, muß es heißen: Der Reinertrag des Langgeldes von 7—8 Uhr abends, wird den so schwer vom Unmette Gehährigten in Gehalts überweisen, nicht, wie irrthümlich geschrieben, d. Margaretenfestfonds.

Spezialgeschäft f. Bettfedern u. fert. Betten
Dampf-Bettfedern-Reinigungs- u. Desinfektions-Anstalt.
Großes Lager in Inletts.
Heinr. Rohr, L.-Volkmarsdorf, Kirchstr. 2
Ecke Würzner Strasse.

Joach. Pahl
Kolonnadenstr. 22
fertigt unter Garantie
preiswert und gut
Herren-Moden

Walter Böhmisch
Uhrmacher
Kleinrichthof
Dieskaustr. 12
empfehl. Uhren
u. Goldwaren
1180] sowie alle
Reparaturen zu konkurrenzloser
Billigkeit. Gewöhre Abonnent
dieses Bl. 10 Proz. Rabatt.

Cigarren
K. Günther
Schönefeld
Leipziger Strasse 155.

Höchstwichtige Mitteilung für alle Leser der Leipziger Volkszeitung.

Den Lesern der Volkszeitung die ergebene Mitteilung, daß von jetzt ab eine reich illustrierte Wochenchrift unter dem Titel „Welt und Wissen“ herausgegeben wird und hierdurch ein Blatt geschaffen ist, welches sowohl den ersten Gelehrten wie auch den Mann aus dem Volke voll befriedigen wird. Die Ausstattung ist eine erstklassige. Zahlreiche gewählte Abbildungen werden das geschriebene Wort ergänzen. Die Namen der Mitarbeiter — nur allererste Fachleute — sind jedem gebildeten Deutschen bekannt.

Um nun zu ermöglichen, daß alle unsere Abonnenten darauf abonnieren können, ist der Preis äußerst niedrig gestellt, und zwar auf nur 15 Pf. für ein 24 Seiten starkes Heft.

Jedes Heft enthält 10—20 Artikel, von denen wir als Beispiel einige anführen:
Der Mensch in der Pflanzzeit. — Wenn die Erde ergrüht. — Gesundheit und Schönheit. — Der Wille und dessen Gymnastik. — Das Leben unter Wasser. — Fernphotographie. — Liebe und Ehe bei den Naturvölkern. — Der Mensch und die Gesteinwelt. — Flüssige Luft. — Einfluß der Lebensweise auf das Menschenalter. — Verschwundene Städte in der Sahara. — Die Zukunft der Elektrizität im Haushalt. — Mein Aquarium. — Unser Sonnensystem. — Das heutige Erbrecht usw.
Um das Ziel zu erreichen, daß „Welt und Wissen“ von jedem Gebildeten abonniert wird, wird an Abonnenten von „Welt und Wissen“ eine große illustrierte

Hand- und Hausbibliothek vollständig gratis und zwar folgende Werke in Aussicht genommen, von denen zu jedem Jahrgang resp. 52 Heftlieferungen 3 komplette Werke geliefert werden:
Illustrierte Geschichte des deutschen Volkes.
Illustrierte Weltgeschichte.
Die Entstehung der Erde.
Illustrierte Himmelskunde.
Illustrierte Kulturgeschichte des deutschen Volkes.
Denkwürdige Entdeckungsfahrten.
Denkwürdige Entdeckungen.
Illustrierte Tierkunde.
Illustrierte Pflanzenkunde.
Illustriertes Buch der Technik.

Entdeckungsfahrten nach dem Nord- und Südpol.
Entdeckungsfahrten im schwarzen Erdteil.
Illustriertes Buch der Chemie.
Der Vulkanismus.
Die Luftschiffahrt u. der Aeroplane.
Der Bau d. menschlichen Körpers.
Die Völker Asiens.
Die Völker Afrikas.
Die Völker Americas.
Illustrierte Geschichte d. Altertums

Unterzeichnete abonniert hierdurch auf
Welt und Wissen
Wöchentlich 1 Heft à 15 Pf.

Name:
Ort:
Straße:

Dieses Heftstück bitten ausgefüllt dem Zeitungsboten zu übergeben oder direkt einzulenden.

Reichstag.

65. Sitzung, Sonnabend, den 18. Mai, nachmittags 1 Uhr. Am Bundesratstisch: v. Bethmann-Hollweg, Dr. Delbrück und v. Aderken-Wächter, Dr. Visco.

Auf der Tagesordnung steht der Etat des Reichskanzlers mit dem des Auswärtigen Amtes.

Abg. Dr. David (Soz.): Das Gefühl, daß uns andre Völker hinsichtlich der Leistungsfähigkeit und Tüchtigkeit unserer Diplomatie überlegen sind, ist im deutschen Volke wohl allgemein. Das liegt zunächst daran, daß die Auslese bei der Besetzung der Stellen im auswärtigen Dienst nur aus einer ganz kleinen Kaste vorgenommen wird, die sich durch ihre Ahnentafel auszeichnet.

Auch der jetzige Staatssekretär ist sehr darauf bedacht, die Mitarbeit der Volkvertretung in seinem Ressort zu erschweren. Man verlangt sich, dem Parlament Auskunft zu geben. Eine Folge dieser Geheimniskrämeri ist, daß unsere Diplomatie über die Verhältnisse des eigenen Landes schlecht informiert ist.

Augenblicklich flammen auf dem Erdrund vier große Kriegsbrände. Man erlebt überhaupt nicht mehr die Zeit, daß nicht irgendwo geschossen und gemordet wird.

Das die Vorgänge in Ostasien angeht, so begreifen wir es, daß die Monarchie in China zusammengebrochen ist und statt dessen ein modernes Staatswesen herausgebildet, das das größte der Welt sein wird, dem nicht weniger als der fünfte Teil der Menschheit angehört.

Ihrem Sinne. In England dagegen führte ein Abgeordneter unsern Genossen Reich gegenüber aus, daß gerade die deutschen Sozialdemokraten patriotisch gesinnt und nicht Revolutionäre seien. (Zuruf rechts: Die kennen Sie nicht!)

Seitens des Zentrums ist eine Resolution eingegangen, die zur Regelung der Arbeitsverhältnisse der fremdländischen Landarbeiter.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.): Erfreulich ist, daß die Einheit der Großmächte durch den italienisch-türkischen Krieg nicht beeinträchtigt wird. Wir wünschen, daß das Verhältnis zu England, das es auch wirtschaftlich von größter Bedeutung ist, das beste sei; aber um nicht den Anschein der Schwäche zu erwecken, müssen wir eine starke Flotte haben.

Abg. Dr. Dertel (kons.): Die heutige Rede des Abg. David wird morgen von der englischen Presse sicher gelobt werden. (Zuruf des Abg. Ledebour.) Ich bitte, ergänzen Sie doch Ihre Augenkraft durch Deutlichkeit der Aussprache!

Abg. Wassermann (nat.-lib.) beklagt die Bevorzugung des Adels in der Diplomatie. Es werden hohe Zuschüsse aus dem Privatvermögen gefordert, das sollte aufhören und deshalb befristet werden.

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Aderken-Wächter: Ueber die Resolutionen zu England kann ich nicht mehr sagen, als ich in der Kommission gesagt habe. Am selben Tage gab der englische Premierminister fast dieselbe Auskunft.

Abg. Hebel (Zentr.) begründet die Resolution des Zentrums, da eine Regelung der Behandlung der Landarbeiter durch Gesetz unbedingt nötig sei.

Abg. Ledebour (Soz.): Gerade die Ausweisungsbefugnis müßte eingeschränkt werden. Uebrigens hätte diese Spezialfrage nicht in die allgemeine Erörterung eingeschoben werden sollen.

Der Rüstungspolitik gegenüber sind die einzige wirkliche Oppositionspartei. Herr Dertel wehrte sich gegen den Vorwurf des Chauvinismus, er meint, wir hätten in Deutschland nicht einmal das Wort. Das Wort fehlt uns freilich, aber leider haben wir die Sache. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Es gibt zwei Sorten Ratten, Die hungrigen und die fatten.

Die englischen Kapitalisten sind in der Lage der vollgefressenen Ratten, während die deutschen Patrioten sich in der Lage der hungernden Ratten befinden, obgleich der äußere Anschein (auf den überaus dicken Dertel zeigend) dagegen ist. (Große Heiterkeit.)

Vizepräsident Dove: Sie dürfen einen ausländischen Staat nicht als barbarisch bezeichnen. (Rufe der Verwunderung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Ledebour (fortfahrend): Die konventionelle Anschauung Deutschlands mag es nicht sein, wohl aber die der deutschen Nation und die eines immer größeren Teils der russischen, die unter den Zuständen leidet, die man in diesem Hause nicht barbarische nennen darf.

Abg. Dr. Heßler (Sp.) begründete seine Resolution und betont, daß die Wehr- und Flottenvorlage dem europäischen Frieden nicht geschadet habe, sondern im Gegenteil zu seiner Sicherung beitrage.

Abg. Bernstein (Soz.): Herr Dertel nannte es staatsmännisch, daß der englische Minister Churchill erklärte, wenn Deutschland in den Rüstungen fortfahre, müsse auch England darin fortfahren.

In der Denkschrift über das Kongoabkommen begründet die Regierung die Einräumung der Stappenstraße als ein Stück internationaler Verkehrspolitik.

Damit schließt die allgemeine Besprechung.

Die Resolution Heßlers wird gegen die Stimmen der Konservativen angenommen, ebenso die Resolution des Zentrums.

Der Etat des Reichskanzlers wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen angenommen. Beim Kapitel Gesundheitskosten und Konsulate bittet

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Sp.) um Einstellung eines Generalkonsulats in Paris in dem nächstjährigen Etat und fragt, ob Verhandlungen zwecks Abschluß einer Literatorkonvention mit den Vereinigten Staaten im Gange sind.

Staatssekretär v. Aderken-Wächter erklärt sich gegen ein Generalkonsulat in Paris. Mit den Vereinigten Staaten ist schon 1892 ein Vertrag zum Schutz des Urheberrechts abgeschlossen.

Abg. Kunert (Soz.) weist darauf hin, daß sich sehr erhebliche Ersparnisse bei der Vorfahrt in Konstantinopel ermöglichen ließen. Die Repräsentationskosten und die Umzugsgebühren seien außerordentlich hoch und ein sehr kostspieliger Grundstückerwerb finde keine irgendwie stichhaltige Begründung.

Der Etat wird bewilligt.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr: Ergänzungsetat, zweite Lesung der Bedingungsanträge und kleine Etats.

